

SOZIOLOGIE MAGAZIN

Publizieren statt archivieren

#1
2020

Paradigmen- wechsel

Nach dem Ende der Geschichte
ist vor dem Anfang der Geschichte

Auf dem Weg zum
postmigrantischen
Paradigmenwechsel?

von Daniel Männlein

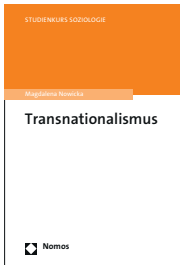
Paradigmenwechsel
im Extremismus

von Leonard Mach



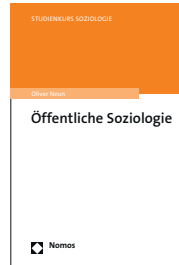
Studienkurs Soziologie

Die Lehrbuchreihe für angehende SoziologInnen



Transnationalismus

Von Prof. Dr.
Magdalena Nowicka
2019, 170 S., *brosch.*, 22,- €
ISBN 978-3-8487-5059-7



Öffentliche Soziologie

Von PD Dr. Oliver Neun
2019, 225 S., *brosch.*, 24,90 €
ISBN 978-3-8487-4758-0

Das Buch argumentiert, warum es unzureichend ist, bisher nationalstaatlich gedachte Modelle auf eine weitere und territorial gedachte Skala zu projizieren. Das transnationale Paradigma dagegen hilft, das Aufeinandertreffen multipler Zugehörigkeiten, Praktiken und Dispositionen zu verstehen.

Der Begriff der „öffentlichen Soziologie“ ist erst seit Kurzem populär. Das Lehrbuch dokumentiert diese deutsche Debatte erstmals und ermöglicht Studierenden einen eigenständigen Zugang zu dem Komplex.



Bildungssoziologie

Von Prof. Dr.
Janna Teltemann
2019, 168 S., *brosch.*, 22,- €
ISBN 978-3-8487-3766-6

Für Nebenfachstudierende geeignet!



Politische Soziologie

Von Prof. Dr. Boris Holzer
2. Auflage 2020, ca. 215 S.,
brosch., ca. 25,- €
ISBN 978-3-8487-6109-8
Erscheint ca. Mai 2020

Das Lehrbuch führt in die Bildungssoziologie ein. Es erläutert grundlegende Begriffe, beleuchtet die Analyse von Bildungssystemen und Schulen und stellt Ausmaß und Ursachen von schichtbezogener, migrationsbezogener und geschlechtsbezogener Bildungsungleichheit dar.

Die Soziologie der Politik bietet die begrifflichen Mittel, um die historische Entwicklung der Politik ebenso wie ihre Stellung in der modernen Gesellschaft besser zu verstehen. Das Lehrbuch vermittelt einen kompakten und systematischen Zugang zur politischen Soziologie.



Editorial

Paradigmenwechsel. Nach dem Ende der Geschichte ist vor dem Anfang der Geschichte.

Als im Sommer 2019 der Call zu dieser Ausgabe entstand, protestierten junge Menschen im Rahmen von Fridays for Future und Extinction Rebellion, um auf die Klimakrise aufmerksam zu machen und politische Maßnahmen dagegen einzufordern. Damit verdichtete sich ein Generationenkonflikt zwischen „Boomern“ und „Millenials“ global und wurde in Form öffentlichen Protests sichtbar. Hatten wir es hier mit einem Paradigmenwechsel zu tun?

Der Begriff des Paradigmas und das Konzept eines Paradigmenwechsels wurde insbesondere durch den Wissenschaftstheoretiker Thomas S. Kuhn in seinem Hauptwerk „Struktur wissenschaftlicher Revolutionen“ aus dem Jahr 1962 geprägt, in welchem Kuhn die bis dahin angenommene These infrage stellte, dass wissenschaftlicher Fortschritt durch die Akkumulation von Fakten erreicht würde. Stattdessen schlug Kuhn ein episodisches Modell vor, nach welchem es in einer Periode der *normal science* zu kumulativem Fortschritt komme, die allerdings unterbrochen wird einer *revolutionary science*: Aufgrund der Entdeckung von Anomalien käme es zu neuen Paradigmen, die

neue Fragen an altes Datenmaterial stellen und somit die Herangehensweise des vorangehenden Paradigmas überschreiten (vgl. Kuhn 2014: 65 ff.). Als Beispiel hierfür nennt Kuhn etwa die kopernikanische Wende, in welcher es zu einer Abkehr vom geozentrischen Weltbild kam.

Paradigmenwechsel vollziehen sich allerdings nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch in Gesellschaften: Hartmut Rosa zeigt in seiner Habilitationsschrift „Beschleunigung“ ein bekanntes Beispiel eines gesamtgesellschaftlichen Paradigmenwechsels auf, in welchem er aus zeitsoziologischer Perspektive die soziale Beschleunigung in der Moderne – ersichtlich an bspw. Fast Food, Speed-Dating oder Multitasking – beschreibt (vgl. Rosa 2012).

Als der Call zu dieser Ausgabe im Sommer 2019 entstand, hatten wir dementsprechend in erster Linie langfristige und kaum bemerkbare Wechsel gesamtgesellschaftlicher Trends im Blick. Diese scheinen im gesellschaftlichen Diskurs jetzt, im Sommer 2020, nebensächlich geworden zu sein: Zu groß ist der Raum, welchen das Ende 2019,

nur wenige Tage nach unserem Einsendeschluss aufgekommene Coronavirus im gesamtgesellschaftlichen Diskurs einnimmt. Wir wurden Zeug*innen einer einschneidenden Veränderung, die stark in das öffentliche wie auch das private Leben eingriff und von der wir nicht wissen, wie diese morgen, in einem Monat oder in einem Jahr zu bewerten sein werden und welche Spuren sie hinterlassen. Menschen, die sich zuvor gerne nahekamen, sind derzeit dazu angehalten, ihr Gegenüber als Überträger*in eines potenziell tödlichen Virus zu behandeln; ganze Berufsgruppen bangen um ihre wirtschaftliche Existenz; und das öffentliche Leben steht nahezu still. Dabei hat es die Bundesrepublik noch weit weniger schlimm getroffen als andere Länder – man denke nur an die Situation in den italienischen Krankenhäusern. Und just in diesen Tagen, in welchen das Editorial entsteht, bahnt sich in den Vereinigten Staaten ein Konflikt besonderen Ausmaßes an.

Paradigmenwechsel, so wird klar, ist ein Begriff, der in den kommenden Monaten und Jahren weiter an Bedeutung gewinnen kann: So groß sind die Veränderungen, die sich derzeit in die Öffentlichkeit schneiden und deren Folgen auch nach Ende der Pandemie noch zu spüren sein werden. Es ist beispielsweise unklar, wie sich die politische Lage in Europa und weltweit entwickeln und wie eine *Normalität* nach Corona aussehen wird. Jene gesellschaftlichen Paradigmenwechsel, die sich bereits vor der Pandemie

andeuteten, werden jedoch auch in der Folgezeit nicht an Relevanz verlieren. Daher freuen wir uns, in dieser Ausgabe Beiträge zu haben, die sich mit unterschiedlichen Paradigmenwechseln beschäftigen.

Im ersten Beitrag stellt Leonard Mach die Frage, ob eine Neujustierung des *Extremismusbegriffs* notwendig ist. Auf Basis des Erfolgs der „Alternative für Deutschland“ (AfD) rückt er vor allem wirtschaftliche Beweggründe in den Vordergrund der Betrachtung und argumentiert auf Basis von Colin Crouchs „Postdemokratie“ sowie Wilhelm Heitmeyers Desintegrationsansatz, dass sich in der Wähler*innenwanderung zur AfD ein wirtschaftlicher Extremismus der Mitte manifestiert. So sei das bisher vielfach rezipierte „Hufeisenmodell“ nicht mehr tragbar und müsse durch eine nuanciertere Auffächerung ersetzt werden.

Im zweiten Beitrag untersucht Daniel Männlein, eine *postmigrantische Perspektive* einnehmend, wie sich muslimische und jüdische politische Repräsentant*innen zusammenschließen, um rechten und exkludierenden Strömungen entgegenzutreten. Dabei bezieht er sich auf postmigrantische Forscher*innen und nutzt das Instrumentarium der von Michèle Lamont und Andreas Wimmer entworfenen *boundary work*, um zu analysieren, wie religiöse Minderheiten Gruppengrenzen zueinander verwischen, indem sie in der Auseinandersetzung mit der AfD und in der Erinnerungsarbeit miteinander kooperieren.

An diese zwei zentralen Beiträge schließt Nils Haacke Literaturhinweise zum Thema Paradigmenwechsel an. Dort findet ihre eine Auswahl an Neuerscheinungen und Klassikern zu unterschiedlichen Paradigmen (wechsell).

Anschließend findet ihr ein Interview, das Tamara Schwertel mit dem Soziologen Rainer Diaz-Bone geführt hat. Darin geht es unter anderem um die soziologischen „Megaparadigmen“ des Neopragmatismus und des Neostukturalismus und ihr erfährt darin, weshalb er diese als besonders fruchtbar für die Soziologie hält. Auch von der sich verändernden Umfragelandschaft ist die Rede, in der sich laut Diaz-Bone ein Paradigmenwechsel – im weiteren Sinne – vollzieht.

Im Anschluss widmet sich Hendrik Erz in seiner Rezension der im vergangenen Jahr erschienenen Dissertation „Operative Porträts“ des Medienwissenschaftlers Roland Meyer. Er stellt heraus, warum Bildererkennung und polizeiliche Ermittlungsarbeit anhand von Bildern auch für die Soziologie relevant sind und wie sich dessen Erkenntnisse für sozialwissenschaftliche Untersuchungen nutzbar machen lassen.

In einer zweiten Rezension befasst sich Andreas Schulz mit dem Sammelband „Konfliktfeld Fluchtmigration“, herausgegeben von Reinhard Johler und Jan Lange, in welchem die Konfliktlinien Zentraleuropas

im sogenannten Sommer der Migration 2015 unter dem Paradigma des ‚Postmigrantisches‘ analysiert werden. Andreas Schulz verweist darin auf das Potential des Bandes, der nicht nur theoretische Perspektiven, sondern auch ethnografische Fallstudien zu bieten hat.

Im Rahmen unserer neuen Heftkategorie „Wissenschaftliches Schreiben“ spricht Tamara Schwertel mit der Verlegerin des Soziologiemagazins, Barbara Budrich, über wissenschaftliches Publizieren. In dem Interview gibt Barbara Budrich interessante Tipps für Nachwuchswissenschaftler*innen, sich im Feld geschickt zu positionieren und wie es gelingt, eine Dissertation zu schreiben und ‚Schreibblockaden‘ zu überwinden.

Zwar wird das Jahr 2020 ein sehr online-lastiges Jahr, dennoch finden einige Veranstaltungen trotz der Corona-Pandemie statt. Andreas Schulz hat sich auf die Suche nach für euch interessanten Veranstaltungen in der zweiten Jahreshälfte gemacht — vom DGS-Kongress bis zu den Vienna Anthropology Days sind einige spannende Veranstaltungen dabei.

Auch wenn wir uns in diesem Heft nicht mit der Corona-Pandemie beschäftigen, geht diese Thematik nicht an uns vorbei. Unser Redakteur Leonard Mach hat eine Corona-Blogreihe ins Leben gerufen, in der wir sozialwissenschaftliche Beiträge von Nachwuchswissenschaftler*innen zu

den aktuellen Debatten über die Pandemie veröffentlichen. Die Beiträge der Blogreihe findet ihr auf unserer Website. An dieser Stelle möchten wir all den Autor*innen für die zahlreichen spannenden Einsendungen danken, durch die die Blogreihe ihre Facettenreichtum bekommen hat.

Daneben befindet sich gerade der Sammelband „Der lange Sommer der Flucht – Fünf Jahre danach: Diskurse, Reflexionen und Perspektiven“, herausgegeben von unseren Redaktionsmitgliedern Andreas Schulz und Tamara Schwertel, in der Veröffentlichung. Darin findet ihr Beiträge, die fünf Jahre nach dem sogenannten ‚langen Sommer der Migration‘ eine Bilanz ziehen und den aktuellen Stand der Flucht- und Migrationsforschung beleuchten. Sie beschäftigen sich mit den Diskursen über Flucht und Migration in Deutschland und Österreich und es finden sich wissenschaftliche wie auch Praxisreflexionen und Perspektiven in dem Buch.

Nicht zuletzt möchten wir der Redaktion für ihr Durchhaltevermögen und ihr Engagement danken, ohne die all diese neuen Projekte nicht realisierbar gewesen wären. Wir wünschen euch viele erhellende Momente bei der Lektüre dieser Ausgabe und einen angenehmen Sommer, der aktuellen Situation zum Trotz!

Im Namen der gesamten Redaktion des Soziologiemagazins,

Tamara Schwertel und Hendrik Erz

LITERATUR

Kuhn, Thomas S. (2014): Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Rosa, Hartmut (2012): Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Das Editorial wurde von **Tanja Strukelj** lektoriert.

1 / 2020

Editorial	1
Paradigmenwechsel. Nach dem Ende der Geschichte ist vor dem Anfang der Geschichte. <i>von Tamara Schwertel & Hendrik Erz</i>	

Interview

Paradigmenwechsel oder Rejustierungen von Megaparadigmen? Die Potentiale des Neopragmatismus und des Neostrukturalismus	7
Ein Experteninterview mit Rainer Diaz-Bone <i>geführt von Tamara Schwertel</i>	

Schwerpunkt

Auf dem Weg zum postmigrantischen Paradigmenwechsel?	19
Eine Analyse von Repräsentationsbeziehungen religiöser Minderheiten <i>von Daniel Männlein</i>	
Paradigmenwechsel im Extremismus	41
<i>von Leonard Mach</i>	
Literatur zum Thema	64
<i>von Nils Haacke</i>	

Rezensionen

Konfliktfeld Fluchtmigration	69
Historische und ethnographische Perspektiven herausgegeben von Reinhard Johler und Jan Lange <i>von Andreas Schulz</i>	
Operative Porträts	75
Eine Bildgeschichte der Identifizierbarkeit von Lavater bis Facebook von Roland Meyer <i>von Hendrik Erz</i>	

Wissenschaftliches Schreiben

Das Publikations-Einmaleins für den wissenschaftlichen Nachwuchs	83
Ein Expertininterview mit Barbara Budrich <i>geführt von Tamara Schwertel</i>	

Aus der Redaktion

Tagungen und Termine	94
Redaktionsteam und Danksagung	96
Impressum	101

INTERVIEW



Paradigmenwechsel oder Rejustierungen von Megaparadigmen?

Die Potentiale des Neopragmatismus und des Neostrukturalismus

7

Ein Experteninterview mit Prof. Dr. Rainer Diaz-Bone

von Tamara Schwertel

SozMag: *Sehr geehrter Herr Diaz-Bone, zunächst einmal möchten wir gerne wissen, wie Sie dazu gekommen sind, sich mit den Paradigmen der Soziologie wie dem Neopragmatismus und dem Neostrukturalismus zu befassen?*

Diaz-Bone: Strukturalismus und Pragmatismus sind die beiden Megaparadigmen in den Sozialwissenschaften. Um die aus ihnen hervorgehenden Entwicklungen mit zu bezeichnen, kann man von Neostrukturalismus und Neopragmatismus sprechen. Die Beschäftigung mit diesen

beiden Megaparadigmen hat sich bereits im Studium ergeben. In den deutschsprachigen Soziologien sind die neostrukturalistischen Arbeiten von Pierre Bourdieu und Michel Foucault nun seit längerem etabliert und ich konnte mich bereits im Studium an der Ruhr-Universität Bochum damit befassen.

Der amerikanische Pragmatismus ist in den deutschsprachigen Soziologien noch länger etabliert. Das gilt sowohl für die Tradition der klassischen Chicagoer Soziologie (mit Ezra Park, Ernest Burgess, George Herbert Mead, Howard S. Becker) und

dann auch für die daran anschließenden Entwicklungen der pragmatischen Soziologie in Kalifornien (mit Herbert Blumer, Anselm Strauss, später dann Adele Clarke). An der Ruhr-Universität war dann auch der klassische Pragmatismus von William James, der ein grundlegendes Konzept von Pluralität sowie die Position des radikalen Empirismus entworfen hat, in der Politikwissenschaft sehr präsent. In Frankreich haben sich seit den 1990er Jahren dann die sogenannten „neuen Soziologien“ (Corcuff 2017) herausgebildet, die im Grunde als ein Wiedererstarken des Pragmatismus in Frankreich zu verstehen sind. Daher kann man auch von einem soziologischen Neopragmatismus in Frankreich sprechen, zu dem zentral die Soziologie der Konventionen zählt (Corcuff 2017; Diaz-Bone 2011a; Nachi 2015). Der französische Neopragmatismus findet seit den 2000er Jahren auch mehr und mehr Beachtung in den deutschsprachigen Soziologien. Allerdings galt die Aufmerksamkeit hier vor allem den Arbeiten von Luc Boltanski, da man ihn als frühen Mitarbeiter und als vermeintlichen ‚Nachfolger‘ Bourdieus einfach identifizieren konnte, ohne zunächst zu verstehen, dass Boltanski mit Bourdieu in den 1980er Jahren gebrochen hatte und auch ohne zu verstehen, dass in Frankreich die Soziologie nicht mehr länger um einzelne Führungsfiguren organisiert ist, sondern zunehmend

in institutionenübergreifenden Netzwerken entwickelt wird. Luc Boltanski ist nicht ohne die Einbettung in das Netzwerk der neopragmatischen Soziologie zu verstehen und faktisch ist er hier nur einer von vielen Vertreter*innen des Neopragmatismus.¹

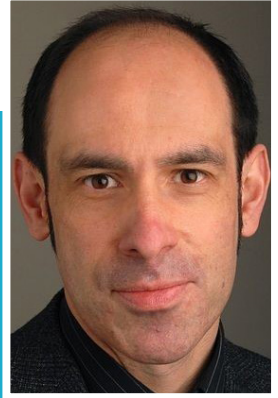
Tatsächlich wurden und werden gegenwärtig aber Neostukturalismus und Neopragmatismus auch aufeinander bezogen. In der Philosophie hat es schon in den 1970er Jahren die Debatte zwischen John Searle als Vertreter des Neopragmatismus und Jacques Derrida als Vertreter des Neostukturalismus gegeben (vgl. Frank 1984). Die soziologischen Arbeiten Bourdieus und Foucaults wären missverstanden, wenn sie nur strukturalistisch interpretiert würden, so als ob Habitus- und Feldstrukturen sowie Diskursordnungen so zu deuten wären, dass sie die sozialen Prozesse und das Handeln determinieren. Und auch im Neopragmatismus haben Institutionen- und Strukturkonzepte eine zentrale Position, das gilt zum Beispiel für das Konzept der Konventionen, womit etablierte Koordinationslogiken bezeichnet werden, also soziale Strukturprinzipien.

SozMag: *Was genau fasziniert Sie an diesen beiden Paradigmen?*

Diaz-Bone: Die Attraktivität von Neostukturalismus und Neopragmatismus scheint

¹ Siehe für einen ersten Überblick die Jahrbuchreihe „Raisons Pratiques“, Paris: EHESS. Online verfügbar unter: <http://editions.ehess.fr/collections/raisons-pratiques/> (15.02.2020).

Rainer Diaz-Bone



Rainer Diaz-Bone ist seit 2008 Professor für Soziologie mit dem Schwerpunkt qualitative und quantitative Methoden an der Universität Luzern (Schweiz). Er hat Sozialwissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum (Schwerpunkt angewandte Sozialforschung) studiert und war dann von 1996 bis 2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Journalistik und Kommunikationsforschung der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover (HMTMH). 2001 erfolgte die Promotion im Fach Soziologie an der Universität Trier. 2004 erhielt er den Dissertationspreis der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Von 2002 bis 2008 war er wissenschaftlicher Assistent am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin. Dort erfolgte 2008 die Habilitation. Er erhielt Einladungen als Gastwissenschaftler an die École Normale Supérieure Paris-Saclay (2012, 2017), an das Collège des Bernardins, Paris (2017) und an die Université de Lille (2019). Seit Anfang 2018 ist er Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie (SGS). Seine Forschungsbereiche sind sozialwissenschaftliche Methoden und Methodologien, Wirtschaftssoziologie, soziologische Theorie und Epistemologie (insbesondere französische Soziologie, Neostrukturalismus und Neopragmatismus), multivariate Statistik (insbesondere für kategoriale Daten).

mir in verschiedenen Aspekten begründet zu sein, was vielleicht auch ihre Renaissance oder ihr Erstarken in den deutschsprachigen Soziologien erklären kann.

Zunächst findet man hier (1) eine *Integration von weitreichenden Theorien einerseits und methodologischen Positionen und kohärenten Methodenkulturen andererseits*. Gerade die deutsche Soziologie hat sich nachteilig entwickelt und international den Anschluss verloren, da sie eine weitgehende Trennung der soziologischen Theoriekultur

von der empirischen und angewandten Forschung zugelassen hat.

Eine Erklärung für die gegenwärtige Konjunktur gerade des Neopragmatismus scheint mir dann darauf zurückzuführen zu sein, dass sich die Soziologie mit neuen Phänomenen befasst, deren Analyse (2) die *Einbeziehung der praktischen Normativitäten (also der Kritik und Rechtfertigung durch die Alltagsakteure) sowie die Einbeziehung von Objekten und von Prozessen der Valorisierung/Valuation* erfordert. Das

”

Die französische Soziologie hat es besser geschafft, die verschiedenen Anforderungen von Theorieentwicklungen, aktuellem Problembezug und Anwendungsorientierung zu integrieren und zugleich weiter zu entwickeln.

ist insbesondere durch die Soziologie der Konventionen und insgesamt durch die Beiträge des französischen Neopragmatismus möglich. Der Neostrukturalismus hat selbst ein Erstarken seiner pragmatischen Anteile erlebt (was auch bedeutet, dass im Grunde die dort immer schon gegenwärtigen Praxiskonzepte nun angemessener rezipiert werden). Und auch hier sind die Einbeziehung der praktischen Kritik und der Objekte wesentlich, sie gehen mit der Machtanalyse von Bourdieu und mehr noch derjenigen von Foucault aber weiter.

Als weiteren Aspekt kann man anführen, dass (3) Neopragmatismus und Neostrukturalismus *innovative Perspektiven auf Prozesse der Entdifferenzierung, auf die Unabgeschlossenheit und Offenheit sozialer Strukturen sowie auf Situationen mit radikaler Pluralität von Koordinationslogiken eröffnen*. Hier ist man in Deutschland lange bemüht gewesen, eine modernistische Sicht stark zu machen, die zunehmende Differenzierung sozialer Felder und sozialer Sphären als soziologische Diagnose vorschlägt. Das wirkt heute eher alteuropäisch und es war

empirisch gesehen auch eher naiv, wenn man wirklich geglaubt hat, Wirtschaft mit Bezug auf Geld, Politik mit Bezug auf Macht oder Wissenschaft mit Bezug auf Wahrheit einfach (auch voneinander) abgrenzen und substantiell erklären zu können.

SozMag: *An unterschiedlichen Stationen Ihrer Laufbahn spielt die französische Soziologie eine bedeutende Rolle. Welche Potentiale sehen Sie in dieser, die deutsche wissenschaftliche Diskurse nicht oder kaum bieten?*

Diaz-Bone: Meine Erfahrung mit der französischen Soziologie ist, dass sie es besser geschafft hat, die verschiedenen Anforderungen von Theorieentwicklungen, aktuellem Problembezug und Anwendungsorientierung zu integrieren und zugleich weiter zu entwickeln. Sie hat vermieden, die oben beschriebene und nachteilige Arbeitsteilung zuzulassen, wie sie seit Jahrzehnten die deutschsprachige Soziologie belastet. In Frankreich stehen die Soziolog*innen zudem im engeren Austausch mit der Wirtschaftswissenschaft, der Rechtswissenschaft, der Philosophie und der Geschichte und

sie werden auch als Kooperierende angefragt und ernst genommen – wie dies für die Soziologie der Konventionen gilt, die dort zuerst in der Wirtschaftswissenschaft und dann interdisziplinär präsent ist (als „Ökonomie der Konventionen“; Diaz-Bone 2018). Die Erfahrung mit gelingender interdisziplinärer Kooperation unter Gleichen macht man in Deutschland eher selten. Dann liegen in der französischen Soziologie empirische Gesellschaftsdiagnosen und allgemeine Sozialtheorie doch näher beieinander, weshalb die dortige Soziologie auch regelmäßig eine größere gesellschaftliche Resonanz und Anerkennung erfährt. Zuletzt muss man aber auch anmerken, dass die französische Soziologie sich wesentlich im Großraum Paris abspielt. In Paris ist die räumliche Konzentration an Universitäten, den Grandes Ecoles und Forschungseinrichtungen dann so hoch, dass es wohl kaum einen anderen Ort gibt, der wissenschaftliche Innovation so befördert und intellektuell so anregend ist, wie eben Paris.

SozMag: *Sie schreiben in dem Aufsatz „Performativität der Sozialforschung – Sozialforschung als Sozio-Epistemologie“ (2011b), dass die Gesellschaft performativ in die Sozialforschung eingebettet ist und verweisen in diesem Zusammenhang darauf, dass sich typische Datenerhebungsmethoden wie Befragungen dadurch verkomplizieren. Welche Auswirkungen hat das auf die Datenerhebung? Sind Befragungen überhaupt noch sinnvoll?*

Diaz-Bone: Man kann anhand der zunehmenden Non-response Quoten erkennen, dass gegenwärtige (westliche) Gesellschaften mittlerweile übersättigt sind mit Befragungen. Das bedeutet nicht, dass wir zu viele Daten hätten, sondern dass die Menschen für Befragungen – gerade auch kommerzielle online Befragungen – vermehrt angefragt werden. Das führt einmal dazu, dass Befragte sich weniger ausführlich mit einzelnen Befragungen befassen wollen und dann eben auch zu einer wachsenden Abneigung, an Befragungen überhaupt teilzunehmen. Es gibt im Bereich der amtlichen Statistik bereits Überlegungen, die Zahl der Befragungen zu beschränken, um die Akzeptanz der Teilnahme und die Sorgfalt der Beantwortung zu erhöhen. In der Sozialforschung hat man lange die Prozesse der Befragung einfach nur als das „Abrufen von vorhandenen Daten“ und die Befragten als einfache Auskunftgeber*innen betrachtet. In der Gesellschaft herrschte Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts auch eine Wissenschaftsauffassung vor, die diese mit einer hohen Legitimation und Autorität ausgestattet hatte, so dass man davon ausging, Befragte würden sich als neutrale Auskunftgeber*innen gerne in diese die Wissenschaft befördernde Rolle einfügen. Dann ist man auf die kognitiven Probleme der Befragung aufmerksam geworden („Sind die Frageformulierungen und die Antwortkategorien so entwickelt, dass die kognitiven Prozesse bei den Befragten so erfolgen, wie das gewünscht ist?“) und hat – insbesondere mit

den Arbeiten von Aaron Cicourel und Don Dillman – dann die Befragungssituation als soziale Interaktion identifiziert, in der Daten nicht einfach abgerufen werden, sondern vielmehr soziale Deutungen und Einstellungen erst mobilisiert und auch mitkonstruiert werden. Damit stellt sich performativitätstheoretisch gesehen einmal die Frage, wie die Befragung als Messvorgang in die Datenkonstruktion mit eingeht, dann aber auch, wie sich das Surveyklima in Gesellschaften verändert hat und wie dieses negativ auf Befragungen, die Mobilisierbarkeit dafür, die Akzeptanz von Befragungen sowie auf die Beantwortungsqualität rückwirkt (Diaz-Bone 2019). In der Instrumententheorie, die die Eigenschaften von Methoden („Instrumenten“) untersucht, werden zwar einzelne Befragungselemente (Frageformulierungen, Fragereihenfolgen und Antwortkategorien sowie situative Einflüsse) untersucht. Aber es fehlt eine konsequente Umstellung auf ein Modell der Befragung als einen umfassenden sozialen Mobilisierungsprozess (sowohl von Menschen als auch von ‚Daten‘). Die Instrumententheorie ist eher eklektisch und psychologisch ausgerichtet. Bislang sehe ich nur Don Dillman’s Ansatz als Alternative, da er eine ganzheitliche und kombiniert psychologisch-soziologische Perspektive auf den ganzen Befragungsprozess entworfen hat, Befragungen über alle Stationen einer Befragung hinweg tauschtheoretisch fundiert und sie für unterschiedliche soziale Gruppen methodisch zu optimieren versucht (Dillman et al. 2014).

Cicourel (1974) hat letztlich gefolgert, dass man keine standardisierten Befragungen durchführen kann. Das halte ich für die falsche Folgerung. Für viele soziologische Forschungen und auch für die amtliche Statistik sind Befragungen unverzichtbar, sie wird es in Zukunft auch geben, allerdings wird ihre derzeitige Bedeutung abnehmen.

SozMag: *Wie könnten sich Befragungen in Zukunft entwickeln?*

Die Sozialwissenschaften sind derzeit dabei, Big Data-Methoden mehr und mehr zu nutzen und Big Data auch mit Befragungsdaten zu kombinieren. Man kann langfristig hoffen, dass mit Big Data weniger Befragungen erfolgen, dafür aber mit höherer Response-Quote und besserer Qualität. Big Data ist allerdings noch ein Schlagwort. Man muss einmal sehen, welche neuen Probleme Big Data für die Sozialforschung mit sich bringt. Dann muss man sich bewusst sein, dass die Produktion und Auswertung von Daten, die durch vernetzte Alltagstechnologien (Mobiltelefonie, Internet, Automobile, Haushaltselektronik etc.) kontinuierlich und im Grunde überall erfolgt, überwiegend durch private Unternehmen organisiert und kontrolliert wird. Die Sozialforschung hat hier nicht mehr den Zugriff auf große Teile der datengenerierenden technischen Infrastrukturen. Sozialforschung gerät in die Gefahr, ‚in die zweite Reihe‘ verdrängt zu werden, wenn zum Beispiel Internetunternehmen nicht nur interne



Was mir eine wesentliche aktuelle Entwicklung in der Soziologie zu sein scheint, ist, dass Großtheorien und die Arbeit an ihnen immer weniger relevant werden.

Marktforschungen betreiben, sondern auch Sozialforschung als ‚Geschäftsfeld‘ weiter ausarbeiten und ihre Analysen, Berichte, Expertisen dann an Dritte verkaufen (darunter z.B. auch Ministerien oder NGOs). Hier fehlt die Transparenz der Konventionen für die Datenproduktion, zudem fehlt auch die Legitimation der verwendeten Kategorien, wie sie der Sozialforschung oder der amtlichen Statistik durch die Gesellschaft abverlangt wird.

SozMag: *Unsere nächste Frage bezieht sich auf die Verwendung unterschiedlicher Paradigmen in der Soziologie. Kann und sollte man sich als Forscher*in mehreren Paradigmen bedienen oder ist es ratsamer, sich einem zu verschreiben?*

Diaz-Bone: Die Soziologie ist grundlegend offen und multiparadigmatisch verfasst.² Studierende lernen mehrere Theorie-traditionen und Theoriekulturen kennen und sie lernen auch, wie man diese vergleichen kann sowie was Möglichkeiten und Grenzen der Vermittlung sowie Übersetzung sind. Man kann sich daher nicht

einfach verschiedener Paradigmen so bedienen, dass man sie eklektisch verwendet. Theorien, Methodologien, Forschungspraktiken und Techniken sollen in einer kohärenten und validen Weise aufeinander bezogen sein. Denn Theorien bringen eine Perspektive ein, wie ‚das Soziale‘ überhaupt beschaffen ist und wie man „das Soziale“ daher empirisch mit welchen Methoden beforschen muss. Das hat Herbert Blumer (2013) bereits Ende der 1960er Jahre einflussreich so eingefordert und Adele Clarke (2012) hat in diesem Sinne von Theorie-Methoden-Paketen gesprochen.

Was mir eine wesentliche aktuelle Entwicklung in der Soziologie zu sein scheint, ist, dass Großtheorien und die Arbeit an ihnen immer weniger relevant werden. Was im Wesentlichen damit begründet werden kann, dass diese „Großtheorien“ dann nicht in die empirische Forschung eingebracht werden, wenn sie keine eigenständigen Methodologien entwickeln können, wenn sie nicht auf empirische Gesellschaftsanalysen ausgerichtet (also dafür entwickelt und daran erprobt) sind und wenn sie lediglich

² Dies zeigt sich nicht nur anhand der Pluralität der Theorieansätze in den einschlägigen Lehrbüchern, sondern auch anhand der Stellungnahmen wie von Scheffer und Schmidt (2019).

Begriffssysteme bleiben.³ Stattdessen finden sich netzwerkartige Konzeptsysteme, die auf soziologische Problemstellungen und empirische Anwendung bezogen sind, weil sie in der Tuchfühlung mit den letzten beiden entwickelt werden. Wenn ich mich in meiner Arbeit auf die Megaparadigmen Neostukturalismus und Neopragmatismus beziehe, dann nicht, um damit groß angelegte Theorievergleiche oder Theorie-synthesen anzuzetteln. Man sieht an gegenwärtigen soziologischen Ansätzen, wie diese viel pragmatischer Neostukturalismus und Neopragmatismus vermitteln. Die relationale Soziologie (Harrison White, Charles Tilly, Mustafa Emirbayer, Anne Mische) oder die Situationsanalyse (Adele Clarke) in den USA sowie die Actor-network-theory (Bruno Latour, Michel Callon, Antoine Hennion) und die Soziologie der Konventionen in Frankreich (Robert Salais, Olivier Favereau, Luc Boltanski, Laurent Thévenot) sind meines Erachtens derzeit die einflussreichsten Beispiele für solch zeitgenössischen Vermittlungen und alle diese Ansätze haben sich nach und nach internationalisiert, weil sie auf viel Beachtung und im Grunde auch Nachfrage gestoßen sind. Damit stehen uns derzeit solche Ansätze zur Verfügung, die sich nicht als vollständige Paradigmen präsentieren.

Allerdings kann man sie nicht vollständig verstehen, wenn man ihre Einbettung in die umfassenderen Kontexte der Megaparadigmen nicht berücksichtigt. Das hat anfangs auch zu unzureichenden Formen der Rezeption geführt, wie im Fall der relationalen Soziologie, die anfänglich nur als Methode der Netzwerkforschung gesehen wurde oder wie im Fall der Soziologie der Konventionen, die anfangs nur mit den Arbeiten von Boltanski gleichgesetzt wurde.

SozMag: *Sie beschäftigen sich unter anderem auch mit der Situationsanalyse von Adele Clarke (2012). Dabei heben Sie die Rolle des methodologischen Situationalismus hervor. Wie kann man eine ‚Situation‘ fassen und warum ist es wichtig, sich damit auseinanderzusetzen? Hilft diese Herangehensweise möglicherweise dabei, gesamtgesellschaftliche Paradigmenwechsel besser zu verstehen und zu beforschen?*

Diaz-Bone: Unter methodologischem Situationalismus kann man eine soziologische Erklärungslogik und Analysehaltung verstehen, die Situationen nicht auf Face-to-Face-Interaktionen reduziert, sondern Situationen räumlich und zeitlich auch sehr weit fassen kann. Unter ‚Situationen‘ können regionale, nationale oder globale

³ Eine solche ‚Empirieferne‘ ist gerade erst treffend für die Luhmannsche Systemtheorie diagnostiziert worden, zudem auch der wohl damit zusammenhängende Aspekt, dass diese Theorie außerhalb Deutschlands keine wesentliche Rezeption erfahren habe und z.B. „[...] aus amerikanischer Perspektive Luhmanns Theorie wie eine postmodern angehauchte Version der bereits stark verstaubten Theorie von Talcott Parsons erschien“ (Osrecki 2020: 601).

Konstellationen verstanden werden, solange sie in einem Wirkungszusammenhang stehen. Die Abgrenzung von so gedachten Situationen kann nur erfolgen, indem man zunächst untersucht, wie Koordinationsformen welche räumliche und zeitliche Reichweite erhalten und welche Akteure, Praxisformen, kognitiven Formate, Diskurse und Objekte hierbei wirkmächtig sind.

Die methodologische Aufgabe besteht also zunächst in der Abgrenzung der Situation sowie in der Identifizierung der ‚Agenten‘ und ‚Ausstattung‘ der Situation. Dann ist das nächste methodologische Anliegen aber, empirisch zu identifizieren, wie Koordinations- und Bewertungsformen, Strukturen und Praktiken entstehen, sich stabilisieren und wieder wandeln. Danach kann man versuchen, zu identifizieren, was in den situativen Prozessen an neuen Phänomenen, Entitäten, Ordnungen etc. entstanden ist sowie auch, welche Konstellation an Agenten und Ausstattung dann wie dafür zusammengewirkt haben muss. Erst so kann man davon sprechen, dass eine Verstehens- und Erklärungsleistung durch einen methodologischen Situationalismus mobilisiert wird. Dieser muss eben auch leisten, mehr zu sein, als lediglich eine detaillierte und gegenstandsnahe Deskription zu liefern. Und man sieht sozusagen ‚vom Ende der Forschung‘ her auch, wie die Abgrenzung der Situation sowie die Identifizierung ihrer Akteur*innen, Koordinations- und Bewertungsformen, Objekte etc.

diese Verstehens- und Erklärungsleistung ermöglicht oder behindert hat.

Dabei ist man nicht entlastet wie bei dem methodologischen Individualismus oder bei dem methodologischen Holismus, die beide eine Ebenendifferenzierung (Mikroebene/Makroebene) vorab einrichten und die vorab angeben, was erklärende (‚bewirkende‘) Sachverhalte und was zu erklärende (‚bewirkte‘) Sachverhalte sein können. Der methodologische Situationalismus mutet also zu, dass dies erst empirisch zu rekonstruieren ist. Hier zeigt sich der von William James (2006) eingeführte radikale Empirismus des Neopragmatismus.

Damit werden aber auch Probleme vermieden. Denn methodologischer Individualismus und methodologischer Holismus müssen verschiedene Ebenen mit dort existierenden je verschiedenen Realitäten („Ontologien“) so zueinander in Beziehung setzen, dass sie unter Angabe vermittelnder Mechanismen erklären, wie diese Ebenen ineinander hineinwirken und sich ineinander übersetzen. Und so recht haben sie nie ganz überzeugen können – zumindest nicht, wenn sie eine Art (methodologischer) Alleinzuständigkeit in der Soziologie beanspruchen wollen. Es gibt nur wenige gelungene Beispiele für die Anwendung dieser methodologischen Erklärungsansätze. Aus meiner Sicht ist ein Vorteil, dass der methodologische Situationalismus nicht nur besser geeignet ist die Mikrophysik des

Sozialen zu erfassen, sondern insbesondere auch das Neue besser erkennen zu können, da es nicht die methodologischen a-priori-Festlegungen gibt (wie die Annahme einer Ebenendifferenzierung oder die Einteilung in erklärende und zu erklärende Sachverhalte). Grundlegende gesellschaftliche ‚Paradigmenwechsel‘ (um diesen Begriff von der Wissenschaftstheorie auf die Gesellschaft zu übertragen) und neue Dynamiken, die sich eben als das Auftreten neuer Phänomene und neuer Strukturprinzipien auffassen lassen, können aus meiner Sicht mit Hilfe eines methodologischen Situationalismus ‚at work‘, ‚en détail‘ und als Prozess eher erfasst und verstanden werden.

SozMag: *Schließlich wollen wir Ihnen auch noch eine ganz aktuelle Frage zum Wandel der Organisationsstrukturen der Deutschen Soziologie und der paradigmatischen Abspaltung der Akademie stellen. Wie bewerten Sie die Gründung der ‚Akademie für Soziologie‘? Ist diese wichtig für die deutsche Soziologie?*

Diaz-Bone: Mir scheint, dass solche Abspaltungen eigentlich immer und für alle Beteiligten nachteilig sind. Abspaltungen schwächen das Fach insgesamt, insbesondere was die gesellschaftliche Reputation der Soziologie angeht. Und mir scheint auch, dass gerade die jüngeren Soziolog*innen am meisten Unverständnis dafür aufbringen. Dies möglicherweise, weil sie weniger fundamentalisierend und eher pragmatisch auf die Soziologie blicken.

Die fadenscheinigen Argumentationen, dass unvereinbare Wissenschafts- oder Methodologieauffassungen vorlägen oder dass es ‚richtige‘ und ‚weniger richtige‘ Soziologie gäbe, sind als Begründungen für solche Abspaltungen wenig glaubwürdig. Die Soziologie ist eigentlich von Beginn an, dann eben multiparadigmatisch verfasst, was viele Soziolog*innen als wertvoll und gerade nicht als problematisch erachten.

Leider haben sich Verantwortliche in allen ‚Lagern‘ der deutschen Soziologie mobilisieren lassen für die Fortführung von überholten dichotomen Wir-die-Schematisierungen. Dafür ist auch die vermeintliche Opposition von qualitativer Sozialforschung versus quantitativer Sozialforschung missbraucht worden. Nun kommt es darauf an, diese falschen Oppositionen kritisch zu untersuchen und innovative neue Positionen in der Soziologie zu entwickeln, die nicht zu weiteren institutionellen Abspaltungen (und auch nicht zu weiteren Zeitschriftenneugründungen, neuen Sektionen, Initiativen etc.) führen, sondern die die Soziologie mit ihrer Forschung und ihren Resultaten wieder interessanter und gesellschaftlich relevanter werden lassen.

Insgesamt kann man dennoch gelassen bleiben. Denn es besteht kein echter Grund zur Sorge, solange eine große soziologische Fachorganisation existiert, die (1) gewillt ist die *multiparadigmatische Struktur* des Fachs anzuerkennen, die (2) *inner-*

wissenschaftlichen Austausch, kritischen Disput als wissenschaftliche Praxis sowie paradigmatischen Wettbewerb fördert, die (3) eine Pluralität von spezifischen Standards (soweit und wo erforderlich) und eine von allen geteilte Basis an allgemeinen Standards (soweit erforderlich und möglich) einrichten kann und die (4) dann auch institutionell die angemessenen Beteiligungen und Repräsentationen verschiedener Ansätze der Soziologie in Gremien, Konferenzen usw. realisieren kann. Wenn die verunglückte Debatte, die den Abspaltungsprozess begleitet und mit ermöglicht hat, ihrerseits zur Folge hat, dass zumindest über solche Gelingensbedingungen einer guten Fachorganisation neu nachgedacht wird, dann ist zumindest dies ein positiver Effekt.

SozMag: *Herr Diaz-Bone, vielen Dank für das Gespräch!*

LITERATUR

- Blumer, Herbert** (2013): Symbolischer Interaktionismus. Berlin: Suhrkamp.
- Cicourel, Aaron V.** (1974): Methode und Messung in der Soziologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Clarke, Adele** (2012): Situationsanalyse. Grounded Theory nach dem Postmodern Turn. Wiesbaden: Springer VS.
- Corcuff, Philippe** (2017): Les nouvelles sociologies. Paris: Armand Colin.
- Corcuff, Philippe** (2019): Théories sociologiques contemporaines. France 1980-2020. Paris: Armand Colin.
- Diaz-Bone, Rainer (Hrsg.)** (2011a): Soziologie der Konventionen. Grundlagen einer pragmatischen Anthropologie. Frankfurt am Main: Campus.
- Diaz-Bone, Rainer** (2011b): Die Performativität der Sozialforschung: Sozialforschung als Sozio-Epistemologie. Historical Social Research, Jg. 36/1, S. 291–310.
- Diaz-Bone, Rainer** (2018): Die “Economie des conventions”. Grundlagen und Entwicklungen der neuen französischen Wirtschaftssoziologie. Wiesbaden: Springer VS.
- Diaz-Bone, Rainer** (2019): Convention theory, surveys and moral collectives. In: Joller, Stefan/Stanisavljevic, Marija (Hrsg.): Moralische Kollektive, Wissen, Kommunikation und Gesellschaft. Wiesbaden: Springer VS, S. 115–135.
- Dillman, Don/Smyth, Jolene D./Christian, Leah Melani** (2014): Internet, phone, mail, and mixed mode surveys. The tailored design method. New York: Wiley.
- Frank, Manfred** (1984): Was ist Neostukturalismus? Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- James, William** (2006): Pragmatismus und radikaler Empirismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Knoblauch, Hubert/Löw, Martina** (2020): Soziale Theoriebildung. In: Soziologie, Jg. 49/1, S. 7–22.
- Nachi, Mohamed** (2006): Introduction à la sociologie pragmatique. Paris: Armand Colin.
- Osrecki, Fran** (2020): Theorie sozialer Systeme. In: Fleck, Christian/Dayé, Christian (Hrsg.): Meilensteine der Soziologie. Frankfurt am Main: Campus, S. 596–603.
- Scheffer, Thomas/Schmidt, Robert** (2019): Für eine multiparadigmatische Soziologie. In: Soziologie, Jg. 48/2, S. 153–173.

Das Interview wurde von **Tamara Schwertel** vorbereitet und von Rainer Diaz-Bone im Februar 2020 schriftlich beantwortet. Das Interview wurde von **Andreas Schulz** und **Veronika Riedl** lektoriert.

SCHWERPUNKT



Auf dem Weg zum postmigrantischen Paradigmenwechsel?

Eine Analyse von Repräsentationsbeziehungen
religiöser Minderheiten

von Daniel Männlein

19

Die postmigrantische Perspektive versucht, das im gesellschaftlichen Umgang mit Migration vorherrschende Integrationsparadigma zu überwinden, indem sie den Blick auf das Zusammenleben in pluralen Gesellschaften richtet. Der vorliegende Beitrag thematisiert einen *postmigrantischen Paradigmenwechsel* als Programm zur soziologischen Erforschung und Theoretisierung von gesellschaftlichen Lebensrealitäten, die bereits von Migration und Vielfalt geprägt sind. Ein besonderer Fokus des Beitrags liegt auf den Aushandlungsprozessen von politischen Repräsentant*innen jüdischer und muslimischer Minderheiten im Kontext der deutschen Gesellschaft. Auf Grundlage von Expert*inneninterviews wird danach gefragt, ob und wie in einem konfliktiven Aushandlungsraum strategische Allianzen und Kooperationen zwischen religiösen Minderheiten, die zu stigmatisierten und marginalisierten Gruppen zählen, entstehen und wirken. Exemplarisch wird am Umgang mit Rechtspopulismus sowie an ihrer Erinnerungspolitik gezeigt, dass politische Repräsentant*innen kooperative Beziehungen im Sinne einer Postmigrantisierung pflegen, was einen gesamtgesellschaftlichen solidarischen Möglichkeitsraum eröffnet.

abstract

Schlagwörter

Postmigrantische Gesellschaft; Integration; Minderheiten; Religion; Migrationssoziologie; Solidarität; boundary work

Symbolische Ausschlüsse und religiöse Minderheiten¹

Im Zuge aktueller gesellschaftlicher Polarisierungsprozesse kommt es in den letzten Jahren zu Diskursverschiebungen zugunsten der politischen Rechten im gesellschaftlichen Umgang mit religiösen Minderheiten (vgl. Wodak 2019: 12ff.). Dies zeigt sich in abwertenden Äußerungen von konservativen, rechten bis rechts-extremen politischen Akteur*innen: Sie betonen etwa die Nicht-Zugehörigkeit ‚des Islams‘ zu Deutschland (siehe Seehofer in Tagesschau, 16.03.2018) oder stellen die deutsche Erinnerungskultur und -politik in Bezug auf die Shoah infrage (siehe Höcke in Lobo, 18.01.2017). Diese rhetorischen Praktiken richten sich gegen muslimische und jüdische Menschen in der „postnationalsozialistischen Gesellschaft“ (Messerschmidt 2008). Politische Akteur*innen betreiben damit eine Fremdmachung beziehungsweise ein „Othering“ (vgl. Said 1978: 2), indem sie sowohl jüdische als auch muslimische Menschen symbolisch aus einem homogen bis ‚völkisch‘ imaginierten Wir ausschließen.

Solche abwertenden Äußerungen sind gesellschaftlich anschlussfähig: Laut der „Mitte-Studie“ sind 19 Prozent der Bevölkerung antimuslimisch eingestellt, werten also muslimische bzw. muslimisch-markierte Menschen ab (vgl. Zick et al. 2019: 83; siehe zum Begriff „muslimisch-markiert“: Attia 2017: 189f.). Zudem finden sich in der deutschen Bevölkerung antisemitische Einstellungen, die je nach Studie und Spielart des Antisemitismus zwischen fünf Prozent bei „klassischem“ und bis zu 40 Prozent bei „israelbezogenem Antisemitismus“ variieren (vgl. Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus 2017: 260). Neben diesen statistischen Studien über Menschenfeindlichkeit zeigen sich symbolische Ausschlüsse wiederholt anhand von Gewaltereignissen. Den dramatischen bisherigen Höhepunkt markierten die rassistischen und explizit antisemitischen rechtsterroristischen Anschläge in Halle und Hanau (vgl. Eger, 21.02.2020).

Zusammenhängend betrachtet verdeutlichen die „Wortgewalt und Tatgewalt“ (Bade 2013: 271), wie akut Diskursverschiebungen und Gewaltakte religiöse

¹ Um Generalisierungen zu vermeiden und die Vielfalt innerhalb von Religionsgruppen zu betonen, verwende ich den Begriff der Minderheiten stets im Plural. Für die islamische Religion bedeutet dies, dass den unterschiedlichen Glaubensrichtungen wie zum Beispiel sunnitischen, schiitischen, alevitischen bis hin zu salafistischen Strömungen Rechnung getragen wird. Auch im Judentum gibt es Unterschiede, etwa zwischen orthodoxen und liberalen Strömungen; zudem handelt es sich nicht nur um eine Religion, sondern auch um einen ethnos (vgl. dazu Bodemann 2002: 169). Um dies zu betonen, spreche ich von „jüdischen Menschen“ oder verwende die Bezeichnung „Juden*Jüdinnen“, die die Pluralität der Geschlechter ausdrücklich einschließt (siehe auch Czollek 2018: 14f.). Als Teil einer reflexiven Forschungspraxis verdeutlicht die Apostrophierung ‚ ‚ eine kritische Distanz zu jeweiligen Begriffen, wenn es sich nicht um ein Zitat im Zitat handelt.

Minderheiten betreffen. Dies gibt Anlass dazu, nach Umgangsstrategien der betroffenen Akteur*innen mit diesen gesellschaftlichen Konfliktlagen zu fragen. Im Zentrum des vorliegenden Beitrags stehen die Perspektiven und die (gruppen) grenzenübergreifenden Strategien von politischen Repräsentant*innen religiöser Minderheiten im Umgang mit symbolischen Ausschlüssen. Zur Analyse nehme ich eine „postmigrantische Perspektive“ ein (Foroutan 2018). Vertreter*innen dieser Perspektive postulieren einen *gesamtsellschaftlichen Paradigmenwechsel* und versuchen, gesellschaftlich dominante Paradigmen wie das Integrationsparadigma zu überwinden. Mit Letzterem geht die Problematik einher, dass Gesellschaft als homogen entworfen wird und Phänomene wie Migration mitunter unbeabsichtigt kulturalistisch als Abweichung von der Norm wahrgenommen werden (vgl. Ghorashi 2017). Dies kann dazu führen, dass symbolische Ausschlüsse wie die oben Geschilderten verstärkt beziehungsweise überhaupt erst hervorgebracht werden (vgl. Römhild 2015). Neben der postmigrantischen Perspektive nutze ich das Konzept der „boundary work“ (Lamont 2018) als analytisches Werkzeug, um die gruppenübergreifenden Kooperationen zwischen politischen Repräsentant*innen religiöser Minderheiten zu untersuchen. Dabei lautet die dem Beitrag zugrundeliegende Forschungsfrage: *Welche Praktiken des boundary work verwenden jüdische und*

*muslimische politische Repräsentant*innen in intergruppalen Aushandlungsprozessen?*

Im Folgenden führe ich zunächst die Konzepte des Postmigrantischen und der Boundary Work ein. Im Anschluss erläutere ich mein methodisches Vorgehen: den qualitativen Expert*inneninterviews mit jüdischen und muslimischen politischen Repräsentant*innen. Danach präsentiere ich meine empirischen Ergebnisse und diskutiere sie im Hinblick auf die Umgangsstrategien der Akteur*innen mit Rechtspopulismus und hinsichtlich ihrer Erinnerungspolitik. Der Fokus des Beitrags liegt auf den kooperativen, gruppenübergreifenden, strategischen Grenzwischungen. Abschließend reflektiere ich die Ergebnisse im Rahmen der postmigrantischen Perspektive.

Das postmigrantische Paradigma

Das postmigrantische Paradigma bildet den theoretischen Rahmen dieses Beitrags (vgl. Foroutan et al. 2018). Es handelt sich um einen Ansatz, der zunehmend an Bedeutung innerhalb und außerhalb der Sozialwissenschaften und der kritischen Migrationsforschung gewinnt. Die Theaterintendantin Shermin Langhoff (2011) prägte den Begriff des „postmigrantischen Theaters“. Aus der kulturproduzierenden Welt wurde der Begriff des Postmigrantischen in den akademischen Bereich

im deutschsprachigen Raum als Ansatz zur kritischen Auseinandersetzung mit migrations- und integrationsbezogenen Themen übertragen (für Deutschland, vgl. Römhild 2015; für Österreich, vgl. Rupnow 2018; Yıldız 2018; für die Schweiz, vgl. Espahangizi 2018). Es handelt sich beim Postmigrantischen um einen Ansatz, der Vielfalt und Migration als gesellschaftliche Realität und Normalität betrachtet und einen reflexiven Blick auf eine durch vielfältige Migrations- und Religionsbezüge geprägte Gesellschaft richtet. Im Zuge der „reflexiven Wende“ in Teilen der Migrationsforschung und der Kritik an anderen vorherrschenden Paradigmen wie jenem der „kulturellen Differenz“ markiert das Postmigrantische einen Paradigmenwechsel (vgl. Nieswand/Drotbohm 2014: 5f.).

Postmigrantische Gesellschaftsrealitäten

Das Postmigrantische geht über klassische Definitionen von Migration als subjekt- oder gruppenbezogene Wanderungsbewegung hinaus, die mit einem *dauerhaften* Wechsel des Wohnorts und Lebensmittelpunktes in eine andere „politische Wohn-gemeinde“ (Han 2010: 6) einhergeht. Das postmigrantische Konzept beschreibt „eine Gesellschaft, die durch die Erfahrung der Migration strukturiert ist, was [...] für alle aktuellen Formen der Einwanderung

(wie Flucht, temporäre Migration) politisch, rechtlich und sozial bedeutsam ist“ (Tsianos/Karakayali 2014: 34). Nach dieser Konzeption bedeutet Gesellschaftserfahrung Migrationserfahrung und vice versa. Alle Elemente der Gesellschaft werden postmigrantisch. Die Aktualität einer solchen Konzeption zeigt sich etwa darin, dass in Deutschland im Jahr 2018 statistisch mehr als 25 Prozent der Erwachsenen und bereits 40 Prozent der Kinder Migrationsbezüge aus eigenen oder aus familiären Migrationserfahrungen aufweisen (vgl. Statistisches Bundesamt 2018). Dies verdeutlicht die Relevanz des im Kern des Postmigrantischen verankerten Bemühens um eine *Anerkennung von Migrationserfahrung als gesellschaftlicher Realität*.

Postmigrantische Gesellschaftsrealitäten entfalten sich nicht nur in einem nationalen Rahmen: Gesellschaftliche Lebensrealitäten werden in einer globalisierten Welt durch transnationale Bezüge maßgeblich mitbestimmt (vgl. Römhild 2018). Die postmigrantische Perspektive betont dies und wendet sich gegen einen „methodologischen Nationalismus“ (vgl. Glick-Schiller/Wimmer 2002; Beck/Grande 2010). Sie bricht nationales Containerdenken auf, indem sie einen erweiternden „ent-ethnisierte[n] und ent-nationalisierte[n] Zugang“ (Yıldız 2018: 48) wählt.

Die Begriffssetzung „postmigrantisch“ schließt an ähnliche Begrifflichkeiten wie

”

Das Postmigrantische distanziert sich nicht von Migration als solcher, sondern von bestimmten negativen Dispositiven und Diskursen *um* Migration

etwa „postkolonial“ an, die historische rassifizierende Kontinuitäten durchbrechen (vgl. Foroutan 2018: 286f.). Das Postmigrantische distanziert sich nicht von Migration als solcher, sondern von bestimmten negativen Dispositiven und Diskursen *um* Migration, denen die postmigrantische Perspektive ein normatives Gegenarrativ entgegensetzen möchte. Im Kern geht es dem postmigrantischen Paradigma also darum, bestehende Narrative und Kategorisierungen infrage zu stellen und alternative Narrative zu entwickeln (siehe exemplarisch für die Kategorie ‚mit Migrationshintergrund‘: Aikins/Supik 2018).

Postmigrantische *Allianzen* können, geeint durch eine herkunfts- und gruppenübergreifende Grundhaltung, Partikularinteressen und eng gedachte Gruppengrenzen weiten oder überwinden (vgl. Foroutan 2018: 292). Das von der Sozialwissenschaftlerin Naika Foroutan erarbeitete Programm einer postmigrantischen Gesellschaftsanalyse zielt darauf, „herkunftsübergreifende Erklärungen für gesellschaftspolitische Kernkonflikte um Anerkennung, Chancengerechtigkeit und Teilhabe in pluralen Demokratien“ (2018: 271) zu finden. *Allianzen* können dabei

die Akzeptanz von Pluralität steigern und wirken den Antagonismen, die gesellschaftliche Pluralität gegenüber Migration und Minderheiten abwehren, entgegen (vgl. ebd.: 292). Zwischen diesen beiden Polen finden eine normative *Anerkennung* der Migrationsrealitäten sowie *Aushandlungsprozesse* von *Ambivalenzen* statt (vgl. ebd.). Gesellschaftsanalytisch kann die postmigrantische Perspektive darüber hinaus als soziologisch-zeitdiagnostische Warnung vor der Fragilität der „Anerkennung der Zugehörigkeit“ (Nowicka 2018: 65) von Minderheiten wie Muslim*innen und Juden*Jüdinnen in Deutschland fungieren.

23

Religiöse Minderheiten in der postmigrantischen Gesellschaft

Mit einer postmigrantischen Gesellschaftsanalyse geht die Möglichkeit einher, Konflikte um Rechte und Zugehörigkeiten mit Blick auf die „Transformation von Gesellschaftsordnungen und Diskursen“ (Foroutan 2018: 272ff.) empirisch zu untersuchen. Zu diesen Konflikten zählen auch Diskurse über die Rechte von religiösen Minderheiten (vgl. Beigang 2018: 265). Diese Rechte stehen oftmals

” Innerhalb solcher Auseinandersetzungen kommt es wieder dazu, dass religiöse Minderheiten migrantisiert oder ethnonationale Minderheiten muslimifiziert werden.

im Konflikt mit den Rechtsvorstellungen einer Dominanzgesellschaft, sodass es im Hinblick auf religiöse Minderheiten immer wieder zu Diskursereignissen wie etwa Kopftuchdebatten (vgl. Korteweg/ Yurdakul 2016) oder Beschneidungsdebatten (vgl. Yurdakul 2016) kommt. Dabei handelt es sich um „[d]iskursive Auseinandersetzungen um symbolische Grenzen natio-ethno-kultureller Zugehörigkeit“ (Mecheril 2014: 110).

Innerhalb solcher Auseinandersetzungen kommt es immer wieder dazu, dass religiöse Minderheiten migrantisiert oder ethnonationale Minderheiten muslimifiziert werden (vgl. Spielhaus 2018). Dies ignoriert zumeist den Umstand, dass religiöse Minderheiten seit Jahrhunderten Teil der Gesellschaftsrealitäten sind: Juden*Jüdinnen leben seit 1700 Jahren in Mitteleuropa, erste islamische Gemeinden gibt es

seit dem 18. Jahrhundert in Deutschland. Das ‚Dritte Reich‘ zerstörte jedoch das „plurale religiöse Leben, das sich in einigen deutschen Großstädten entwickelt hatte“ (Spielhaus 2013: 169). Durch die Shoah wurde das jüdische Leben in Deutschland beinahe vollständig ausgelöscht. Aktuell leben wieder circa 200.000 Juden*Jüdinnen mit und ohne Migrationsgeschichte in Deutschland (vgl. Bodemann/Bagno 2010: 163).² Diskurse und Zuschreibungspraxen um Muslim*innen und ‚den Islam‘ in Deutschland sind eng mit der Geschichte der ‚Gastarbeiter*innen‘ seit den 1950ern verbunden (vgl. Luft 2014; Hunn 2004). Die Zahl der Muslim*innen in Deutschland betrug Ende 2015 zwischen 4,4 und 4,7 Millionen (vgl. Stich 2016). Laut Religionsmonitor hatten 2016 45 Prozent der Muslim*innen die deutsche Staatsangehörigkeit (vgl. Bertelsmann Stiftung 2016: 5).³

² Während 1933 noch circa 500.000 Juden*Jüdinnen in Deutschland lebten, waren es unmittelbar nach der Shoah circa 15.000, im Jahr 1990 circa 30.000 (vgl. Grossmann 2009: 55). Zwischen 1990 und 2015 kam es durch die Einwanderung von bis dato circa 220.000 jüdischen „Kontingentflüchtlingen“ aus der ehemaligen Sowjetunion in die BRD zu einem migrationsbedingten Wachstum (vgl. Bertelsmann Stiftung 2016: 3). Aktuell ist zudem eine wachsende Zahl jüdischer Israelis in Deutschland zu nennen (vgl. Kranz 2017).

³ Von den Muslim*innen ‚mit Migrationshintergrund‘ sind rund 2,3 Millionen Menschen türkeistämmig, gefolgt von Menschen ‚mit Migrationshintergrund‘ aus dem Nahen Osten als zweitgrößte Herkunftsregion mit 17,1 Prozent der Muslim*innen (vgl. Stich 2016: 5; Kauschanski 2018).

Ziel des vorliegenden Beitrags ist es im Folgenden, sich migrantisierenden und muslimifizierenden Praxen entgegenzustellen und unter Anwendung einer postmigrantischen Perspektive zu untersuchen, wie religiöse Minderheiten gruppenübergreifenden Strategien im Umgang mit symbolischen Ausschlüssen verwenden.

Boundary Work in der postmigrantischen Gesellschaft

Die postmigrantische Perspektive bildet in diesem Beitrag den theoretischen Rahmen, liefert aber noch kein geeignetes analytisches Instrumentarium, um gruppenübergreifende Handlungsrepertoires zu untersuchen. Deshalb ziehe ich zur Analyse

von gruppenübergreifenden Strategien das *Boundary Making*-Konzept heran: Dieses Konzept befasst sich theoretisch und empirisch mit symbolischen Grenzziehungen, die sich mit Michèle Lamont et al. (2015: 850) als „the lines that include and define some people, groups, and things while excluding others“ beschreiben lassen. Lamont (2018) hat in induktiven Studien Praktiken der Grenzbearbeitung (*boundary work*) von Interviewpartner*innen unterschiedlicher Gruppen gegenüber Stigmatisierungen und hinsichtlich Anerkennungskämpfe untersucht. Daneben stellt der Sozialanthropologe Andreas Wimmer (2008) ein Instrumentarium an möglichen Strategien in Grenzziehungsprozessen vor, wonach Grenzen unter anderem verschoben und verwischt werden können (siehe Abbildung 1).

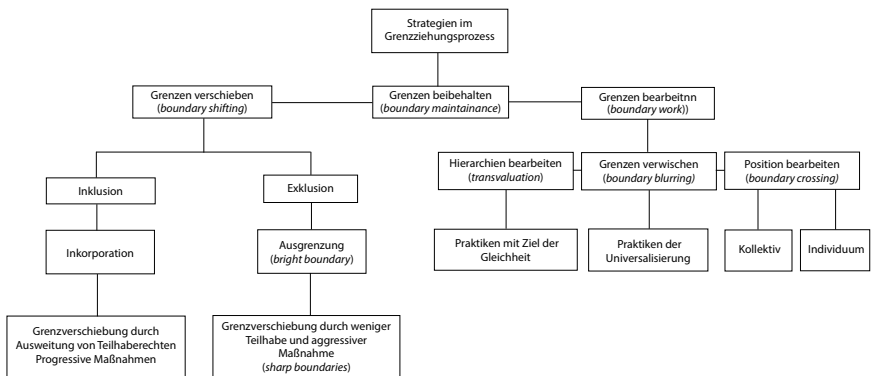


Abbildung 1: Taxonomie der Boundary Making-Strategien (eigene Darstellung nach Wimmer 2008b: 1044)

Diese Vorkenntnisse fließen in meine Analyse mit ein, indem ich den Blick insbesondere auf das *boundary blurring*, also dem strategischen Grenzverwischen in solidarischen Allianzen richte. Denn mit Praktiken des Grenzverwischens reduzieren Akteur*innen die Wichtigkeit von Ethnizität als Kategorie in Beziehungshierarchien und zielen auf eine reziproke Anerkennung sowie Universalisierung, etwa indem Menschenrechte oder ein globales friedliches Zusammenleben der Menschheit adressiert werden (vgl. Zolberg/Woon 1999: 8f.).

26

Für die Untersuchung gruppenübergreifender Repräsentationsbeziehungen in einem postmigrantischen Gesellschaftskontext existieren bislang nur wenige Studien. So gibt es erste Arbeiten, die etwa die Perspektiven von politischen Repräsentant*innen ‚mit Migrationshintergrund‘ oder die innerparteiliche Inkorporation von Migrant*innen untersuchen (für Bundestagsabgeordnete, siehe Nergiz 2014, Softic 2016; für parteipolitische Inkorporationsprozesse, siehe Volkert 2017). Da es das Ziel des vorliegenden Beitrags ist, intergruppalen Aushandlungsprozesse auf der Ebene der politischen Repräsentation jüdischer und muslimischer Minderheiten zu analysieren, knüpfe ich ferner an die Studie der Sozialwissenschaftlerin Gökçe Yurdakul (2010) an, die jüdische und (muslimisch-)türkeistämmige Akteur*innen ethnonationaler und religiöser Dachverbände in ihrer

Repräsentationsarbeit vergleicht und dabei verschiedene gruppenübergreifende Strategien der politischen Repräsentant*innen ausmacht. Außerdem ist die Studie der Antisemitismusforscherinnen Sina Arnold und Jana König (2018) für gruppenübergreifendes Handeln im postmigrantischen Gesellschaftskontext relevant: Die Forscherinnen machen im erinnerungspädagogischen Lernen von Geflüchteten multidirektionale Bezüge zwischen den Erfahrungen von Geflüchteten und den historischen Ereignissen um die Shoah deutlich.

Methodisches Vorgehen

Methodisch liegt den erhobenen Daten ein qualitatives Forschungsdesign zugrunde. Um Einblicke in das Feld der jüdischen-muslimischen-(dominanz-)deutschen Beziehungen zu erhalten, kombiniere ich zwei unterschiedliche Methoden innerhalb der ethnografischen Feldforschung (vgl. Burowoy 2000: 7f.; Flick 2018). Die diesem Beitrag zugrundeliegenden Daten, die ich im Zeitraum von Januar bis Juli 2018 in Berlin im Rahmen meiner Masterarbeit erhoben habe, ergeben sich einerseits aus teilnehmenden Beobachtungen von Veranstaltungen (vgl. Breidenstein et al. 2015: 71ff.) und andererseits aus acht leitfadengestützten, semi-strukturierten Expert*inneninterviews (vgl. Gläser/Laudel 2010). Letztere stehen im Zentrum des vorliegenden Beitrags.

Das Interviewsample setzt sich aus einer heterogenen Fallauswahl zusammen (vgl. Kelle/Kluge 2010: 50). Die Akquise der Interviewpartner*innen erfolgte via E-Mail oder Direktansprache im Rahmen von Veranstaltungen während meiner Feldarbeit. Ich begann, auf der Ebene der innerparteilichen Repräsentationsarbeit in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) Personen anzusprechen, in welcher es sowohl einen Arbeitskreis jüdischer Sozialdemokrat*innen als auch einen Arbeitskreis muslimischer Sozialdemokrat*innen gibt. Aus diesen (Teil-) Organisationen interviewte ich je eine Person (I1 und I2) sowie einen jüdischen Vertreter des Arbeitskreises Migration und Vielfalt der SPD (I3). Außerdem erklärten sich mir je ein Vertreter eines großen jüdischen (I6) und eines großen muslimischen Dachverbands (I8) für ein Interview bereit. Zwei weitere Interviews führte ich mit (muslimisch-)türkeistämmigen Bundestagsabgeordneten der SPD (I7) und von Bündnis90/Die Grünen (I5). Zudem kam es zu einem Interview mit dem Vertreter eines Vereins zur migrantischen Selbstorganisation von Türkeistämmigen und Migrant*innen in Deutschland. Mit der Forschung geht so neben der Kategorie der Religion eine Vergleichsdimension ethno-nationaler und säkular geprägter Repräsentation einher. Der Interviewleitfaden sollte ein möglichst weitreichendes Bild der Repräsentationsarbeit zeichnen und bildete folgende Themenbereiche ab:

- die Wirkung des Nahostkonflikts auf jüdische und muslimische Minderheiten in Deutschland
- den Umgang mit Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus
- Fragen zur Repräsentationsarbeit und zu Rollen, Biografien und individuellen Konflikten der Interviewpartner*innen.

Im Sinne einer reflexiven Forschungspraxis gilt es, vorab zu berücksichtigen, dass alle meine Interviewpartner*innen politische Akteur*innen mit leitenden Aufgaben sind, die mindestens dem Vorstand ihrer Arbeitsgruppe angehören. Es ist Teil ihrer beruflichen Praxis, politische Koalitionen und Allianzen zu bilden, wie insbesondere im Fall der Bundestagsabgeordneten deutlich wird. Ihre Praktiken der Allianzbildung werden sicherlich nicht einzig von den Individuen selbst bestimmt, sondern stehen mitunter auch zu einem gewissen Grad in Einklang mit den politischen Ausrichtungen ihrer Parteien oder Verbände, für den der*die Expert*in spricht.

Nach der Transkription der Interviews wählte ich für das Kodieren der Transkripte den Modus eines offenen Adhoc-Kodierens nach der *Grounded Theory Methodology* (vgl. Corbin/Strauss 1990). Daraus ließen sich durch Abduktion Kategorien ableiten, die ich gruppierte und anhand derer ich Oberkategorien bildete (vgl. Kelle/Kluge 2010: 61ff.). Da die Forschung auf die

intergruppalen Aushandlungsprozesse und auf Grenzziehungsstrategien in den Minderheitenbeziehungen und gegenüber der Dominanzgesellschaft zielt, erarbeitete ich zudem eine Analysematrix, die sich am *Boundary Making*-Konzept orientiert, und analysierte verschiedene im Material vorgefundene Grenzziehungs- und Grenzbearbeitungsstrategien (vgl. Abbildung 1).

Grenzverwischungen in postmigrantischen Allianzen

Aus der Heterogenität im Sample gehen vielfältige Perspektiven auf das Zusammenleben in postmigrantischen Gesellschaften hervor. Im Folgenden beschränkt sich die Darstellung auf jene Teile der Ergebnisse aus der Interviewforschung, in denen solidarische Allianzen als Strategien der Grenzverwischung (*boundary blurring*) im Umgang mit Stigmatisierungen seitens der Minderheitenrepräsentant*innen artikuliert wurden. Diese Ergebnisse sind im Hinblick auf das gesamtgesellschaftliche Potenzial der postmigrantischen Perspektive besonders interessant. So kann gezeigt werden, dass in den Kooperationsbeziehungen zwischen den politischen Repräsentant*innen bereits solidarische Allianzen existieren und ein Möglichkeitsraum

besteht, über diese hinauszuwirken.⁴ Die Allianzen zeigen sich insbesondere in gemeinsamen Strategien im Umgang mit Antisemitismus, Rassismus, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus sowie in erinnerungspolitischen und erinnerungspädagogischen Allianzen.

Umgangsstrategien mit Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Mit dem Einzug der rechtspopulistischen bis rechtsextremen Partei Alternative für Deutschland (AfD) in die Parlamente ist dort nun eine Ideologie des „autoritären Nationalradikalismus“ (Heitmeyer 2018: 231ff.) vertreten. Der Einzug der AfD in den Bundestag kann als Schlüsselmoment der nationalradikalen Fremdmachung im Herzen der bundesdeutschen Politik angesehen werden. Trotz oder gerade wegen ihrer exkludierenden rhetorischen Grenzziehungsstrategien, mit denen sie einen tief verwurzelten Antagonismus gegenüber (muslimischer) Migration bedient und mit denen ihre Vertreter*innen mit geschichtsrevisionistischen und jüdische Menschen ausschließenden Aussagen provozieren, verzeichnet die Partei Wahlerfolge (vgl. Schröder 2018; Schuler et al.

⁴Nicht berücksichtigt werden in diesem Artikel die feldethnographisch beobachteten Grenzziehungspraktiken und -strategien seitens der Akteur*innen hinsichtlich des Nahostkonflikts sowie weitere Einsichten in ihre Repräsentationsarbeit und Perspektiven auf weitere politische Themen. Die Repräsentationsbeziehungen verlaufen dabei nicht immer konfliktfrei.

2020). Dieser Moment eröffnet aber auch ein Möglichkeitsfenster dafür, die kooperative Zusammenarbeit von religiösen und migrantischen Gruppen als Gegengewicht zu rechtspopulistischen, rassistischen und rechtsextremen Akteur*innen zu stärken.

Die Strategien der Interviewpartner*innen gegenüber der rassistischen Rhetorik der AfD zeugen davon, dass es einen Grundkonsens unter ihnen gibt, den Raum über Rassismus und Antipluralismus kontrollieren zu wollen. Zwar ist dies mitunter mit dem einstigen gesamtparlamentarischen Konsens im Umgang mit der rechtsextremen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) vergleichbar, jedoch zeugen Debatten über den „richtigen“ Umgang der AfD nicht immer von einer konsensuellen Grenzziehung gegenüber dieser rechten bis rechtsextremen Partei. Die beiden türkeistämmigen sozialdemokratischen bzw. grünen Bundestagsabgeordneten betonen, dass der politische Raum des Bundestags ein Raum sein soll, der nicht von rassistischen Akteur*innen dominiert werden soll. Im Umgang mit der AfD artikulieren sie einen postmigrantischen Moment der strategischen Allianzen im Bundestag. Die beiden interviewten Bundestagsabgeordneten versuchen etwa, die Schwächen in der Sacharbeit der AfD zu adressieren, anstatt sich zu empören, da dies in den medialen Selbstdarstellungen der rechtspopulistischen Akteur*innen instrumentalisiert werden könne: „[I]ch

glaube, niemand will sich instrumentalisieren lassen. Und wie kommt man davon weg, sich von einer doch zum Teil rechtsextremen Partei instrumentalisieren zu lassen? Das ist noch eine Überlegung“ (I7). Die Interviewpartnerin betont die Wachsamkeit und Präsenz der MdBs angesichts der AfD, „weil man eben sagt, diesen Raum, den bewacht man“ (I7). Auch die zweite Abgeordnete betont die Kontrolle über den Diskursraum, der für die AfD zur Verfügung steht, als Kernelement ihres Umgangs mit Rechtspopulist*innen. Dabei gehe es ihr um Gelassenheit: „[D]as ist vielleicht so mein Umgang damit, dass ich denen nur so viel Raum gebe, wie ich Ihnen Raum geben will [...], dass eben Rassismus mich nicht größer, kleiner, weniger oder mehr wert macht“ (I5). Gegenüber den AfD-Akteur*innen zieht die Abgeordnete in ähnlicher Weise Grenzen und achtet dabei auch auf eine intrapersonale Abgrenzung zu den abwertenden Artikulationen, um Stigmatisierungswirkungen auf ihre Person zu verhindern.

Der strategische Umgang mit der AfD im Bundestag lässt die Grenzen zwischen den Fraktionen verschwimmen, was allerdings nicht nur von den Abgeordneten vorangetrieben wird, die Migrationsbezüge haben oder Bezüge zu religiösen Minderheiten aufweisen. Nichtsdestotrotz sind diese wichtige Akteur*innen der Postmigrantisierung der Parlamente, wenn sie sich sichtbar gegen die exkludierenden

Praktiken der AfD positionieren. Beide Abgeordnete äußern sich strategisch ähnlich, obwohl sie unterschiedlichen Parteien angehören und betonen wie auch Bundestagsabgeordneten anderer Parteien, den Raum der AfD im Bundestag kontrollieren zu wollen. Dies kann als pro-demokratisches Verwischen von Grenzen (*boundary blurring*) verstanden werden, bei dem sich eine herkunfts- und parteienübergreifende demokratische Allianz im Bundestag strategisch gegen die AfD formiert.

30 Die Vertreterin des jüdischen Arbeitskreises der SPD zielt gegen die symbolische Instrumentalisierung jüdischer Interessen durch die AfD, die sich als „politischen Garanten jüdischen Lebens in Zeiten illegaler Migration nach Deutschland“ (Frauke Petry, zitiert nach Shooman 2018: 47) stilisiert.⁵ Sie betreibt innerhalb der jüdischen Community *boundary blurring*, indem sie anhand von Beispielen des Antisemitismus der AfD in deren Wahlprogramm aufklärt und betont: „[D]as sind definitiv nicht unsere Freunde – definitiv nicht, das ist eine Ansammlung von Rassisten und Antisemiten“ (I2). Dies begründet sie mit einem Hinweis auf deren Haltung zu religiösen Riten: So stünde im AfD-Wahlprogramm ein mit dem Tierwohl begründeter Passus über das Schächtverbot. Dies stellt für die Repräsentantin ein wichtiges Beispiel der

innerparteilichen Interventionsarbeit des Arbeitskreises dar: So handelt es sich – ähnlich wie bei der Beschneidungsdebatte – um einen Eingriff in die Religionsfreiheit. Solche Eingriffe treffen zugleich jüdische wie muslimische Riten und greifen damit diese Minderheiten an. Die Vertreterin des jüdischen Arbeitskreises der SPD zieht damit scharfe Grenzen gegenüber der AfD.

Der jüdische Repräsentant des Dachverbandes hingegen vertritt einen dia-logischen Ansatz, womit er explizit auch mit einwanderungsskeptischen bis rechts-extremen Akteur*innen spricht. Dabei ist er ähnlich wie auch der Repräsentant des muslimischen Dachverbands vom Grundgesetz und den darin festgeschriebenen Werten überzeugt, welche in den Perspektiven beider Repräsentanten allen Menschen universell zuteilwerden sollten. Hier verwischen die Grenzen zur Dominanzgesellschaft, wobei der Interviewpartner betont, individuelle Grenzen zu ziehen, wenn er ein rechtsextrems Individuum als „einfach hoffnungslos“ (I6) einstuft.

Für die beiden politischen Repräsentanten der großen jüdischen und muslimischen Dachverbände ist zudem eine gruppenübergreifende Solidarität gegen Angriffe von Rechtsextremist*innen ein wichtiger Bestandteil ihrer Praxis der

⁵ Im Oktober 2018 gründete sich ein Arbeitskreis „Juden in der AfD“. Da dies nach der Erhebung stattfand, kann dieser Umstand in diesem Beitrag nicht berücksichtigt werden, wäre jedoch ein möglicher Gegenstand zukünftiger Forschungen über die Repräsentationsbeziehungen.

Diskursintervention. Der muslimische Repräsentant betont den universellen Gehalt:

Jetzt zur Frage, wie gehen wir strategisch mit dem Rassismus um [...]. Indem wir sagen: Es ist gesamtgesellschaftlich eine Aufgabe. Angriff auf eine Synagoge ist ein Angriff auf alle und nicht nur auf eine Synagoge. [...] Das ist der strategische Ansatz. [...] Es ist ein Lackmustest, inwiefern eine freiheitliche Demokratie, wie ernst sie's meint. Der Lackmustest ist der Umgang mit der Minderheit. Egal welche. Ob das religiös ist oder ob das eine ethnische oder eine sexuelle, was auch immer. Das ist der Lackmustest: Wie ernst meinen wir es mit unserer freiheitlichen Demokratie? (I8)⁶

Aus dieser Grundhaltung geht der Gruppengrenzen überschreitende Einsatz beider politischer Repräsentanten für die jeweils andere Minderheitsgruppe und für eine plurale Demokratie hervor. In der Praxis vollziehen sich die Interventionen insbesondere in Solidaritätsbekundungen nach Gewaltereignissen (vgl. Shooman 2018). Zudem betonen beide den Wert interreligiöser Begegnungen und gemeinsamer Veranstaltungen mit Jugendlichen unterschiedlicher Religionsgruppen als präventive und demokratiebildende Maßnahme. Hierin werden Allianzen durch

Grenzverwischungen zwischen jüdischen und muslimischen Minderheiten deutlich, die sich auf der Ebene der politischen Repräsentation bereits vollziehen und von dort aus auch in die Gesellschaft als Organisation von Begegnungen wirken.

Allianzen der Erinnerung

Auch im Hinblick auf erinnerungspädagogische Ansätze zeigen sich in den Interviews postmigrantisches Allianzen. Der postmigrantisches Gesellschaftsraum fungiert als Aushandlungsraum, in dem Kooperationspotenziale über Erinnerungsalianzen ausgehandelt werden.

In Bezug auf den Vorschlag einer muslimischen Politikerin, verpflichtende KZ-Gedenkstättenbesuche in schulischen Curricula einzuführen, gibt es unterschiedliche Meinungen unter den Interviewpersonen: So warnt ein jüdischer Interviewpartner vor einer „Konfrontationspädagogik mit dem erhobenen *Zeigefinger*“ (I6). Dagegen zielt er auf einen ganzheitlichen Ansatz und stört sich an der Idee der ‚Heilung‘ durch einen Gedenkstättenbesuch. Auch andere jüdische Interviewpartner*innen äußern Skepsis gegenüber einer solchen Pflicht.

Die muslimischen Interviewpartner*innen hingegen argumentieren in Richtung

⁶ Unterstreichungen geben Betonungen von Wörtern seitens meiner Interviewpartner*innen wieder.

einer „Universalisierung von Erinnerung“ (Arnold/König 2018): So betont ein Interviewpartner (I1), dass dies dazu führen könnte, Berührungspunkte von Antisemitismus und Ausgrenzungserfahrungen entlang einer weit gezogenen diskursiven Grenze gegenüber Muslim*innen zu schaffen. Dabei setzt mein Interviewpartner die Erfahrungen von Juden*Jüdinnen während der Shoah explizit nicht mit aktuellen Ausgrenzungserfahrungen von Muslim*innen gleich. Schließlich bestehen im Rahmen einer postmigrantischen Praxis von Erinnerung auch Gefahren, die durch den Interviewten thematisiert werden: So warnt er in diesem Zusammenhang vor einer „Opferkonkurrenz“ (Yurdakul 2010) und vor Gleichsetzungen von historischen Erfahrungen des Antisemitismus während der Herrschaft des nationalsozialistischen Regimes im ‚Dritten Reich‘, welcher die Shoah zur Folge hatte, mit aktuellem anti-muslimischem Rassismus:

Und den Antisemitismus gleichzusetzen mit anderen diskriminierenden Sachen, da wäre ich jetzt persönlich ein bisschen vorsichtig. Denn ich würde die Thematik Antisemitismus doch eher separat behandeln und würde auch davor warnen, dass man jetzt in eine gewisse Opferrolle [kommt] oder da Vergleiche zieht und da gewisse Parallelen zum Antimuslim-Bashing zieht. Sicherlich ist es auch erschreckend, beängstigend und traurig zugleich, was

momentan gegen Muslime passiert [...], doch [das ist] bei Weitem nicht mit dem zu vergleichen, was jüdische Mitbürger alles in Deutschland erleben mussten (I1).

Der Austausch unterschiedlicher Narrative und Erfahrungen, Perspektiven und Deutungen auf die Welt ist für den (muslimischen) Interviewpartner wichtig, um eine „Brücke zu schaffen überhaupt zur Thematik“ (I1). Auch ein anderer (jüdischer) Interviewpartner verwendet in diesem Zusammenhang eine „Brücken-Metapher“ (I3), indem er die Wichtigkeit betont, „mehr Sensibilität zu schaffen“ (I3). Auch er hält einen weitergehenden Ansatz der Erinnerungspädagogik und -politik für notwendig, „[w]eil, die Brücke zum Nahost-Konflikt werden sie eigenständig bauen. Die werden zwar sagen, gut, aber schlimm, scheiße, aber ihr macht das Gleiche mit uns in Gaza. Also wenn man das nicht professionell macht, dann machen sie es halt selber“ (I3).

Der Vertreter des muslimischen Arbeitskreises (I1) verbindet mit der Konfrontation mit der Shoah durch den Gedenkstättenbesuch eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Thema und eine Gruppen-grenzen übergreifenden Wirkungsmacht. Die beiden jüdischen Interviewpartner (I3 und I6) betonen jedoch, dass eine einseitige Adressierung von Geflüchteten im Rahmen einer attestierten und erwarteten

‚Heilung‘ durch ‚Konfrontationspädagogik‘ zum inadäquaten Mittel gerät. Dies wäre hier der Fall, wenn ein solcher erinnerungspädagogischer Ansatz zur Folge hätte, dass das diskursive Element der Aktualität des Nahostkonflikts mit den historischen Leiderfahrungen der Shoah im Zuge einer israelbezogenen antisemitischen Täter-Opferumkehr gleichgesetzt würde. Hier zeigt sich der Bedarf eines ganzheitlichen erinnerungspädagogischen Ansatzes, der mögliche Fallstricke berücksichtigt und sowohl jüdische als auch migrantische-muslimische Minderheiten miteinbezieht.

Der jüdische Vertreter des Dachverbandes berichtet in diesem Zusammenhang vom Beispiel des Projekts „Stadtteilmütter“, bei dem palästinensische und arabische Mütter mit jüdischen Akteur*innen in Dialog traten:

Mit denen haben wir diskutiert, die gingen in eine Synagoge, trafen dort zum ersten Mal einen Holocaustüberlebenden, um einfach auch mal zu hören: Was ist eigentlich der Holocaust? Was hat das eigentlich bewirkt? Die sind nach diesem Projekt dort rausgekommen, waren erschüttert. Weil sie zum ersten Mal wirklich gehört haben, worum es bei diesem ganzen Holocaustthema überhaupt geht. Umgekehrt haben sie aber auch dann über ihre Erfahrungen, Nakba und Vertreibung

und Flüchtlingslager und so weiter reden können. Und die haben unisono gesagt: ‚Wir müssen mehr miteinander reden.‘ Das sind dieselben Mütter, die ihren Kindern jetzt erklären werden: ‚Pass auf, langsam.‘ Und damit, haben wir schon wieder eine Saat gelegt. Deswegen sag ich auch an dieser Stelle: Da muss viel, viel mehr passieren. (16)

Er führt das Beispiel an, bei dem Erfahrungen der Shoah mit der palästinensischen Leiderfahrung der Nakba in transkulturellem Austausch erzählt werden, sodass Gruppengrenzen verwischen. Flucht, Vertreibung und Leiderfahrungen können zu einem solidarischen Aufeinanderbezogen-Sein werden. Der Interviewpartner führt die Mütter als Elternteile an, die als Sozialisationsinstanzen Teil eines ganzheitlichen Ansatzes sein können. Durch ihre multidirektionalen Erfahrungen mit Erinnerungen anderer Minderheiten, welche historisch Abwertungen und Leiderfahrungen machten und Stigmatisierungen sowie Traumata unterliegen, formen sie Erinnerungssallianzen.

Der Vertreter der muslimischen Dachorganisation berichtet von gemeinsamen jüdischen und muslimischen Gedenkstättenfahrten und davon, wie er selbst an Fahrten für geflüchtete muslimische Jugendliche teilnimmt. Aus seinem Verständnis des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland als historische

” Durch die Einbindung von Migrant*innen in die historischen Narrative der deutschen Gesellschaft und im Austausch mit ihren Perspektiven entsteht ein Aushandlungs- und Möglichkeitsraum für postmigrantische Inklusivität.

Errungenschaft, das diametral den Ereignissen des Zweiten Weltkriegs gegenübersteht, beschreibt er die Ziele der Gedenkstättenfahrten:

34

Es gibt so drei, vier Ziele. Erstens, als muslimischer Bürger sich mit der Thematik auseinanderzusetzen, zu was es führt, wenn man Menschenverachtung zulässt. Ist in der letzten Konsequenz Auschwitz oder Holocaust, diese Warnung. Zweitens, der Kampf gegen all diese Formen der Menschenverachtung ist eine vornehme Aufgabe als Muslim. Es ist also unser religiöses Selbstverständnis. Das Zweite ist, dass sich gerade Geflüchtete mit der deutschen Geschichte, die ein Stück weit auch die DNA darstellt, auseinandersetzen. (18)

Zu den Zielen zähle ferner die Bekämpfung von Antisemitismus durch die Konfrontation mit der Geschichte der Shoah an den Orten, an denen noch die Krematorien der Vernichtungslager stehen. Dies diene der Aufklärung über die deutsche Geschichte und die Weltgeschichte sowie ihre Aktualität. Geschichte wird dort auch durch

Shoah-Überlebende und Zeitzeug*innen der Verbrechen gegen die Menschlichkeit erfahrbar. Dabei gibt es auch gemeinsame Fahrten von jüdischen und muslimischen Gruppen, die von beiden Dachverbänden organisiert werden. Interreligiöser Dialog wird hier mit Begegnungen mit der NS-Geschichte verbunden. Die Wege, die die Organisator*innen und Teilnehmer*innen jüdischer und muslimischer Minderheiten zu finden versuchen, sind in zweierlei Hinsicht multidirektional: Es handelt sich um eine Annäherung an die Bedeutung der Shoah als jüdische Leiderfahrung, die zugleich ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellt. Dies bietet – wie auch Arnold und König (2018) zeigen – Anknüpfungspunkte für eine gruppen-grenzen-überschreitende Universalisierung von Leiderfahrungen. Über einen dialogischen Ansatz bringen Konfrontation und Austausch historischer mit aktuellen Kriegstraumata einander näher. Im Sinne der postmigrantischen Perspektive handelt es sich hierbei nicht um eine Relativierung der Leiderfahrung der Shoah. Vielmehr geht es um den Einschluss von Menschen, die selbst nicht Nachfahren von

Täter*innen oder Opfern der kollektiven Leiderfahrung der Shoah sind. Durch die Einbindung von Migrant*innen in die historischen Narrative der deutschen Gesellschaft und im Austausch mit ihren Perspektiven entsteht ein Aushandlungs- und Möglichkeitsraum für postmigrantische Inklusivität.

Von der Postmigrantisierung zum postmigrantischen Paradigmenwechsel?

Der vorliegende Beitrag thematisierte die Perspektiven jüdischer und muslimischer politischer Repräsentant*innen vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Konfliktlagen symbolischer Ausschlüsse. Ich fragte nach den Strategien der Grenzbearbeitung durch jüdische und muslimische politische Repräsentant*innen in intergruppalen Aushandlungsprozessen. Für die Untersuchung nahm ich eine postmigrantische Perspektive ein. Anhand von Expert*inneninterviews zeigte ich am Beispiel der Strategie des Grenzverwischens (*boundary blurring*), dass postmigrantische Allianzen in Kooperationsbeziehungen jüdischer und muslimischer politischer Repräsentant*innen auf Arbeitsebene bestehen und innerhalb dieser Beziehungen Grenzen strategisch bearbeitet werden. Im Bundestag kommt es zu einer interfraktionellen Grenzverwischung im strategischen Umgang der Bundestagsabgeordneten mit der

AfD. Im Umgang mit Rechtspopulismus und Rassismus respektive Antisemitismus wirken die politischen Repräsentant*innen auch in ihre Minderheitengruppen hinein. Durch solidarische Akte der Diskursintervention und gruppenübergreifender Zusammenarbeit verwischen die Grenzen zwischen jüdischen und muslimischen Minderheiten, um demokratiebildend und sensibilisierend mitunter präventiv zu wirken. Für erinnerungspädagogische Strategien zeigt sich ferner gruppenübergreifend die Artikulation der Notwendigkeit ganzheitlicher Ansätze, die postmigrantische Realitäten einbezieht und inklusiv wirkend verschiedene Erinnerungselemente nutzt, um dialogisch und nicht gleichsetzend oder revisionistisch zu wirken. Eine Postmigrantisierung der Erinnerungspolitik vollzieht sich hier auf der Ebene der politischen Repräsentation von religiösen Minderheiten bereits.

Insgesamt zeigt sich anhand der Praktiken der gruppenübergreifenden Kooperationen, dass die Akteur*innen der Repräsentationsbeziehungen religiöser Minderheiten *boundary work* in Richtung einer solidarischen Universalisierung von Grundrechten betreiben. Deutlich wird: In postmigrantischen Allianzen können Akteur*innen ihre Interessen durch *boundary blurring* universalisieren und für das gemeinsame Ziel des friedlichen Zusammenlebens in einer pluralen, offenen und inklusiven Gesellschaft über Gruppengrenzen hinweg

zusammenarbeiten. Kooperative Momente der Solidarität zwischen Minderheiten und sogar lang andauernde Kooperationen sind Zeichen einer empirisch beobachtbaren postmigrantischen Gesellschaft und tragen zu einer weiterehenden Postmigrantisierung der Gesellschaft bei.

Wenn sich Menschen für eine offene, plurale und solidarische Gesellschaft positionieren, kann dies im Sinne einer Postmigrantisierung gedeutet werden. Politische Repräsentant*innen religiöser Minderheiten intervenieren im öffentlichen Diskurs und äußern sich, um etwa ihre Besorgnis angesichts aktueller gesellschaftspolitischer Entwicklungen zu artikulieren. Ein einsetzender postmigrantischer Paradigmenwechsel könnte sich an die Seite dieser Menschen als inklusive Gegenbewegung zu den eingangs erläuterten Diskursverschiebungen stellen.

Literatur

Aikins, Joshua/Supik, Linda (2018): Gleichstellungsdaten: Differenzierte Erfassung als Grundlage für menschenrechtsbasierte Antidiskriminierungspolitik. In: Foroutan, Naika/Karakayali, Juliane/Spielhaus, Riem (Hrsg.): Postmigrantische Perspektiven. Ordnungssysteme, Repräsentationen, Kritik. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 97–112.

Arnold, Sina/König, Jana (2018): „The whole world owns the Holocaust“: Geschichtspolitik in der postmigrantischen Gesellschaft am Beispiel der Erinnerung an den Holocaust unter Geflüchteten. In: Foroutan, Naika/Karakayali, Juliane/Spielhaus, Riem (Hrsg.): Postmigrantische Perspektiven. Ordnungssysteme, Repräsentationen, Kritik. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 173–189.

Attia, Iman (2017): Diskursverschränkungen des anti-muslimischen Rassismus. In: Fereidooni, Karim/El Meral (Hrsg.): Rassismuskritik und Widerstandsformen. Wiesbaden: Springer VS, S. 181–192.

Bade, Klaus (2013): Kritik und Gewalt. Sarrazin-Debatte, ‚Islamkritik‘ und Terror in der Einwanderungsgesellschaft. Schwalbach: Wochenschau.

Beck, Ulrich/Grande, Edgar (2010): Jenseits des methodologischen Nationalismus: Außereuropäische und europäische Variationen der Zweiten Moderne. In: Soziale Welt, Jg. 61/3–4, S. 187–216.

Beigang, Steffen (2018): Die Konstruktion von Parität und Ausnahme bei der Aushandlung von Rechten in der postmigrantischen Gesellschaft. In: Foroutan, Naika/Karakayali, Juliane/Spielhaus, Riem (Hrsg.): Postmigrantische Perspektiven. Ordnungssysteme, Repräsentationen, Kritik. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 253–268.

Bertelsmann Stiftung (2016): Factsheet Einwanderungsland Deutschland. Religionsmonitor. Einwanderung und Vielfalt. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Bodemann, Michal (2002): In den Wogen der Erinnerung. Jüdische Existenz in Deutschland. München: dtv.

Bodemann, Michal/Bagno, Olena (2010): In der ethnischen Dämmerung. Die Pfade russischer Juden in Deutschland. In: Yurdakul, Gökçe/Bodemann, Michal (Hrsg.): Staatsbürgerschaft, Migration und Minderheiten. Inklusion und Ausgrenzungsstrategien im Vergleich. Wiesbaden: Springer VS, S. 161–182.

- Breidenstein, Georg/Hirschauer, Stefan/Kalthoff, Herbert/Nieswand, Boris** (2015): Ethnografie. Die Praxis der Feldforschung. Konstanz und München: UVK.
- Burawoy, Michael** (2000): Introduction. Reaching for the Global. In: Burawoy, Michael/Blum, Joseph A./George, Sheba/Gille, Zsuzsa/Thayer, Millie (Hrsg.): *Global Ethnography. Forces, Connections, and Imaginations in a Postmodern World*. Berkeley: University of California Press, S. 1–40.
- Corbin, Juliet/Strauss, Anselm** (1990): Grounded Theory Research: Procedures, Canons, and Evaluative Criteria. In: *Qualitative Sociology*, Jg. 13/1, S. 3–21.
- Czollek, Max** (2018): *Desintegriert euch!* München: Carl Hanser.
- Eger, Christian** (2020): Terror in Halle und Hanau Nicht Ost oder West: Menschenfeindlichkeit aus der Mitte. In: *Mitteldutsche Zeitung*, 21.02.2020. Online verfügbar unter <https://www.mz-web.de/halle-saale/anschlag-in-halle-saale/terror-in-halle-und-hanau-nicht-ost-oder-west--menschenfeindlichkeit-aus-der-mitte-36278696> (28.02.2020).
- Espahangizi, Kijan Malte** (2018): Ab wann sind Gesellschaften postmigrantisch? In: Foroutan, Naika/Karakayali, Juliane/Spielhaus, Riem (Hrsg.): *Postmigrantisches Perspektiven. Ordnungssysteme, Repräsentationen, Kritik*. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 25–56.
- Flick, Uwe** (2018): Triangulation. In: Bohnsack, Ralf/Geimer, Alexander/Meuser, Michael (Hrsg.): *Hauptbegriffe qualitativer Sozialforschung*. Opladen und Toronto: UTB, S. 235–241.
- Foroutan, Naika/Karakayali, Juliane/Spielhaus, Riem** (2018): *Postmigrantisches Perspektiven. Ordnungssysteme, Repräsentationen, Kritik*. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Foroutan, Naika** (2018): Von migrationszentrierten Diskursen hin zum Erkennen von Gleichheitskonflikten in pluralen Demokratien. In: Foroutan, Naika/Karakayali, Juliane/Spielhaus, Riem (Hrsg.): *Postmigrantisches Perspektiven. Ordnungssysteme, Repräsentationen, Kritik*. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 269–299.
- Gläser, Jochen/Laudel, Grit** (2010): *Experteninterview und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruktiver Untersuchungen*. Wiesbaden: Springer VS.
- Glick-Schiller, Nina/Wimmer, Andreas** (2002): Methodological Nationalism and Beyond. Nation-State Building, Migration and the Social Sciences. In: *Global Networks*, Jg. 2/4, S. 301–334.
- Ghorashi, Halleh** (2017): Negotiating belonging beyond rootedness: unsettling the sedentary bias in the Dutch culturalist discourse. In: *Ethnic and Racial Studies*, Jg. 40/14, S. 2426–2443.
- Grossmann, Atina** (2009): From Victims to “Homeless Foreigners”. Jewish Survivors in Postwar Germany. In: Chin, Rita/Fehrenbach, Heide/Eley, Geoff/Grossmann, Anita (Hrsg.): *After the Nazi Racial State. Difference and Democracy in Germany and Europe*. Ann Arbor: University of Michigan Press, S. 55–79.
- Han, Petrus** (2010): *Soziologie der Migration. Erklärungsmodelle. Fakten. Politische Konsequenzen. Perspektiven*. Stuttgart: Lucius und Lucius.
- Heitmeyer, Wilhelm** (2018): *Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I*. Berlin: Suhrkamp.
- Hunn, Karin** (2004): „Irgendwann kam das Deutschlandfieber auf in unsere Gegend ...“ Türkische „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik Deutschland – Von der Anwerbung bis zur Rückkehrförderung. In: Motte, Jan/Ohlinger, Rainer (Hrsg.): *Geschichte und Gedächtnis in der Einwanderungsgesellschaft. Migration zwischen historischer Rekonstruktion und Erinnerungspolitik*. Essen: Klartext, S. 73–88.
- Kauschanski, Alexander** (2018): Was Studien über Muslime erzählen. Islam in Deutschland. In: *Süddeutschen Zeitung*, 31.03.2018. Online verfügbar unter <https://www.sueddeutsche.de/panorama/islam-in-deutschland-was-studien-ueber-muslime-erzaehlen-1.3925342> (22.01.2019).
- Kelle, Uwe/Kluge, Susann** (2010): Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer VS.
- Korteweg, Anna/Yurdakul Gökçe** (2016): *Kopftuchdebatten in Europa. Konflikte um Zugehörigkeit in nationalen Narrativen*. Bielefeld: transcript.
- Kranz, Dani** (2017): *Israelis in Berlin. Wie viele sind es und was zieht sie nach Berlin? Kooperationsprojekt mit dem Deutschlandradio „Faszination und Befremden – 50 Jahre deutsch-israelische Beziehungen“*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Lamont, Michèle/Pendergrass, Sabrina/Pachucki, Mark (2015): Symbolic Boundaries. In: *International Encyclopedia of the Social and Behavioral Sciences*, Jg. 23, S. 850–855.

Lamont, Michèle (2018): Addressing Recognition Gaps: Destigmatization and the Reduction of Inequality. In: *American Sociological Review*, Jg. 83/3, S. 419–444.

Langhoff, Shermin (2011): Die Herkunft spielt keine Rolle – „Postmigrantisches“ Theater im Ballhaus Naunynstraße. Interview mit Shermin Langhoff. In: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier, 10.03.2011. Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/gesellschaft/kultur/kulturelle-bildung/60135/interviewmit-shermin-langhoff> (18.12.2018).

Lobo, Sascha (2017): Schauen Sie diese Rede. Björn Höcke in Dresden. Kolumne. In: Spiegel Online, 18.01.2017. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/bjoern-hoecke-rede-ffenbart-gesinnung-kolumne-von-sascha-lobo-a-1130551.html> (18.12.2018).

Luft, Stefan (2014): Die Anwerbung türkischer Arbeitnehmer und ihre Folgen. In: Dossier Türkei der Bundeszentrale für politische Bildung, 05.08.2014. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/184981/gastarbeit> (13.01.2019).

Mecheril, Paul (2014): Was ist das X am Postmigrantischen? In: *sub|urban*, Jg. 3/2, S. 107–112.

Messerschmidt Astrid (2008): Postkoloniale Erinnerungsprozesse in einer postnationalsozialistischen Gesellschaft – Vom Umgang mit Rassismus und Antisemitismus. In: *Peripherie – Zeitschrift für Politik und Ökonomie der Dritten Welt*, Jg. 28/109/110, S. 42–60.

Nergiz, Devrimsel Deniz (2014): I Long for Normality. A Study on German Parliamentarians with Migration Backgrounds. Wiesbaden: Springer VS.

Nieswand, Boris/Drotbohm, Heike (2014): Einleitung: Die reflexive Wende in der Migrationsforschung. In: dies. (Hrsg.): *Kultur, Gesellschaft, Migration. Die reflexive Wende in der Migrationsforschung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 1–37.

Nowicka, Magdalena (2018): Postmigrantische Zeitdiagnose. In: Foroutan, Naika/Karakayali, Juliane/Spielhaus, Riem (Hrsg.): *Postmigrantische Perspektiven. Ordnungssysteme, Repräsentationen, Kritik*. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 57–68.

Römhild, Regina (2015): Jenseits ethnischer Grenzen. Für eine postmigrantische Kultur- und Gesellschaftsforschung. In: Yildiz, Erol/Hill, Marc (Hrsg.): *Nach der Migration. Postmigrantische Perspektiven jenseits der Parallelgesellschaft*. Bielefeld: transcript, S. 37–48.

Römhild, Regina (2018): Global Heimat. (Post)Migrant Productions of Transnational Space. In: *Anthropological Journal of European Cultures*, Jg. 27/1, S. 27–39.

Rommelspacher, Birgit (1995): *Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht*. Berlin: Orlanda Frauenverlag.

Rupnow, Dirk (2018): Wann war „die Post-Migration“? Denken über Zeiten und Grenzen. In: Yildiz, Erol/Hill, Marc (Hrsg.): *Nach der Migration. Postmigrantische Perspektiven jenseits der Parallelgesellschaft*. Bielefeld: transcript, S. 29–42.

Said, Edward (1978): *Orientalism*. London: Penguin Books.

Schröder, Martin (2018): AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research 975, Berlin: DIW.

Schuler, Julia/Kiess, Johannes/Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2020): Rechtsextremismus, Gewaltbereitschaft, Antisemitismus und Verschwörungsmentalität: AfD-Wähler*innen weisen die höchste Zustimmung zu anti-demokratischen Aussagen auf. Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung, Universität Leipzig.

Shooman, Yasemin (2018): Wer redet für wen und mit wem? Oder: Herausforderungen des jüdisch-muslimischen Dialogs in Deutschland – eine muslimische Perspektive. In: Jalta. Positionen zur jüdischen Gegenwart. Jg. 3, S. 42–49.

Softic, Damir (2016): *Migranten in der Politik. Eine empirische Studie zu Bundestagsabgeordneten mit Migrationshintergrund*. Wiesbaden: Springer VS.

Spielhaus, Riem (2013): Vom Migranten zum Muslim und wieder zurück. Die Vermengung von Integrations- und Islamthemen in Medien, Politik und Forschung. In: Halm, Dirk/Meyer, Hendrik (Hrsg.): *Islam und die deutsche Gesellschaft*. Wiesbaden: Springer VS, S. 169–194.

Spielhaus, Riem (2018): Zwischen Migrantisierung von Muslimen und Islamisierung von Migranten. In: Foroutan, Naika/Karakayali, Juliane/Spielhaus, Riem (Hrsg.):

Postmigrantische Perspektiven. Ordnungssysteme, Repräsentationen, Kritik. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 129–144.

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2018): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2018. Online verfügbar unter https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publikationen/Downloads-Migration/migrationshintergrund-2010220187004.html?fbclid=IwAR2ggDuZ-PS1-7JL_wSz_g29qLd_TusaYOcOJrsngtcob0bd-QOA-IkanyW0 (31.05.2020).

Stich, Anja (2016): Wie viele Muslime leben in Deutschland? Working Paper. Nürnberg: BAMF.

Tagesschau (2018): Innenminister Seehofer: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland“. In: Tagesschau, 16.03.2018. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/inland/seehofer-islam-101.html> (18.12.2018).

Tsianos, Vassilis/Karakayali, Juliane (2014): Rassismus und Repräsentationspolitik in der postmigrantischen Gesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 13–14, S. 33–39.

Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus (2017): Antisemitismus in Deutschland. Aktuelle Entwicklungen. Berlin: BMI.

Volkert, Daniel (2017): Parteien und Migranten. Inkorporationsprozesse innerhalb der SPD und der französischen PS. Bielefeld: transcript.

Wimmer, Andreas (2008): Elementary strategies of ethnic boundary making. In: Ethnic and Racial Studies, Jg. 31/6, S. 1025–1055.

Wodak, Ruth (2019): „Die Grenzen des Sagbaren haben sich verschoben“. Expertinterview geführt von Andreas Schulz. In: Soziologiemagazin, Jg. 12/2, S. 7–17.

Wohl von Haselberg, Lea/Chernivsky, Marina/Peaceman, Hannah (2018): Vergegenwärtigungen. In: Jalta. Positionen zur jüdischen Gegenwart. Gegenwartsbewältigung, Jg. 4/2, S. 4–7.

Yıldız, Erol (2018): Vom methodologischen Nationalismus zu postmigrantischen Visionen. In: Hill, Marc/Yıldız, Erol (Hrsg.): Postmigrantische Visionen. Erfahrungen – Ideen – Reflexionen. Bielefeld: transcript, S. 43–62.

Yurdakul, Gökçe (2010): Juden und Türken in Deutschland: Integration von Immigranten, Politische Repräsentation und Minderheitenrechte. In: Yurdakul, Gökçe/Bodemann, Michal (Hrsg.): Staatsbürgerschaft, Migration und Minderheiten. Inklusion und Ausgrenzungsstrategien im Vergleich. Wiesbaden: Springer VS, S. 127–160.

Yurdakul, Gökçe (2016): Jews, Muslims and the Ritual Male Circumcision Debate. Religious Diversity and Social Inclusion in Germany. In: Social Inclusion, Jg. 4/2, S. 77–86.

Zick, Andreas/Küpper Beate/Berghahn, Wilhelm (2019): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Bonn: J. H. W. Dietz.

Zolberg, Aristide/Woon, Long (1999): Why Islam Is Like Spanish: Cultural Incorporation in Europe and the United States. In: Politics and Society, Jg. 27/1, S. 5–38.

Zum Autor

Daniel Männlein, 30, studierte Sozialwissenschaften in Augsburg und an der Humboldt-Universität zu Berlin. Im Studium spezialisierte er sich auf die Themen Migration und Stadt sowie gesellschaftliche Teilhabe und qualitative Methoden der Sozialforschung. Derzeit befasst er sich beruflich mit communityübergreifenden Ansätzen gegen antimuslimischen Rassismus im Verein La Red sowie mit der Teilhabe von Jugendlichen im Übergangssystem zwischen Schule und Ausbildung beim Projektträger Minor.

Der Beitrag wurde redaktionell betreut, gereviewt und lektoriert von **Tanja Strukelj, Andreas Schulz, Cathrin Mund und Markus Kohlmeier**.

FuG

Zeitschrift für Fußball und Gesellschaft



ISSN: 2568-0420 | **eISSN:** 2568-0439

Jahrgang: 2. Jahrgang 2020

Erscheinungsweise: 2 x jährlich

Umfang: ca. 140 S. pro Heft

Sprache: Deutsch, Englisch

Open Access: 24 Monate nach Erscheinen

Hrsg. von: Nina Degele (Universität Freiburg), Karolin Heckemeyer (FH Nordwestschweiz), Judith von der Heyde (Universität Osnabrück), Jochem Kotthaus (FH Dortmund), Katja Sabisch (Universität Bochum), Holger Schmidt (FH Dortmund)

Die FuG versteht sich als interdisziplinäre Publikation für wissenschaftliche Texte, die den Fußball und seine Bezüge zum Alltag der Menschen und ihrer Gesellschaft theoretisch und/oder empirisch thematisieren.

Mit wechselnden Themenschwerpunkten fördert sie einen breiten interdisziplinären Dialog und versteht sich als Plattform ebenso für aktuelle wie für grundlegende Diskussionen und Klärungen. Das thematische Spektrum umfasst Fußball als sozial und kulturell relevantes Phänomen.

Die FuG ist und bleibt sportpolitisch dauerhaft unabhängig. Es werden keine sport- oder verbandspolitischen Mitteilungen oder Forderungen veröffentlicht.

fug.budrich-journals.de | shop-fug.budrich.de

Paradigmenwechsel im Extremismus

von Leonard Mach

Extremistische Einstellungen sind kein gesellschaftliches Randphänomen, sondern können in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen auftreten. Die klassische Links-/Rechtszuordnung erweist sich nicht nur für eine moderne Extremismusforschung als ungeeignet. Dennoch scheinen einige politische, gesellschaftliche Akteur*innen an diesem alten Konzept, dem Hufeisenmodell, festzuhängen. Moderne, sozialwissenschaftliche Extremismusforschung beruht auf dem Konzept gesellschaftlicher Desintegration. In diesem Artikel wird das Konzept der Desintegration sowie die damit verknüpfte gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) diskutiert. Es wird auf das Phänomen des marktformigen Extremismus der GMF eingegangen, welches Abwertungskonstruktionen auf ökonomischer Basis beschreibt. Diese Form des Extremismus, kann als Erklärungsansatz für die politische Entwicklung der letzten Jahre sowie für die Regierungskrise in Thüringen 2020 angewendet werden. In diesem Artikel wird argumentiert, dass mit einem Erstarren postdemokratischer Dynamiken die gesellschaftlichen Desintegrationsprozesse eines marktformigen Extremismus steigen.

abstract

41

Schlagwörter

Extremismus; Marktformiger Extremismus; Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Die Landtagswahlen 2019 in Thüringen führten zum Resultat, dass Koalitionen ohne die Parteien *Die Linke* und *AfD* keine parlamentarischen Mehrheiten bilden konnten. Das Problem einer nicht-mehrheitsfähigen Koalition entwickelte sich zu einer Krise, da die CDU auf ihrem Bundesparteitag ein Kooperationsverbot mit den nach dem so genannten Hufeisenmodell extremistischen Parteien *links* und *rechts* ausgesprochen hatte. Somit wurde auch eine Zusammenarbeit mit der Partei *Die Linke* ausgeschlossen, die bis zu diesem Zeitpunkt den Ministerpräsidenten stellte. Daraufhin wurde ein Kandidat (Thomas Kemmerich, FDP) aus der *bürgerlichen Alternative* mit Hilfe einer rechtspopulistischen bis rechtsextremen Partei (AfD) zum Ministerpräsidenten gewählt. Dieser Kandidat verkündete aufgrund des starken Protests in der Gesellschaft wegen dieses ‚demokratischen Dammbrochs‘ drei Tage nach seiner Wahl seinen sofortigen Rücktritt (vgl. Baum 2020).

Die ‚bürgerliche Koalition‘ gegen vermeintlich linksextreme Parteien versuchte sich als Steigbügelhalter einer rechtspopulistischen bis rechtsextremen Partei (Baum 2020). Es wurde deutlich, dass die unzureichend hinterfragte Pauschalisierung von Links- und Rechts-Extremismus nach dem Hufeisenmodell, ohne weitergehende Betrachtung politischer Inhalte, zu einer die Demokratie in den Grundsteinen erschütternden Krise geführt hat.

Im folgenden Artikel wird gezeigt, dass ein Paradigmenwechsel im Bereich des politischen Extremismus überfällig ist und dass die Zuordnung zum Extremismus nicht auf einer binären *links-rechts* oder *oben-unten* Skala basieren kann. Es wird ein Konzept vorgestellt (*Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* und darin der *Marktförmiger Extremismus*), wie sich Extremismus in bürgerlichen Milieus entwickeln kann. Diese helfen, Erklärungsmodelle zu den Geschehnissen der siebten Landtagswahl in Thüringen und dem so genannten ‚Dammbroch‘ der Demokratie zu entwickeln (vgl. Baum 2020). Die Empirie und die Theorie lassen den Rückschluss zu, dass eine sich selbstverortete Mittelschicht in einer gefühlten Krise nicht demokratiestabilisierend, sondern extremistisch wird.

Was ist Extremismus?

Die klassische deutsche Extremismusforschung definiert Extremismus mit der Ablehnung des 1952 etablierten Begriffs der freiheitlich demokratischen Grundordnung (FDGO). Hauptbestandteile der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sind politische Souveränität, politische Selbsterfüllung, Unabhängigkeit der Gerichte, Gewaltenteilung und insbesondere Menschenrechte. Verstöße gegen die FDGO werden allgemein als verfassungsfeindlich bezeichnet. Es zeigen sich Definitionsprobleme insbesondere

beim Überbegriff der Menschenrechte. Ein besonderes Menschenrecht ist das Diskriminierungsverbot. Sinngemäß besagt das Gesetz, dass alle Menschen gleich sind (Art. 3 Abs. 1 und Abs. 2 GG). Eine Diskriminierung auf Basis des Geschlechts, der Abstammung, der Hautfarbe oder Ethnie, der Herkunft, des Glaubens, der religiösen oder politischen Anschauungen ist illegal (Art. 3 Abs. 3 GG). Eine Erweiterung des Diskriminierungsverbots wurde im Rahmen der UNESCO entwickelt, wobei Diskriminierung unter anderem auf Basis der sozialen Herkunft, der wirtschaftlichen Verhältnisse, der Sprache, des Alters sowie der sexuellen Orientierung verboten ist (vgl. Deutscher Bundestag 1967). Verschiedene akademische Ansätze einer Diskriminierungsforschung basieren auf diesen Kategorien. Ein prominenter Ansatz geht davon aus, dass Diskriminierung und damit auch Extremismus in der Mitte der Gesellschaft auffindbar seien (vgl. Lipset 1960; Heitmeyer 2002).

Extremismus der Mitte nach Lipset

Eine der akademischen Diskriminierungsforschung zugrundeliegenden Theorien ist die Theorie des Soziologen Seymour Lipsets, der zufolge Extremismus in der Gesellschaft keinesfalls ein Randphänomen ist (vgl. Lipset 1960; Jesse 2018; von Beyme 2013; Kraushaar 1994). Lipset weicht in

seiner theoretischen Bearbeitung des Phänomenbereichs von der herkömmlichen Interpretation der politischen Links-Rechts-Sphären ab. Der Fokus wird wesentlich stärker auf ein Schichten- beziehungsweise ein Klassenkonzept gelegt. Dieses Schichtenkonzept wird auf der einen Seite durch eine Selbstverortung der Befragten in Ober-, Mittel- und Unterschicht etabliert (vgl. Lipset 1960: 104f.). Auf der anderen Seite bedient sich Lipset einer Schichtdefinition mit Hilfe einer Kombination individueller und gesellschaftlicher Kapitalindizes (vgl. Lipset 1960: 45ff.). Nach Lipset weisen alle gesellschaftlichen Schichten extremistische Tendenzen auf, die aber im Wechselspiel miteinander aufgehoben werden (vgl. ebd.: 120ff.). Diese Tendenzen müssen genauer erläutert werden. Lipset verbindet mit einer Unterschicht niedrigen Status und eine mögliche Veranlagung zum Extremismus (vgl. ebd.: 122). Mit dieser Annahme verknüpft Lipset insbesondere eine Kapitalthese, in der unter anderem die Notwendigkeit zu früher Arbeitstätigkeit und der erschwerte Zugang zu verschiedenen Aufstiegsmöglichkeiten angeführt wird. Dennoch führe diese Verbindung nicht unbedingt zu einem Autoritarismus, sondern bedinge vielmehr einen Hang zur Komplexitätsreduktion (vgl. ebd.: 122f.; ebd.: 130; Feuer 1989). Dem stellt Lipset eine von ihm so bezeichnete Oberschicht entgegen. Ein Extremismus der Oberschicht ist durch Verteidigung und Erweiterung der eigenen

politischen, sozialen und ökonomischen Privilegien gekennzeichnet (vgl. Lipset 1960: 127). Nach Lipsets Theorie können die extremistischen Ausprägungen der Unterschicht als extremistischer Sozialismus und die extremistischen Ausprägungen der Oberschicht als extremistischer Kapitalismus gekennzeichnet werden (vgl. ebd.: 134f.). Die Lücke, die innerhalb der Extremismusdefinition zwischen Unter- und Oberschicht bleibt, wird durch eine Weiterführung des Erklärungsansatzes ausgefüllt. Das Hauptverständnis des Extremismusbegriffs direkt nach dem zweiten Weltkrieg fußt auf dem politischen *Links-Rechts*-Schema. Lipset stellt hingegen fest, dass eine extremistische Mittelschicht zum Populismus tendiert, wobei sich der Populismus zu Faschismus weiterentwickeln kann (vgl. Saposs 1935; Lipset 1960: 134f.). Unabhängig von der Ausprägung, welche ein Populismus annimmt, sei es im Extremen, also Faschismus, oder eine einfache Abwendung von einer liberalen Gesellschaft, grundsätzlich ist eher die Mitte der Gesellschaft betroffen (vgl. Lipset 1960).

Um falsche Pauschalisierungen auszuschließen, versucht Lipset stets, das Grundkonzept eines Links-Rechts-Schemas zu vermeiden. Gerade beim Extremismus der Unterschicht würden sowohl extremistische Linke als auch extremistische Rechte zum Vorschein kommen. Als Beispiel für den Extremismus der Mittelschicht im staatlichen Kontext gibt Lipset als Länder

Nazideutschland als rechten Faschismus und Argentinien unter Perón als zu Beginn linken Extremismus an. Er vergleicht hierbei die politische Entwicklung der Staaten und nicht deren Wirken und Verbrechen. In beiden Staaten fand die Wähler*innenabwanderung von etablierten Parteien zu extremistischen Parteien nicht vom Rand der Gesellschaft statt, sondern aus der Mitte der Gesellschaft. Es ist demnach also die Mitte der Gesellschaft, die Faschist*innen an die Macht gebracht hat (vgl. Lipset 1960: 173ff.) und nicht der Rand.

Gegenwärtige Interpretation

Auf Basis der Erkenntnis, dass die Mitte der Gesellschaft sich ähnlich wie die Ränder in extreme Richtungen entwickeln kann, wurde eine neue Extremismusdefinition ausgearbeitet. Lipsets These kann auf einer Makroebene verortet werden. Die Zusammenfassung, dass Extremismus an drei gesellschaftlichen Schichten, Unter-, Mittel- und Oberschicht, definiert wird und dass dieser drei verschiedene extreme Herrschaftsformen, Sozialismus, Faschismus, Kapitalismus (vgl. Lipset 1960: 134ff.), annehmen kann, ist nach dem Stand der heutigen Forschung nicht mehr wissenschaftlich haltbar. Eine Weiterentwicklung bietet der Bielefelder Soziologe Wilhelm Heitmeyer mit seinen Thesen zu gesellschaftlicher Desintegration (vgl. Heitmeyer 1997; Anhut/Heitmeyer 2000;

Anhut/Heitmeyer 2005). Heitmeyer argumentiert, dass Gesellschaften durch eine innere Ordnung und die Integration ihrer Mitglieder definiert werden (vgl. Imbusch/Heitmeyer 2012: 9f.). Durch eine Desintegration der Mitglieder der Gesellschaft kommt es zu einer Radikalisierung und zu einer der Theorie Lipsets entsprechenden Extremisierung. Diese radikalisierende Desintegration, so Heitmeyer, ist operationalisierbar und messbar (vgl. Heitmeyer 1997). Desintegration lässt sich auf drei Ebenen ansiedeln und mit jeweils einer objektiven (Teilhabe) und einer subjektiven (Anerkennung) Dimension vertiefen (vgl. Tabelle 1). Heitmeyer orientiert seine Thesen zur Desintegration auf Basis der Beobachtungen, wie eine Integration stattfindet. Zum einen existiert ein Reproduktionsaspekt auf der sozialstrukturellen Ebene. Dieser besteht aus der materiellen und kulturellen Teilhabe

an der Gesellschaft (objektiv) sowie einer positionalen Anerkennung der sozialen und beruflichen Stellung (subjektiv). Zum anderen wirken auf einer institutionellen Ebene Vergesellschaftungsaspekte anhand von kommunikativ-interaktiven Integrationen auf der objektiven Seite und einer moralischen Anerkennung auf der subjektiven Seite. Neben diesen beiden Ebenen wird ein Vergemeinschaftungsaspekt auf der personalen Ebene etabliert. Dabei geht es um die Herstellung von emotionalen beziehungsweise expressiven Beziehungen zwischen Menschen. Über emotionale Anerkennung erfolgen Integrationserfolge (vgl. Imbusch/Heitmeyer 2012: 15f.).

	Objektive Dimension (Teilhabe)	Subjektive Dimension (Anerkennung)
Sozialstrukturelle Ebene	Teilhabe an materiellen und kulturellen Gütern.	Zufriedenheit mit beruflichen und sozialen Positionen.
Institutionelle Ebene	Kommunikativ-interaktive Interaktion mit der Gesellschaft.	Moralische Anerkennung
Personale Ebene	Herstellung von emotionalen / expressiven Beziehungen auf individueller Ebene.	Emotionale Anerkennung des Individuums.

Tabelle 1: Operationalisierte Integrationsebenen nach dem Bielefelder Desintegrationsmodell nach Anhut/Heitmeyer (2000) (eigene Darstellung)

Diese drei Ebenen haben Desintegrationspotentiale, deren reale Desintegrationserscheinungen nicht zwangsläufig problematisch sind. Sozialer Wandel ist hauptsächlich über positive Desintegration möglich (vgl. Imbusch/Heitmeyer 2012: 15; Dahrendorf 1994). Negative Desintegration zeigt sich über Ausgrenzungsverfahren. Als ein Beispiel hierfür kann man Entwicklungsprozesse der Bundesrepublik anführen. Nach 1945 kam es zum *Wirtschaftswunder* mit positiven Integrationsprozessen durch das ‚goldene Zeitalter des Kapitalismus‘ und dem Versprechen steten Wachstums. Am selben Beispiel lassen sich aber auch seit den 1980er Jahren negative soziale Desintegrationsprozesse zeigen (vgl. Imbusch/Heitmeyer 2012: 17). Diese waren das Resultat der Erkenntnis, dass das Versprechen des steten Wachstums nicht haltbar ist und somit auch einer der wirkungsstärksten Einflussfaktoren auf die Integrationsprozesse an Wirkung verlor. Ein weiterer Desintegrationsfaktor ist steigende gesellschaftliche Komplexität durch unter anderem Globalisierungs- und Modernisierungsprozesse. Weiterhin sieht Heitmeyer Defizite bei den Integrationskapazitäten des Staates mit denen Bürger*innen mit dem Staat verbunden werden. Zuletzt schaffen transnationale Migrationsströme Desintegrationserscheinungen.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Die Desintegrationstheorie hängt stark mit der Theorie der sozialen Deprivation zusammen (vgl. Heitmeyer 2002). Die Deprivationstheorie postuliert, dass soziale Ausgrenzung, Anomien und mangelnde Integrationsfähigkeit der Gesellschaft Ursachen für (Rechts-) Extremismus darstellen können (vgl. Decker/Brähler 2006: 17). Heitmeyer entwickelt zur empirischen Überprüfung der Theorie der sozialen Desintegration die Annahme einer „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (GMF, Heitmeyer 2002). Die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit basiert auf der Konstruktion einer Ungleichwertigkeit von Menschen und Menschengruppen (vgl. ebd.; Heitmeyer 2007; Zick et al. 2012). Dabei wird entsprechend der (Des-)integrationsebenen von Individuen und Gruppen ein In- und Outgrouping vorgenommen (vgl. Heitmeyer 2012; Möller 2017). Es werden forschungsabhängig sechs bis zwölf Dimensionen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit etabliert (vgl. Decker/Brähler 2006: 21; Möller 2017: 428f.). Daraus entsteht eine Definition des Rechtsextremismus:

Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität

zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen. (Decker/Brähler 2006: 20)

Die sechs daraus entwickelten rechts-extremem Einstellungsmuster sind Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus sowie die Verharmlosung des Nationalsozialismus. Im Laufe der empirischen und methodologischen Weiterentwicklung wurden diese Dimensionen verändert und erweitert. In neueren Erhebungen werden bei der sozialen Dimension des Weiteren die Zustimmung zu fremdenfeindlichen Positionen, Etabliertenvorrechte, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Homophobie, Abwertung sexueller Einstellungen, Abwertung von obdachlosen oder behinderten Menschen, Abwertung von Langzeitarbeitslosen, Sinti und Roma sowie Asylsuchenden überprüft.

Empirische Befunde der Fremdenfeindlichkeit

Die Befunde der ursprünglichen Studie zu der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wurden in *Deutsche Zustände*

kontinuierlich zwischen 2002 bis 2011 veröffentlicht. Weitere an die GMF und die *Deutsche Zustände* angelehnte Forschungen sind unter anderem die Leipziger Mitte-Studie (2006 bis 2012, seit 2014 fortgesetzt) sowie der Thüringenmonitor (seit 2000). Die empirischen Befunde, die im Rahmen dieses Beitrages besprochen werden, entstammen der Forschung der Soziologen Elmar Brählers und Oliver Deckers, die in den Leipziger Mitte-Studien veröffentlicht wurden (vgl. Decker et al. 2016). Die Studien Heitmeyers und des Forschungskreises rund um die *Deutsche Zustände* haben in ihrer Erhebung festgestellt, dass *klassische* rechtsextreme Einstellungen zwischen 2002 bis 2014 rückläufig waren (vgl. Zick/Klein 2014: 43f.). Demgegenüber steht eine soziale Dimension der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Hier zeigt sich ein gewisser Rückgang gruppenbezogener Feindlichkeit in Form der Abnahme von Homosexuellenabwertung sowie klassischem Sexismus (vgl. Möller 2017: 428f.; Klein et al. 2014: 61ff.). Sämtliche anderen Dimensionen sind bis auf leichte Schwankungen gleichbleibend. Es zeigt sich aber auch, dass diese Phänomene der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sich nur begrenzt auf einzelne Bevölkerungsgruppen reduzieren lassen, wie es bei anderen Extremismusansätzen getan wird (vgl. Jesse/Mannewitz 2018). Von GMF betroffen sind sowohl Männer als auch Frauen (vgl. Möller 2017: 430) sowie Ost- und

Westdeutsche (vgl. Decker et al. 2012: 54). Leichten, dämpfenden Einfluss auf die GMF hat ein formal hohes Bildungsniveau. Die subjektive Wahrnehmung und Verarbeitung gesellschaftlicher Krisen indes wirkt sich steigend auf Symptome der GMF aus (vgl. Möller et al. 2016: 12). Insgesamt lässt sich aus den repräsentativen Erhebungen zeigen, dass die Ungleichwertigkeitskonstellationen in der sozialen Dimension der GMF gegenüber der oben erwähnten politischen Dimension wesentlich stärker präsent sind. Anstelle nachfolgend die klassischen Statistiken zur Mitte-Studie und zu *Deutsche Zustände* abzugleichen, wie es an vielen anderen, sehr lesenswerten Stellen gemacht wurde (vgl. Zick/Klein 2014; Möller et al. 2016; Scherr et al 2017; Heitmeyer 2012), sollen nur kurz die neuesten Entwicklungen der Mitte-Studie 2018/19 vorgestellt werden. Zick et al. können in ihrer aktuellen Erhebungswelle einen abnehmenden, eindeutig offenen Rechts-extremismus erkennen. Hiervon sind circa 2-3 % der Bevölkerung betroffen (vgl. Zick et al. 2019). Dennoch wurde bei fast jeder zehnten Person klassischer Rassismus festgestellt (vgl. ebd.: 111). Fast jede fünfte Person teilte fremdenfeindliche Ressentiments. Ähnlich viele Menschen haben eine muslimkritische bis islamophobe Meinung. Hier besonders zu erwähnen ist, dass es einen starken Zusammenhang zwischen der Wähler*innenschaft der AfD und Muslimfeindlichkeit gibt. Circa 66 % der Menschen, die als Parteipräferenz die AfD

angegeben haben, waren muslimfeindlich eingestellt (ebd.: 112). Die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gegenüber Asylsuchenden lag bei 53 % (vgl. ebd.: 86).

Ein besonderes Augenmerk dieser Arbeit soll auf den Entwicklungen und dem Stand von ökonomisch anders gestellten Menschen gelegt werden. Dafür sollen die Facetten Abwertung wohnungsloser Menschen (9,6 %), langzeitarbeitsloser Menschen (51,4%) sowie Etabliertenvorrechte (36,8%) in den nächsten Schritten herangezogen und mit dem Konzept des marktförmigen Extremismus betrachtet werden.

Der marktförmige Extremismus

Was ist marktförmiger Extremismus? Das Konzept des marktförmigen Extremismus ist stark an der allgemeinen sozialen Dimension der GMF angelehnt. Es wird hierin eine systematische Abwertung von ökonomisch schwächeren Gruppen überprüft. Die gewählte Ungleichwertigkeitsbeziehung verläuft hier zwischen „ökonomisch nützlichen“ und „ökonomisch weniger nützlichen“ (Groß/Hövermann 2014: 102ff.) Menschen. Diese Kategorisierung ist im Rahmen der Migrationsbewegungen besonders in *gemäßigten* Mittelschichten in den Vordergrund geraten. Es fand eine starke Reduktion einer Personengruppe auf deren wirtschaftliche Aspekte statt. Unter anderem wegen solcher Phänomene

bedarf es einer Beleuchtung des Themenkomplexes *marktförmiger Extremismus* in Bezug auf den Lebensstandard, die politische Ausrichtung sowie einer allgemein antidemokratischen Orientierung. Die Forschung zeigt hier Zusammenhänge zwischen diesen drei Dimensionen und dem marktförmigen Extremismus.

Marktförmiger Extremismus stellt eine Erweiterung unternehmerischen Denkens dar, welches negative Auswirkungen auf die Gesellschaft im Rahmen einer Theorie zu gesellschaftlicher Desintegration entwickelt, zum Beispiel durch eine allgegenwärtige Verwertungslogik (vgl. Groß/Hövermann 2014: 102f.). Während herkömmliches, begrenzt ökonomisches Handeln durchaus eine positive Integrationsleistung erbringen kann, strahlt ein marktförmiger Extremismus durch die „Ausweitung ökonomischer Formen auf das Soziale“ eine negative Integrationsleistung aus (Lemke et al. 2000: 16). Der marktförmige Extremismus tritt in drei Facetten auf, (a) der *unternehmerischen Universalismus*, der neoliberalen Norm der kompletten, personellen Selbstoptimierung, (b) der *Wettbewerbsideologie*, also dem allgemeinen wirtschaftlichen Kampf gegeneinander, sowie (c) der ökonomistischen *Werthaltung*, also der Kategorisierung ganzer Bevölkerungsgruppen nach deren wirtschaftlichen Kriterien (vgl. Groß et al. 2010; Manel/Endrikat 2007; Groß/Hövermann 2014). Die im Folgenden hierzu

vorgestellten, empirischen Befunde stammen aus der Leipziger Mitte-Studie 2014 (vgl. Zick/Klein 2014). Beachtenswert sind die Zustimmungsraten zu den Facetten des *unternehmerischen Universalismus* sowie der *Wettbewerbsideologie*. Fast alle der fünf Items (zwei von drei bei *unternehmerischem Universalismus* und zwei von zwei bei *Wettbewerbsideologie*) finden bei mehr als der Hälfte der Befragten Zustimmung. Selbst die pauschalisierende Abwertung ganzer Gruppen auf Basis eines vermeintlichen ökonomisch geringeren Nutzens (ökonomistische Werthaltung) tritt bei mehr als jeder*m Zehnten auf.

Wer ist warum marktförmig extrem?

Die Werte zeigen zueinander mehrere Korrelationen auf (vgl. Groß/Hövermann 2014: 109). Insgesamt lässt sich von einem geschlossenen marktförmigen Extremismus bei jeder sechsten Person in der (selbstverorteten) Mittelschicht reden. Als geschlossener marktförmiger Extremismus wird hier die Zustimmung mit allen drei Dimensionen definiert. In den unteren Schichten tritt dieses geschlossene Weltbild bei fast 30 % der Befragten auf (vgl. ebd.: 110). Die Autor*innen erkennen, dass damit der marktförmige Extremismus noch kein dominantes Phänomen der Mitte ist, aber dennoch ihre Fragilität, gerade im Gesamtphänomen, zeigt. Groß

und Hövermann entwickeln hierzu die nahestehende These, dass die Bedrohung des Lebensstandards eine Korrelation mit dem marktformigen Extremismus aufweist. Diese empirische These wird belegt mit dem Beweis der Annahme, dass Krisenbedrohte fast doppelt so stark zum marktformigen Extremismus tendieren wie nicht oder weniger Krisenbedrohte (vgl. ebd.: 111f.). Lebensstandard, beziehungsweise die Bedrohung ebendessen, korreliert mit marktformigem Extremismus. Hier lässt sich eine erste Verbindung zu Lipsets Extremismus der Mitte durch die Erkenntnis anstellen, dass sich eine Mittelschicht durch gefühlte Krisen radikalisiert. Neben diesem Zusammenhang wurde eine Korrelation zwischen der Wahl rechtspopulistischer Parteien, wie der AfD, und dem marktformigen Extremismus untersucht. Es stellt sich heraus, dass auch hier ein deutlicher Unterschied zwischen AfD-Sympathisant*innen und der restlichen Bevölkerung in Bezug auf marktformige Ungleichwertigkeitskonstrukte existiert. 38,4 % der AfD Sympathisant*innen äußerten Zustimmung zu marktformigem Extremismus, während nur 17,6 % der Nicht-AfD-Sympathisant*innen diese Einstellung teilten. Eine ähnliche Verteilung fand sich bei der Wahrnehmung der Bedrohung des Lebensstandards. AfD-Sympathisant*innen fühlen sich doppelt so stark in ihren Lebensstandards bedroht wie nicht AfD-Sympathisant*innen (vgl. ebd.: 113f.).

Eine der wichtigsten Korrelationen für die Interpretation des marktformigen Extremismus aus den Berichten der Mitte-Studie sind die Korrelationen von marktformigem Extremismus und Rechtsextremismus. Dafür wird die politische Rechtsextremismuskonstruktion des GMFs herangezogen. Im Genaueren werden Korrelationen des Gesamtkonstrukts rechtsextremer Einstellungen mit dem marktformigen Extremismus genauso überprüft wie die einzelnen Dimensionen. Die daraus gewonnenen Ergebnisse zeigen eine starke Korrelation zwischen dem Gesamtkonstrukt rechtsextremer Orientierungen und dem marktformigen Extremismus (0,49). Filtert man nach AfD-Sympathisant*innen (0,75) oder nach Krisenbedrohten (0,70), steigt der Zusammenhang deutlich (ebd. 116). Bei den Einzeldimensionen fallen insbesondere die Zusammenhänge bei Chauvinismus (0,53) sowie bei Sozialdarwinismus (0,52) auf.

Dieser empirische Befund belegt die Plausibilität der Thesen Groß und Hövermanns in Bezug auf das Phänomen des marktformigen Extremismus. Die große Nähe dieser Abwertungskonstruktion zu Rechtsextremismus und Rechtspopulismus schwächt dessen Selbstständigkeit als eigenständige Dimension gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Dennoch lassen gerade die hohen gesamtgesellschaftlichen Werte eine Verwendung dieses Konstruktes zu. Der marktformige Extremismus ist, so stellen

es auch Groß und Hövermann fest, ein signifikantes Zeichen für eine Bruchstelle in der Mitte der Gesellschaft (vgl. Groß/Hövermann 2014: 110). Marktförmiger Extremismus sollte als ein Desintegrationsphänomen gesehen werden. Damit eröffnet sich die Frage, wie sich marktförmiger Extremismus etabliert hat und welche Ursachen und welche Einflussfaktoren erkennbar sind.

Colin Crouchs Postdemokratie

Eine mit dem marktförmigen Extremismus verknüpfbare Annahme ist die von Colin Crouch entwickelte Theorie zu Postdemokratie (2008). Zusammengefasst formuliert Crouch vier Merkmale eines postdemokratischen Entwicklungsprozesses (vgl. Crouch 2008: 10f.). Zum einen bleibt die formale, institutionelle Ebene erhalten. Es finden weiterhin Wahlen statt, Regierungen werden gebildet und Entscheidungen werden gefällt. Zum anderen sind jedoch Parteienpolitik und der Wettkampf um Wähler*innenstimmen weitgehend sinnentleert. Hier öffnen sich erste Angriffspunkte für einen Populismus nach Lipset beziehungsweise für eine Desintegration nach Heitmeyer. Weiterhin werden politische Inhalte, so Crouch, nicht mehr durch die Wähler*innen vorgegeben, sondern durch Kommissionen von Expert*innen und Elitenvertreter*innen der Politik und Wirtschaft (vgl. ebd.: 45ff.). Diese sind

nicht gemeinwohl-, sondern profitorientiert (vgl. Ritzki 2016: 206). Zuletzt wird zeitgleich die öffentliche, politische Meinung über special interest groups geschwächt oder partikularisiert und somit Repräsentation und politische Kommunikation blockiert. Dabei betrifft die Blockade der Repräsentation und der politischen Kommunikation nicht nur individuelle oder gruppierte Akteur*innen, sondern auch Vermittlungs- und Informationsakteur*innen (vgl. Crouch 2008: 63ff.).

Crouch konstatiert der Theorie aber auch eine gewisse Überspitzung (vgl. ebd.: 10). Ähnlich wie es den Idealtypus der Demokratie nicht gäbe, so existiere die Postdemokratie auch nur an einem unerreichbaren Pol einer Skala. Eine treibende Kraft in Richtung Postdemokratie ist, so Crouch, der Neoliberalismus (vgl. Crouch 2008). Dabei muss darauf hingewiesen werden, dass Neoliberalismus in zwei Facetten auftritt, zum einen als eine Wirtschaftsform und zum anderen als ein ideologisches Prinzip. Gerade das ideologische Prinzip des Neoliberalismus mit seinen marktorientierten Effizienzkriterien befeuert die Handlungsmaxime, wirtschaftliche Interessen höher zu bewerten als Sozialstaatlichkeit und Gemeinwohl. Diese Entwicklung führt auch zu einer Legitimationskrise der Politik, wie sie schon von Vordenkern Crouchs, wie zum Beispiel Jürgen Habermas (1973) und Francis Fukuyama (1992) angedeutet wurden.

Postdemokratietheorien in Reflektion

Seit dem Aufstellen der Postdemokratietheorie hat der Begriff starke Wellen geworfen. Dabei ist zu erwähnen, dass Crouch nicht der Begründer der Theorie ist. Ursprünglich lässt sich der Begriff auf Jacques Rancières Buch *Das Unternehmen* (2002) sowie Sheldon Wolins Buch *Tocqueville between Two Worlds* (2001) zurückführen. Beide Theoretiker sind im Rahmen dieses Artikels relevant, da sie nicht nur eine problematische Interaktion zwischen ökonomischer Logik, wirtschaftlichen Interessen mit der Demokratie gesehen haben, sondern auch ein Spannungsfeld zwischen Politisierung und Entpolitisierung (vgl. Rancière 2009: 118; Wolin 1989, 1996; Ritzi 2016: 210). Ein Hauptelement, welches die drei Autoren der Postdemokratietheorie verbindet, ist die Erkenntnis einer Hegemonie des Neoliberalismus. Mit diesem Bezug zur Hegemonie des Neoliberalismus eröffnet sich eine thematische Verknüpfung in verschiedene Denk- und Wissenschaftsschulen. Als eine, der Postdemokratie nahestehende Theorienkonstruktion sind die Ansätze Slavoj Žižeks zu Post-Politik anzusehen (vgl. Žižek 2000: 198ff.). Žižek bestätigt unter anderem die Partikularisierung von einzelnen Interessen beziehungsweise die Kreation von special interest groups. Politische Proteste werden aus einem gesamtgesellschaftlichen Kontext gerissen und singularisiert.

Post-politics mobilizes the cast apparatus of experts, social workers, and so on, to reduce the overall demand (complaint) of a particular group to just this demand, with its particular content – no wonder this suffocating closure gives birth to irrational outbursts of violence as the only way to give expression to the dimension beyond particularity. (Žižek 2000: 204)

Eine Weiterentwicklung des Postdemokratiebegriffs in Bezug auf den Neoliberalismus und die geschichtliche Entwicklung gibt Wolfgang Streeck (2013, 2017). Streeck sieht die Entwicklung einer Postdemokratie nicht aufgrund steigender Ansprüche der Bürger, sondern aufgrund von enttäuschten Erwartungen gegenüber der Wirtschaft. Dadurch entstehe nicht nur eine Krise eines Finanzmarktes, sondern auch eine Krise der politischen Institutionen, welche ebendiese Finanzmärkte regulieren und an die Bürger anpassen sollten.

Postdemokratische Tendenzen fördern also eine Verknüpfung zwischen der liberalen Gesellschaft und der Wirtschaft. Die Werte der Wirtschaft beeinflussen die Werte der Gesellschaft. Das begünstigt eine Diskriminierung auf Basis von ökonomischen Kriterien.

” Extremismus ist somit nicht nur ein Phänomen gesellschaftlicher Randgruppen, sondern auch der Mittelschicht. Dies erfordert einen Paradigmenwechsel in der Extremismusforschung.

Kombination der Theorien

In diesem Text wurde bisher gezeigt, wie ein Extremismus der Mittelschicht über Desintegration entstehen kann. Des Weiteren habe ich dargestellt, wie markt-orientierte Werte radikalisieren können. In einer dritten Betrachtung wurde das Verhältnis von wirtschaftlichen Einflüssen und der liberalen Gesellschaft beleuchtet. In diesem Artikel soll deswegen jetzt in einem deduktiv-nomologischen Modell

über das Zusammenwirken von Lipsets *Extremismus der Mitte*, dem marktförmigen Extremismus und Crouchs *Postdemokratietheorie* das Entstehen extremer Gruppen aus der Mitte der deutschen Gesellschaft mit einer potentiellen Erklärung erläutert werden (vgl. Tabelle 2; Diekmann 2012: 170). Extremismus ist somit nicht nur ein Phänomen gesellschaftlicher Randgruppen, sondern auch der Mittelschicht. Dies erfordert einen Paradigmenwechsel in der Extremismusforschung.

Anfangsbedingung	Extremismus kann ein Phänomen der Mittelschicht in demokratischen Gesellschaften sein.
Gesetz	Desintegration führt zu Extremismus. Extremismus tritt unter anderem in Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auf. Marktförmiger Extremismus mit Abwertungskonstruktionen aufgrund von ökonomischen Werten ist eine Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.
Randbedingung	Postdemokratie als struktureller Rahmen befeuert Desintegrationspotenziale.
Ereignis	Postdemokratische Entwicklungsdynamiken führen zur Verbreitung von marktförmigem Extremismus in der Mittelschicht demokratischer Gesellschaften.

Tabelle 2: Deduktiv-nomologisches Modell zur Entstehung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aus der Mitte der Gesellschaft (eigene Darstellung)

Lipset erkennt grundlegend, dass Extremismus in allen gesellschaftlichen Schichten vorkommen kann. Dieser Hang zum Extremismus ist verbunden mit Statusbedrohung sowie dem Versuch einer Reduktion der politischen Komplexität. Nach dem *Bielefelder Desintegrationsansatz* und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit entsteht Extremismus durch Deprivation und Desintegration von Individuen gegenüber und aus der Gesellschaft. Auf drei Ebenen in jeweils zwei Dimensionen werden Mitglieder einer Gesellschaft von dieser aktiv und passiv desintegriert. Dadurch steigen Ausmaß und Intensität von Konflikten in den Phänomenbereichen Gewalt(-kriminalität), Rechtstextremismus sowie ethnisch-kulturelle Konflikte. Ein Teilbereich der GMF ist der marktförmige Extremismus. In der Forschung zum marktförmigen Extremismus werden Ungleichwertigkeitskonstruktionen verschiedener Menschen und Gruppen auf Basis von ökonomischen Kriterien untersucht. In einer *Postdemokratie* nach Rancière und Crouch werden politische Prozesse und Institutionen ausgehöhlt, demokratische Handlungs- und Integrationsmöglichkeiten werden vom öffentlichen Raum hinter verschlossene Türen gebracht. Politische Entscheidungen werden in Absprache zwischen Regierungsvertretern und Wirtschaftseliten getroffen. Hiermit wird Desintegration gefördert.

Zur Gültigkeit der Hypothese müssen die Adäquatheitsbedingungen erfüllt werden (vgl. Diekmann 2012: 169ff.). Hierfür ist zu überprüfen, ob das Klassenkonzept Lipsets in das modernere Schichtenkonzept, wie es beim GMF verwendet wird, übertragen werden kann. Die demokratische Mittelschicht besteht in den 1960er Jahren aus klein- bis mittelständigen Betrieben, Büroangestellten sowie aus nicht-klerikalen Akademiker*innen (vgl. Lipset 1960: 133). Eine Übertragung dieses Begriffs in einen soziologischen Kontext des 21. Jahrhunderts benötigt Definition und Abgrenzung eines Schichten- gegen ein Klassenmodell. Diese Abgrenzung erfolgt über die Feststellung, dass das Klassenmodell Abhängigkeitsverhältnisse beziehungsweise ein Akteur*innenbewusstsein voraussetzt. Dies wird in einem Schichtenmodell nicht beziehungsweise nur begrenzt vorausgesetzt. Ein eindeutiges, homogenes Klassen-subjekt ist konzeptionell fragwürdig (vgl. Dowling et al. 2017). Im Schichtenmodell ist wiederum eine Mittelschichtverortung möglich. Ein Teil der Mittelschicht des 21. Jahrhunderts ist das, was Lipset seinerseits bereits als Mittelschicht bezeichnet. Dieser *alte* Mittelstand ist heute ein Synonym für die obere Mittelschicht (vgl. Fuchs-Heinritz et al. 2011). Eine modernere Mittelschichtsdefinition kann sowohl über personale Selbstverortung (wie es beim GMF passiert) vorgenommen werden aber auch über eine statistische Kategorienbildung. Dabei würden eine obere Arbeiterschicht

und Beamte zur Mittelschicht gezählt werden. Diese Schicht befürwortet allgemein eher einen politischen Liberalismus (vgl. Lipset 1960: 174). In Momenten einer Krise tendiert diese Mittelschicht jedoch zu einem Populismus und habe, im Extremen, eine Disposition zum Faschismus.

Genau diese Krise tritt in Postdemokratien ein, so Colin Crouch, und insbesondere die Mittelschicht ist durch postdemokratische Entwicklungen betroffen. Crouch erneuert einen Klassenbegriff zu einem Zusammenhang zwischen ökonomischen Positionen und dem Ausmaß des Zugangs zu politischer Macht (vgl. Crouch 2008: 70). Dabei wird in Crouchs Klassentheorie kein homogenes Klassen-subjekt entwickelt. Crouchs Augenmerk bei seiner Postdemokratietheorie liegt nicht auf der individuellen Akteur*in, sondern auf Institutionen in und um den demokratischen Prozess. Es werden Institutionen, wie Wahlen und Regierungen betrachtet, aber auch Einflussströme wie Medien, Wirtschaft und Interessengruppen. Crouch konstatiert, dass mit einer steigenden Einflussstärke der Wirtschaft auf den politischen Prozess die Mehrheit der Bürger*innen eine passive, nahezu apathische Rolle einnehme. Politische Prozesse würden zwar noch in einem Spektakel dargestellt werden, wären aber nur noch inszeniert (vgl. ebd.: 10). Selbst herkömmliche Partizipationsmöglichkeiten, wie zum Beispiel in Interessensgruppen

oder Bürger*innenvereinen existierten zwar noch, würden aber entweder in ihrer Partikularität untergehen oder von großen Wirtschaftslobbys mit Kapital und Macht dominiert (ebd.: 24ff.). Die partizipatorische Teilhabe und das Vertrauen in Wahlen seien Möglichkeiten der Mittelklasse mit einer Demokratie zu interagieren und sich über diese Interaktionen mit ihr zu identifizieren. Die Entfremdung von diesen Mitteln forciert eine Entwicklung der Mittelschicht zum Extremen. An dieser Stelle lassen Theorieelementen von Crouch und Lipset kombinieren. Die Mittelschicht verliert den Glauben in ihre liberalen Werte, weil diese nicht mehr artikuliert werden können beziehungsweise, weil sie zum Wohle des Marktes und der Wirtschaft ignoriert werden. Dadurch entsteht eine Krise der Mitte, die zum Populismus und letzten Endes zum Faschismus führen kann.

Nachdem im vorherigen Absatz ein Teil der logischen Adäquatheitsbedingungen des DN-Modells bestätigt wurde, müssen noch die Signifikanzbedingung, also die Falsifizierbarkeit, sowie die empirische Adäquatheitsbedingung geprüft werden (vgl. Diekmann 2012: 170). Hierfür wird das Konzept des marktförmigen Extremismus mit der Postdemokratietheorie abgeglichen. Die Krise der Mitte zeigt sich über eine immer geringere Integration der Mitglieder in die Gesellschaft. Die Mitte driftet von ihren liberalen Werten ab zu Werten, die Komplexitätsreduktion

”

In einer Gesellschaft, deren Mitte nach Lipset ins Extreme kippen kann, verstärken postdemokratische Entwicklungen eine Tendenz, die Abwertungskonstruktionen von Menschen auf Basis von ökonomischen Bedingungen befördert.

56

versprechen. Dadurch, dass die Wirtschaft stückweise Aspekte des Sozialen, des Gemeinwohls und des Politischen privatisieren beziehungsweise erkaufen kann, wird eine Reproduktion ökonomischen Handelns zur Wertmaxime. Zur Überprüfung der Aussage, dass eine zunehmende Ökonomisierung der Gesellschaft die Mitte extremisiert, wird das Konzept des marktformigen Extremismus herangezogen. Hiermit lässt sich messen, wie groß der Anteil der Gesellschaft ist, welcher durch eine postdemokratische Entwicklung so weit desintegriert wurde, dass es zu einer Radikalisierung kommen könnte. Der marktformige Extremismus weist in seinen drei Einzelfacetten sehr starke Bezugs- und Entwicklungstendenzen zu Lipsets Theorie des Kapitalismus als Extremismus der Oberschicht auf. Die extreme Akkumulation von politischer, sozialer und ökonomischer Macht auf individueller Ebenen als Handlungsmaxime würde nach Lipset die Mittelschicht destabilisieren. Sie würde zu einem Populismus tendieren, der sich unreflektiert an gesellschaftlich dominanten Werten orientiert. Wichtig werden

eine maximale Wettbewerbsideologie, eine allgemeine, radikale Orientierung an wirtschaftlicher Selbstoptimierung sowie eine Abwertung derer, die diesem Wertekonstrukt nicht standhalten können. Diese Werte des Populismus sind nach Groß und Hövermanns Theorie zu marktformigem Extremismus operationalisierbar.

In einer Gesellschaft, deren Mitte nach Lipset ins Extreme kippen kann, verstärken postdemokratische Entwicklungen eine Tendenz, die Abwertungskonstruktionen von Menschen auf Basis von ökonomischen Bedingungen befördert. In einer marktformig extremen Gesellschaft werden sämtliche Bereiche des Lebens, wie zum Beispiel die medizinische Versorgung bis hin zum (Über-)Leben, an marktlogische Bedingungen und Verbindungen geknüpft und durch diese entschieden. Dieser Effekt ist mit dem Konzept des marktformigen Extremismus messbar.

Reichweite der entwickelten Kombination

Die hier entwickelte Theorie sollte als eine Theorie mittlerer Reichweite angesehen werden. Die Auswahl der Theorien Lipsets und Crouchs Demokratiedefinitionen beschränken die theoretische Anwendbarkeit auf den globalen Norden beziehungsweise auf Europa und Nordamerika. Es soll nicht ein eurozentrisches Bias aufgebaut werden, sondern auf theoriebezogene Lücken der Sozial- und Politikwissenschaften hingewiesen werden. Eine ähnliche Begrenzung muss bei dem Konzept der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit erwähnt werden. Auch wenn die Anwendung dieses Modells im europäischen Raum sehr gute, mitunter auch beängstigende Erkenntnisse vermittelt (vgl. Zick et al. 2011), wären unreflektierte, globale Pauschalisierungen wissenschaftlich und gesellschaftlich nicht haltbar. Ähnliches gilt für den Teilbereich des marktförmigen Extremismus innerhalb der GMF. Spätestens bei einem Versuch eine empirische Überprüfung in Ländern mit anderen Wirtschaftssystemen (wie zum Beispiel China) vorzunehmen, versagt die Theorie.

Um die Reichweite der Theorie festzulegen, muss eine Eingrenzung des Geltungsbereichs stattfinden. Die Gültigkeit der Theorie, dass Extremismus aus der Mitte durch postdemokratische Entwicklungen verursacht wird und durch marktförmigen

Extremismus nach dem GMF-Modell gemessen werden kann, wird dadurch limitiert, dass sie nur auf Demokratien oder stark Demokratie nahen Regierungsformen anwendbar ist. Neben dieser politisch zu erfüllenden Dimension ist auch eine wirtschaftliche Dimension zu erfüllen. Es muss zur theoriebezogenen Eignung eine Grundfreiheit der Wirtschaft und des Marktes geben. Das bedeutet nicht, dass es keine politische oder gesellschaftliche Einflussnahme darauf geben darf, sondern, dass keine Planwirtschaft oder ähnliche, totale Kontrolle der Wirtschaft existiert. Des Weiteren bedarf es neben dieser politischen Komponente der gesellschaftlichen, also der Möglichkeit des politischen Austauschs und der politischen Kommunikation.

Die Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels

Warum wird überhaupt ein Paradigmenwechsel in der Extremismusforschung benötigt? Schon in dieser Frage zeigt sich eines der Hauptprobleme, nämlich das Paradigma des Extremismusbegriffs. Wenn man heute über Extremismus redet, über Extremismus wissenschaftlich schreibt oder versucht Extremismus zu verstehen, wird man mit verschiedenen Konstruktionen konfrontiert. Eine der größten und tief bis in die Sozialwissenschaften verankerte Konstruktion ist eine

Zweidimensionalität des Extremismusbegriffs. Klassischerweise wird diese auf einer Links-Rechts-Skala aufgeführt, aber teilweise auch auf einer Oben-Unten-Skala. Diese Bipolarität ist die Sicht einer Mittelschicht, die Extremismus definiert als etwas außerhalb ihrer Werte befindliches und Extremismus innerhalb der eigenen Schicht nicht erkennt und zulässt. Aufgrund solcher Skalen werden fremdenfeindliche Hetzjagden durch Chemnitz mit klimapolitischen Protesten im Hambacher Forst hinsichtlich einer extremistischen Täter*innenschaft gleichgesetzt (vgl. Leber 2018; Jesse 2018). Dass solche Vergleiche wissenschaftlich unhaltbar sind, ist bereits vielfach belegt (vgl. Arendt 1986; Dahrendorf 1994; Heitmeyer 2000; Rennsmann et al. 2011). Dennoch scheinen die Gesellschaft und insbesondere Politik und Sicherheitsbehörden dieser Begrifflichkeit in vielen Momenten noch zu folgen. Welche Gefahr von dieser Einstellung ausgeht, sieht man an der Extremismusklausel (vgl. Kaul 2018) oder der so genannten Hufeisentheorie (Schneider 2019). Eine wissenschaftliche Debatte sollte sich also weg von einem bipolaren, umstrittenen Extremismusbegriff bewegen. Besser wäre eine paradigmatische Entwicklung zu einer noch weiter auszuweitenden Begriffskonstruktion rund um die Ablehnung einer freiheitlich demokratischen Grundordnung sowie der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit.

Das Problem des marktförmigen Extremismus

Dieser Artikel verweist auf die Notwendigkeit den Begriff des Extremismus neu zu definieren. Es wurde gezeigt, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit einer der Gründe einer extremistischen Ablehnung der freiheitlich demokratischen Grundordnung darstellt. Des Weiteren wurde erörtert, wie marktförmiger Extremismus als Teil der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit entsteht. Während Ungleichwertigkeitskonstruktionen der GMF wie Chauvinismus und Sozialdarwinismus bereits zu Beginn der empirischen Forschung 2002 betrachtet wurden, erfolgt die Berücksichtigung einer am Markt orientierten, gruppenbezogenen Abwertungskonstruktion erst in den Leipziger Mitte-Studien seit 2014 (vgl. Groß/Hövermann 2014).

Was bedeutet die Beobachtung, dass es marktförmigen Extremismus gibt und dass bis zu 50 % der Menschen in Deutschland dem in Teilen zustimmen (vgl. Groß/Hövermann 2014)? Eine erste Reflektion dieser Tatsache sollte die Frage aufwerfen, welche Priorität ökonomische Kriterien in der Gesellschaft haben dürfen und sollten und, ob eine Gesellschaft Erfolge jedweder Art ökonomisch bewerten muss. Ein Beispiel hierfür wäre ein Durchbruch in einer Forschungsrichtung. Inhärent wäre ein solcher Durchbruch nicht ökonomisch

quantifizierbar, würde aber durch Patentierung, Publikationskosten sowie ökonomische Schließungsmechanismen in der akademischen Landschaft zur Wirtschaft operationalisiert (vgl. Schimank 2017). Dies eröffnet die Möglichkeit zur Allgegenwärtigkeit des marktformigen Extremismus.

In einer zweiten Feststellung wurde dargelegt, dass eine Krise der Demokratie, wie die der Postdemokratie, bereits messbare Auswirkungen zeigt. Es sind Langzeitdaten zu erheben, um Muster zu bestätigen. Bereits in der Einleitung wurde die rechtspopulistische bis rechtsextreme Partei AfD in diesem Artikel erwähnt. Die im Jahr 2013 gegründete, ursprünglich euroskeptische, rechtsliberale Partei hat insbesondere in den Anfangsphasen ihres Bestehens durch die Nachwirkungen der Weltfinanzkrise 2009 profitiert (vgl. Fricke 2018). Menschen, die sich durch wirtschaftliche Instabilität bedroht sahen, wanderten von den so genannten Parteien der Mitte zur AfD ab. Die krisenbedrohte Mitte zog zum Populismus, wie es bereits von Lipset prognostiziert wurde (vgl. Lipset 1960). Diese, zunächst überwiegend als Protestwähler*innen (vgl. Götze 2013) Bezeichneten, radikalisierten sich aufgrund einer gefühlten Krisenbedrohung weiter in eine zu Teilen rechtsextreme AfD im Jahr 2020 (vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz 2020). Insbesondere der wirtschaftliche Aspekt der Desintegration,

” Die veraltete Extremismusdefinition der Parteien der „bürgerlichen Mitte“ ist immun gegenüber einer Selbstreflektion der eigenen Radikalisierung.

also die Abwertung anderer aufgrund ökonomischer Indikatoren, spielt dabei eine große Rolle. Dieser Aspekt ist messbar und wurde in diesem Artikel als der marktformige Extremismus vorgestellt.

Weiterhin ist im Zuge der oben erwähnten Thüringer Landtagswahl erkennbar, dass bürgerliche Parteien diese Art von Abwertungskonstruktion nicht kennen oder akzeptieren. Die veraltete Extremismusdefinition der Parteien der „bürgerlichen Mitte“ ist immun gegenüber einer Selbstreflektion der eigenen Radikalisierung. Dadurch können Mitglieder der CDU und der FDP Steigbügelhalter*innen von marktradikalen Faschist*innen werden, um so eine nicht-marktradikale Linke zu bekämpfen (vgl. Baum 2020).

Es lassen sich jedoch Gegenbewegungen gegen Abwertungskonstruktionen von ökonomisch anders Gestellten zeigen. Diese setzen auf verschiedenen Ebenen

an. Einflussversuche zur Abschwächung der Auswirkungen des marktförmigen Extremismus sind Konstruktionen von Lebensräumen, wie Wohnungsprojekten und Kommunen, die angepasst an die Lebensverhältnisse der Individuen ökonomische Tauschhandlungen (zum Beispiel fluiden Mieten) vornehmen. Ähnliche Versuche der Symptombekämpfungen kann man auf staatlicher Ebene sehen, zum Beispiel bei Sozialleistungen. Tiefergehende Einflussversuche zur Absenkung von gruppenbezogenen Abwertungskonstruktionen sind Versuche, die Randbedingungen zu verändern. Hierzu können funktionierende, gesellschaftlich politische Partizipationen wie Fridays for Future hergezogen werden. Solche Gegenmaßnahmen zu einer Weiterentwicklung in Richtung Postdemokratien oder Postpolitiken können sich, so meine Hypothese, als effektive Mittel gegen eine Radikalisierung durch marktförmigen Extremismus zeigen.

Literatur

Anhut, Reimund/Heitmeyer, Wilhelm (2000): Desintegration, Konflikte und Ethnisierung. Eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption. In: Heitmeyer, Wilhelm/Anhut, Reimund (Hrsg.): Bedrohte Stadtgesellschaft. Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellation. Weinheim: Juventa, S. 17–76.

Anhut, Reimund/Heitmeyer, Wilhelm (2005): Desintegration, Anerkennungsbilanzen und die Rolle sozialer Vergleichsprozesse für unterschiedliche Verarbeitungsmuster. In: Heitmeyer, Wilhelm/Imbusch, Peter (Hrsg.): Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft. Wiesbaden: Springer, S. 75–100.

Arendt, Hannah (1986): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft. München/Zürich: Piper.

Aschauer, Wolfgang/Donat, Elisabeth/Hofmann, Julia (2016): Solidaritätsbrüche in Europa – Konzeptionelle Überlegungen und empirische Befunde. Wiesbaden: Springer.

Baum, Gerhart (2020): Ein Hauch von Weimar liegt über der Republik. In: Deutschlandfunk, 05.02.2020. Online verfügbar unter https://www.deutschlandfunk.de/frueherer-bundesinnenminister-baum-fdp-ein-hauch-von-weimar.694.de.html?dram:article_id=469641 (16.04.2020).

Bebnowski, David/Förster, Lisa Julika (2014): Wettbewerbspopulismus – Die Alternative für Deutschland und die Rolle der Ökonomen. Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung.

Von Beyme, Klaus (2013): Von der Postdemokratie zur Neodemokratie. Wiesbaden: Springer.

Bundesamt für Verfassungsschutz (2020): Bundesamt für Verfassungsschutz stuft AfD-Teilorganisation „Der Flügel“ als gesichert rechtsextremistische Bestrebung ein. Pressemitteilung vom 12. März 2020. Online verfügbar unter <https://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/presse/pm-20200312-bfv-stuft-afd-teilorganisation-der-fluegel-als-gesichert-rechtsextremistische-bestrebung-ein> (16.04.2020).

Crouch, Colin (2013): Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Dahrendorf, Ralf (1994): Der moderne soziale Konflikt. München: Dtv.

Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2008): Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2016): ‚Gesegneter Boden ideologischer Verwirrung‘ (Geiger)? Der Extremismus der Mitte. In: Aschauer, Wolfgang/Donat, Elisabeth/ Hofmann, Julia (Hrsg.): Solidaritätsbrüche in Europa – Konzeptionelle Überlegungen und empirische Befunde. Wiesbaden: Springer, S. 211–236.

- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar** (2012): Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Bonn: Dietz.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar** (2014): Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Decker, Oliver/Rothe, Katharina/Weissmann, Marliese/Geißler, Norman/Brähler, Elmar** (2008): Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Dowling, Emma/Van Dyk, Silke/Graefe, Stefanie** (2017): Rückkehr des Hauptwiderspruch? – Anmerkung zur aktuellen Debatte um den Erfolg der Neuen Rechten und das Versagen der „Identitätspolitik“. In: PROKLA, Jg. 47/188, S. 411–420, doi.org/10.32387/prokla.v47i188.69.
- Feuer, Lewis S.** (1989): Basic writings on politics and philosophy / Karl Marx, Friedrich Engels. New York: Anchor Books.
- Fischer, Marin S./Hoßfeld, Uwe/Krause, Johannes/Richter, Stefan** (2019): Jenaer Erklärung – Das Konzept der Rasse ist das Ergebnis von Rassismus und nicht dessen Voraussetzung. In: Biologie in unserer Zeit, Jg. 49/6, S. 399–402, doi.org/10.1002/biuz.201970606.
- Fricke, Thomas** (2018): Die Großmutter aller Probleme. In: Der Spiegel, 14.09.2018 online verfügbar unter <https://www.spiegel.de/wirtschaft/lehman-brothers-die-finanzkrise-und-der-aufstieg-der-afd-kolumne-a-1228058.html> (16.04.2020).
- Fuchs-Heinritz, Werner/Klimke, Daniela/Lautmann, Rüdiger/Rammstedt, Otthein/Stäheli, Urs/Weischer, Christoph/Wienold, Hanns** (2011): Lexikon zur Soziologie. Wiesbaden: Springer.
- Fukuyama, Francis** (1992): The End of History and the Last Man. New York: Free Press.
- Götze, Grete** (2013): Professoren und Protestwähler. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.09.2013. Online verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/die-afd-und-ihre-anhaenger-professoren-und-protestwaehler-12589732.html> (16.04.2020).
- Groß, Eva/Gundlach, Julia/Heitmeyer, Wilhelm** (2010): Die Ökonomisierung der Gesellschaft. Ein Nährboden für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in oberen Status- und Einkommensgruppen. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.). Deutsche Zustände. Folge 9. Berlin: Suhrkamp. S. 138–157.
- Groß, Eva/Hövermann, Andreas** (2016) Marktförmiger Extremismus – Über die Verbindung zwischen ökonomischen Denkweisen und menschenfeindlichen Einstellungen am Beispiel der aktuellen Flüchtlingsdebatten. In: Thieme, Sebastian (Hrsg.): Wirtschaft menschengerecht gedacht? Menschen- und Gesellschaftsbilder in der Ökonomik. Katholische Sozialakademie Österreichs Dossier 2016, Heft 4.
- Habermas, Jürgen** (1973): Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm** (1997): Was halt die Gesellschaft zusammen? Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm** (2002-2011): Deutsche Zustände Folge 1-10. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hinte, Holger/Rinne, Ulf/Zimmermann, Klaus** (2015): Flüchtlinge in Deutschland: Herausforderung und Chancen. In: Wirtschaftsdienst, Jg. 95/11.
- Hirschauer, Stefan** (2014): Un/doing Differences. Die Kontingenz sozialer Zugehörigkeiten. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 43/3, S. 170–191.
- Hofmann, Julia** (2016): Abstiegsangst und Tritt nach unten? Die Verbreitung von Vorurteilen und die Rolle sozialer Unsicherheit bei der Entstehung dieser am Beispiel Österreichs. In: Aschauer, Wolfgang/Donat, Elisabeth/Hofmann, Julia (Hrsg.): Solidaritätsbrüche in Europa – Konzeptionelle Überlegungen und empirische Befunde. Wiesbaden: Springer, S. 237–258.
- Jesse, Eckhard** (2018): Warum wir linke Gewalt milder bewerten als rechte Gewalt. In: Der Tagesspiegel, 20.09.2018. Online verfügbar unter <https://www.tagesspiegel.de/politik/extremismus-warum-wir-linke-gewalt-milder-bewerten-als-rechte-gewalt/23087552.html> (25.01.2020).
- Jesse, Eckhard/Mannewitz, Tom** (2018): Extremismusforschung – Handbuch für Wissenschaft und Praxis. Baden-Baden: Nomos.

Kaul, Martin (2018): Demokratieprojekte durchleuchtet In: TAZ, 16.05.2018. Online verfügbar unter <https://taz.de/Verfassungsschutz-ueberpruefte-NGOs/!5506316/> (25.01.2020).

Kraushaar, Wolfgang (1994): Extremismus der Mitte – Zur Geschichte einer soziologischen und sozialhistorischen Interpretationsfigur. In: Lohmann, Hans-Martin (Hrsg.): Extremismus der Mitte – Vom rechten Verständnis deutscher Nation. Frankfurt am Main: Fischer, S. 23–50.

Küpper, Beate (2017): Das Denken der Nichtwählerinnen und Nichtwähler – Einstellungsmuster und politische Präferenzen. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Leber, Sebastian (2018): Warum Chemnitz nicht der Hambacher Forst ist. In: Der Tagesspiegel, 23.09.2018. Online verfügbar unter <https://www.tagesspiegel.de/politik/rechtsextreme-gewalt-warum-chemnitz-nicht-der-hambacher-forst-ist/23101702.html> (25.01.2020).

Lembcke, Oliver B./Ritzi, Claudia/Schaal, Gary S. (2016): Zeitgenössische Demokratietheorie – Band 2: Empirische Demokratietheorien. Wiesbaden: Springer.

Lemke, Thomas/Krasmann, Susanne/Bröckling, Ulrich (2000): Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologie. Eine Einleitung. In: Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hrsg.). Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Lipset, Seymour Martin (1960): Political Man – The Social Bases of Politics. New York: Doubleday & Company.

Mansel, Jürgen/Endrikat, Kirsten (2007): Die Abwertung der »Überflüssigen« und »Nutzlosen« als Folge der Ökonomisierung der Lebenswelt. In: Soziale Probleme 18, S. 173–196. Wiesbaden: Springer.

Möller, Kurt (2017): Entwicklung und Ausmaß gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. In: Scherr, Albert/El-Mafaalani, Aladin/Yüksel, Gökçen (Hrsg.): Handbuch Diskriminierung. Wiesbaden: Springer, S. 425–448.

Möller, Kurt/Grote, Janne/Nolde, Kai/Schuhmacher, Nils (2016): „Die kann ich nicht ab“ – Ablehnung, Diskriminierung und Gewalt bei Jugendlichen in der (Post-) Migrationsgesellschaft. Wiesbaden: Springer.

Rancière, Jacques (2002): Das Unternehmen: Politik und Philosophie Frankfurt Main: Suhrkamp.

Rennsmann, Lars/Hagemann, Steffen/Funke, Hajo (2011): Autoritarismus und Demokratie: Politische Theorie und Kultur in der globalen Moderne. Schwalbach am Taunus: Wochenschau.

Saposs, David J. (1935): The Role of the Middle Class in Social Development: Fascism, Populism, Communism, Socialism. In: Economic Essays in Honor of Wesley Clair Mitchell. New York: Columbia University Press, Press, S. 393–424.

Scherr, Albert (2017): Soziologische Diskriminierungsforschung. In: Scherr, Albert/El-Mafaalani, Aladin/Yüksel, Gökçen (Hrsg.): Handbuch Diskriminierung. Wiesbaden: Springer, S. 39–58.

Scherr, Albert/El-Mafaalani, Aladin/Yüksel, Gökçen (Hrsg.) (2017): Handbuch Diskriminierung Wiesbaden: Springer.

Schimank, Uwe (2017): Das Regime der Konkurrenz: gesellschaftliche Ökonomisierungsdynamiken heute. Weinheim: Beltz Juventa.

Schneider, Johannes (2019): Das Hufeisen muss runter. In: ZEIT Online, 28.10.2019. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/kultur/2019-10/link-rechte-hufeisentheorie-thueringen-bjoern-hoecke-bodo-ramelow> (25.01.2020).

Steinbeißer, Dominik/Bader, Felix/Ganser, Christian/Schmitt, Laila (2013): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in München – Forschungsbericht des Instituts für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität München. München.

Streeck, Wolfgang (2013): Nach der Krise ist in der Krise. Aussichten auf die Innenpolitik des europäischen Binnenmarktstaates. In: Leviathan 41/2, S. 324–342.

Streeck, Wolfgang (2017): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Wolins, Sheldon S. (2001): Tocqueville between Two Worlds: The Making of a Political and Theoretical Life. New Jersey: Princeton University Press.

Zick, Andreas/Hövermann, Andreas/Krause, Daniela (2012): Die Abwertung von Ungleichwertigen. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 10. Berlin: Suhrkamp.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Hövermann, Andreas (2011): Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Zick, Andreas/Klein, Anna (2014): Fragile Mitte – Feindselige Zustände – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Zick, Andreas (2017): Sozialpsychologische Diskriminierungsforschung. In: Scherr, Albert/El-Mafaalani, Aladin/Yüksel, Gökçen (Hrsg.): Handbuch Diskriminierung Wiesbaden: Springer, S. 59–80.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (2019): Verlorenen Mitte – Feindselige Zustände – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Žižek, Slavoj (2000): The Ticklish Subject: The Absent Centre of Political Ontology. London: Verso.

Zum Autor

Leonard Mach, 29, hat in Konstanz und Jena Soziologie und Politikwissenschaften studiert. Seine Forschungsschwerpunkte sind Partizipationssoziologie und die Bildung von Gruppenidentitäten in Institutionen.

Der Beitrag wurde von **Tamara Schwertel** und **Veronika Riedl** redaktionell betreut und von **Nils Haacke** und **Tamara Schwertel** lektoriert.

Fachliteratur zum Thema

Buchempfehlungen der Redaktion

von Nils Haacke



Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen.

von Thomas S. Kuhn
Suhrkamp 1996 [1967]
ISBN: 9783518276259
15,00 €

Thomas S. Kuhn, einer der bedeutendsten Wissenschaftstheoretiker*innen des 20. Jahrhunderts, arbeitet in diesem klassischen Werk das Paradigma als feststehenden wissenschaftlichen Begriff aus. Ein Paradigma definiert er hier als eine zu einem bestimmten Zeitpunkt verbreitete grundsätzliche Art zu Denken und ein Paradigmenwechsel wird als Revolutionierung allgemeiner Denkmuster charakterisiert. In praktischer Anwendung seiner Ideen reflektiert er die Eigenarten des Zustandekommens von allgemeinen Wissensbeständen in der Gesellschaft.



Autoritäre Versuchungen.

Signaturen der Bedrohung.
von Wilhelm Heitmeyer
Suhrkamp 2018
ISBN: 3518127179
18,00 €

Bereits zur Jahrtausendwende warnte Wilhelm Heitmeyer vor den damals aufkeimenden neuen autoritären Versuchungen, die infolge politischer und sozialer Kontrollverluste sowie des fortschreitenden Kapitalismus drohten. Seitdem hat sich die gesellschaftliche Situation vor diesem Hintergrund dramatisch verschärft; Heitmeyers aktuelles Werk stellt seine entsprechende Wasserstandsmeldung zum Thema dar. Er erläutert in verständlicher Sprache, welche Dynamiken dazu führen, dass sich der politische Diskurs in Deutschland zunehmend für rechtspopulistische und -extreme Forderungen öffnet.



Das unternehmerische Selbst.

Soziologie einer
Subjektivierungsform.
von Ulrich Bröckling
Suhrkamp 2007
ISBN: 9783518294321
18,00 €

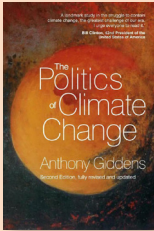
In diesem Buch analysiert Ulrich Bröckling die Ausbreitung kapitalistischer Diskursformen über ihre eigentliche Sphäre der Gültigkeit hinaus, welche sich innerhalb der spätmodernen Gesellschaft vollzieht. Neuerdings wird nicht nur in der Arbeitswelt verlangt, dass die eigenen Handlungen stets an ihrem unternehmerischen Mehrwert gemessen werden; auch darüber hinaus soll der Mensch stets kreativ, flexibel, eigenverantwortlich und risikobewusst sein. Dieses Ideal verlangt, dass fortwährend und in nahezu jeder Lebenslage an der eigenen Selbstoptimierung gearbeitet werden soll, was auch stets mit der Angst vor dem potenziellen Scheitern dieser Bemühungen einhergeht.

Andreas Reckwitz
Das Ende der Illusionen
Politik, Ökonomie und
Kultur in der Spätmoderne
edition suhrkamp
sv

Das Ende der Illusionen.

Politik, Ökonomie
und Kultur in der
Spätmoderne.
von Andreas Reckwitz
Suhrkamp 2019
ISBN: 9783518127353
18,00 €

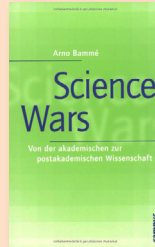
In diesem Buch thematisiert Andreas Reckwitz einen Einschnitt in optimistische, demokratisch-liberale Paradigmen, welche stets die Idee des insgesamt positiv gerichteten Fortschritts enthalten. Diese Vorstellungen können spätestens mit dem Brexit und der Wahl Donald Trumps als zerschlagen gelten. Hoffnungen auf eine bessere Zukunft erwiesen sich aus dieser Perspektive als illusionär, so vollziehen sich gegenwärtig auf gesamtgesellschaftlicher Ebene zahlreiche kommunikative Kurswechsel. Reckwitz stellt dabei eine Reihe verschiedener Fragestellungen heraus und beleuchtet zentrale Veränderungen in Kultur, Ökonomie und Politik.



The Politics of Climate Change.

von Anthony Giddens
 Polity Press 2011
 ISBN: 9780745655154
 19,90 €

Der renommierte britische Soziologe Anthony Giddens nimmt sich in diesem Buch der Frage an, wieso der Klimawandel trotz allgemein weitreichender Akzeptanz als dringliches politisches Problem zu derart wenig nachhaltigen Gegenmaßnahmen führt. Anhand der Argumentationslinie lässt sich auch nachvollziehen, wieso Aktivist*innen in ihrer Position aufgrund der angenommenen absoluten Dringlichkeit der Bedrohung schnell in nahezu dogmatische Erstarrung geraten und so den eigenen Zielen unter Umständen schaden. Giddens fordert daher einen Paradigmenwechsel: Der Klimawandel als Problem soll positiv umformuliert werden. Nicht Forderungen mit absolutem Durchführungsanspruch und Angst sollen die Richtung bestimmen, sondern eine optimistische Zukunftsvision.



Science Wars.

Von der akademischen zur postakademischen Wissenschaft.
 von Arno Bammé
 Campus 2004
 ISBN: 3593375052
 22,00 €

Arno Bammé postuliert in diesem Buch einen Wandel innerhalb der akademischen Wissenschaft. Die universitäre Wissenschaft verliert im Vergleich zu alternativen Formen der Wissensproduktion außerhalb der Universitäten an Einfluss. Ihre zentrale Verfügungsgewalt darüber, welche Themen wissenschaftlicher Aufmerksamkeit bedürfen und wie entsprechende Untersuchungen vollzogen werden, wird eingeschränkt. In dieser (Selbst-)Beobachtung beschreibt Bammé nicht nur neue Formen der Wahrnehmung des Wissenschaftsbetriebs, sondern auch neue Verhältnisse der Machtverteilung in Bezug auf die Frage, wer wissenschaftliche Paradigmen moderiert und wie Paradigmenwechsel forciert werden können.



Kapitalistischer Realismus ohne Alternative?

Eine Flugschrift.

von Mark Fisher

VSA 2013

ISBN: 9783899654219

12,80 €

Mark Fisher diagnostiziert in diesem Buch einen Paradigmenwechsel innerhalb kapitalistischer Vergesellschaftungsformen. Sämtliche Strukturen der Gegenwart werden mittlerweile durch den kapitalistischen Realismus geprägt. Wie eine unsichtbare Barriere lenkt dieser das Denken so, dass es allgemein leichter erscheint, sich das Ende der Welt vorzustellen, als das Ende des Kapitalismus. Fisher bedient sich populärkultureller Verweise, um zu illustrieren, wie sich insbesondere die junge Generation innerhalb der Sphäre des kapitalistischen Realismus politisch positioniert, ohne diesen konsequent als Verursacher von Problemen benennen zu können.



Geschlechterdifferenzen – Geschlechterdifferenzierungen.

Ein Überblick über gesellschaftliche Entwicklungen und theoretische Positionen.

von Sylvia Marlene Wilz (Hrsg.)

Springer VS 2008

ISBN: 9783531908311

32,99 €

In diesem von Sylvia Marlene Wilz herausgegebenen Sammelband stehen Geschlechterparadigmen und Paradigmenwechsel innerhalb entsprechender Diskurse im Fokus der Beobachtung. Wie wird über Geschlecht und Geschlechterdifferenz gesprochen? Und welche Veränderungen lassen sich in dieser Hinsicht innerhalb gesellschaftlicher Prozesse ausmachen? Diesen Fragen nehmen sich hier insgesamt zehn Wissenschaftler*innen aus ihrer jeweiligen Perspektive an.

Die Buchempfehlungen wurden von **Nils Haacke** erstellt und von **Andreas Schulz**, **Tamara Schwertel** und **Veronika Riedl** lektoriert.

REZENSIONEN



Konfliktfeld Migrationsforschung

Historische und ethnographische Perspektiven.
Herausgegeben von Reinhard Johler und Jan Lange

von *Andreas Schulz*

69

Johler, Reinhard/Lange, Jan (Hrsg.)
(2019): *Konfliktfeld Fluchtmigration. Historische und ethnographische Perspektiven*. Bielefeld: transcript.
322 Seiten, 34,99€.
ISBN: 978-3-8376-4766-2

Das Thema ‚Migration‘ ist in den letzten fünf Jahren zu einem zentralen Feld gesellschaftlicher Auseinandersetzung und Selbstverständigung avanciert. Trotz der Millionen binneneuropäischen Flüchtlingen nach den Weltkriegen, dem Ende der Sowjetunion sowie den Jugoslawienkriegen gilt insbesondere das Jahr 2015 als eine Art Zäsur, in dem Geflüchtete, wie auch die Menschen Europas auf „gewandelte politische Realitäten“ getroffen sind (S. 9f.). Die öffentliche Debatte wandelte sich nach der ‚Willkommenskultur‘ zur

sogenannten ‚Flüchtlingskrise‘; das „Konfliktfeld Fluchtmigration“ bestimmte seitdem Politik, Medien, Wissenschaft und die Stammtische. Die beiden Herausgeber, die Ethnologen Reinhard Johler und Jan Lange (beide Ludwig-Uhland-Institut für Empirische Kulturwissenschaft der Universität Tübingen) verknüpfen diesen Umstand mit den soziopolitischen Veränderungen, welche die derzeitige Form der Globalisierung mit sich führen – eine sich verändernde kulturelle Diversität und eine mittel- bis langfristige Gefährdung gruppenspezifischer sozialer Stellungen. Subjektiv wie objektiv werden beide Phänomene u.a. maßgeblich durch Aspekte der Migration determiniert (S. 10). Durch die vermehrte Ankunft von Geflüchteten entstehen neue Kontexte alltäglicher Erfahrungen, wie z.B. die Herausbildung transnationaler

Räume, die „Zugehörigkeitsangebote und Verortungspraktiken bereithalten“ (ebd.), aber auch Konfliktfelder, welche in diesem Band von verschiedenen disziplinären und theoretischen Perspektiven – historisch und gegenwärtig – in den Fokus gesetzt werden. Grundlage für den Band stellen Vorträge dar, die am Tübinger Institutskolloquiums *„Auf der Flucht – nach der Flucht. Kultur- und sozialwissenschaftliche Perspektiven, ethnographische Zugänge“* im Sommer 2018 gehalten wurden. Diese umfassten ein breites Themenspektrum, die auch den Band in fünf strukturgebende Kapitel unterteilen – *Begriffe und Konzepte – Zeiten – Räume – Rechte und Bewegungen*.

70

Nach einer inhaltlichen Darstellung ausgewählter Aspekte der insgesamt 17 Beiträge, sollen im Anschluss ein Fazit sowie eine Leseempfehlung die Buchbesprechung abschließen.

Zum Einstieg in den Komplex *Begriffe und Konzepte* diskutiert die Berliner Ethnologin Regina Römhild anhand des privilegierten Eurozentrismus und Kosmopolitismus, wie sich Konfliktlinien im Umgang mit dem europäischen Grenzregime in den Zivilgesellschaften erklären lassen können (S. 21f.). Sie betont, dass eine kritische Migrationsforschung versucht einen methodologischen Perspektivenwechsel von den Zentren nationalstaatlicher Macht hin zur Peripherie zum Ausgangspunkt von Analysen zu machen, um den „laufenden

Rekonfigurationen Europas“ eine angemessene Anschlussmöglichkeit an das Thema Migration zu eröffnen (S. 23). Dabei wirft Römhild selbstkritisch die Frage auf, inwiefern die Wissenschaft selbst die Kategorien der Repräsentation von Regierung mit produziert (ebd.). Sie plädiert für eine ‚Entmigrantisierung‘ der Gesellschaftsforschung hin zu einer ‚postmigrantischen‘ Perspektive. Daran schließt der Beitrag der Migrationsforscherin Manuela Bojadžijev an, die hervorhebt, dass es für die Erfassung der seit 2015 „veränderten Gegenwart“ von Gesellschaft neue epistemische Instrumente brauche, um die neu entstehenden Konstellationen besser verstehen zu können (S. 31). Sie verdeutlicht das am Aspekt logistischer Aushandlungen und der damit einhergehenden Verwertungslogiken von Migrant*innen, die im Zuge von Migrationsregimen quantifiziert und objektiviert werden. Der Historiker Jochen Oltmer (Osnabrück) arbeitet sich an Begriffen und Konzepten der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den Themen Flucht, Zwangs- und Gewaltmigration ab und verweist u.a. auf die wissenschaftlichen Konzeptionalisierungs- und Begriffsdebatten (S. 49ff.), welche verdeutlichen, warum ein genereller Paradigmenwechsel im ‚Migration Denken‘ von eher klassischen Differenzierungen hin zu nicht linearen Abläufen, ‚mixed motivations‘, ‚mixed flows‘ und erzwungene Mobilität notwendig erscheint (S. 55). Dies begründet sich u.a. damit, dass es oftmals mehrere Faktoren sind (wie bspw.

Armut oder Umweltveränderungen), die Menschen zum migrieren zwingen, um sich und ihre Familien zu schützen (S. 54). Für wissenschaftliche Operationalisierungen stellt sich die Frage, inwiefern zwischen erzwungener und nicht-erzwungener Migration unterschieden werden kann. Vor allem in Bezug auf die Aspekte des Zwangs und der Gewalt gilt es „Begriffe und Konzepte von Migrations-, Flucht-, Flüchtlingsforschung zu reflektieren und zu überarbeiten“ (S. 64).

Im Abschnitt *Zeiten* arbeitet die Chemnitzer Kultur- und Sozialanthropologin Heidrun Friese u.a. in Anlehnung an Chantal Mouffe das Grenzregime und den Umgang mit Mobilität als Paradox der Demokratie auf. In Philipp Schäfers (Osnabrück) Fallstudie zu Geflüchteten in Leipzig verdeutlicht er in welchem Wahrnehmungswechselfeld aus Verzögerung und Beschleunigung sich Geflüchtete befinden (S. 119). Zudem betont er, dass vor allem die sozialwissenschaftliche Migrationsforschung von der Zeitsoziologie profitiert und sogar einen Paradigmenwechsel dahingehend zu konstatieren ist, dass Zeit stets im Plural mitgedacht wird, um dadurch die „konfliktreiche Pluralität verschiedener diskontinuierlicher Zeitlichkeiten gegenüber“ zu stellen (S. 108). Ira Spieker sticht mit ihrem Beitrag zum zeitgeschichtlichen Fluchtforschungsprojekt „*Fremde – Heimat – Sachsen*“ hervor. Die Anthropologin erläutert anhand von Interviewauszügen verschiedener

Generationen von Vertriebenen aus den Ostgebieten, die nach dem Ende des 2. Weltkrieges in die DDR geflüchtet sind, welche Bedeutung der Umgang mit Anerkennungs- und Otheringsmechanismen für die Geflüchteten haben. Es wird eine Erinnerungskultur entwickelt, die über die Generationen hinweg übermittelt und als Strategie der Selbstermächtigung dient, in denen die Personen sich selbst im „dritten Raum“ verorten, der im Sinne Homi Bhabas zwischen dem Ort der Vertreibung und der Ankunft liegt. Diese bewusste Aneignung der Deutungshoheit über die familiäre Vergangenheit kann demnach in Form von Kunst oder anderen Materialisierungen münden, wie bspw. die Mitarbeit in Heimatmuseen, Wanderausstellungen etc. (S. 134).

Die Ethnologen Jan Lange und Manuel Liebig widmen sich in ihrer Fallstudie im Abschnitt *Räume* den Konflikten um städtische Transformationen im Kontext von Geflüchtetenzuwanderung. Am Beispiel des Ostberliner Kosmosviertels verdeutlichen sie die symbolischen Kämpfe der Bewohner*innen, die sich selbst als „Außenseitergruppe“ wahrnehmen, anhand von Auszügen aus Interviews, die u.a. in ‚Wahrnehmungsspaziergängen‘ über die Entwicklung des Viertels und ihren Empfindungen und Erfahrungen berichten (S. 147ff.). Aspekte die hervorgehoben werden sind eine ‚doppelte Verdrängung‘, Ohnmacht, Abwertungen und Infragestellen von Zugehörigkeiten (S. 151). Martina

Blanks Beitrag über die Aushandlungsprozesse von Asylregimen am Beispiel des deutschen setzt hier erweiternd an. Aus einer LeFebvreschen raumsoziologischen Perspektive skizziert die Frankfurter Politologin die Konfliktdimensionen u.a. am Fallbeispiel von Deutschlerntreffs bei Ehrenamtlichen und Geflüchteten (S. 178ff.).

Im Kapitel *Rechte* nähert sich der Ethnologe Simon Goebel (Eichstätt-Ingolstadt) dem ‚Flüchtlingslager‘ als Dispositiv an. Seinen Fokus widmet er dem Zusammenhang zwischen Recht und Rechtsveränderung auf der einen und soziopolitischen und kulturellen Änderungen auf der anderen Seite (S. 209). Goebel betrachtet mediale Diskurse mit dem Fazit, dass die materialisierten rechtlichen Praxen und Lebensrealitäten rund um Ankerzentren et al. in machtvollen Abhängigkeiten zueinanderstehen, die weder kausal noch unidirektional sind, sondern eher als Netz bzw. Formation verstanden werden können, da diese durch höchst dynamische Elemente geprägt sind (S. 226).

Im abschließenden Kapitel *Bewegungen* thematisiert der Ethnologe Matthias Schmidt-Sembdner (Göttingen) am Beispiel der sogenannten „Brennerroute“ das damit einhergehende Problem der Dublin-Systematik, eines fragilen und Krisenbehafteten europäischen Grenzregimes. Die Bielefelder Soziologinnen Priska Daphi und Verena Stern reflektieren in einer

Zusammenschau der politischen Initiativen seit 2015 über das Engagement für und mit Geflüchteten. Im Zentrum steht dabei u.a. der individuelle Bezug der Engagierten zum Politischen; spricht dem Umgang mit staatlichen und behördlichen Stellen und die Diskussion um soziopolitische Veränderungen (S. 278). Am Beispiel der selbstorganisierten geflüchteten Jugendlichen der „Jugend ohne Grenzen“ zeigt Helge Schwiertz (Osnabrück) die „demokratische Differenz“ auf, die zwischen den Rechten der Mehrheitsgesellschaft und jener besonders marginalisierter Gruppe steht (S. 286). Jenes Spannungsverhältnis zeichnet er mit Hilfe eines von ihm entwickelten Ansatzes und zahlreichen Interviews heraus, in dem demokratische Praxen vor allem das Unrecht sichtbar machen, im Falle junger Geflüchteter die Un-Freiheit und Nicht-Gleichheit und wie diese sich selbst ermächtigen. Im abschließenden Beitrag thematisiert der Bonner Kulturoziologe Ove Sutter Konfliktkonstellationen der zivilgesellschaftlichen ‚Willkommenskultur‘ unter dem Aspekt präfigurativer (Mikro)Politiken (S. 301ff.) und der damit einhergehenden symbolisch-diskursiven Produktion kollektiver Identität (S. 308ff.).

Der Band bietet eine lesenswerte Bandbreite an Zugängen zum Thema (Flucht-)Migration. Der Schwerpunkt liegt dabei zweifelsohne im Titelgebenden „Konfliktfeld“, an der sich multiperspektivisch, theoretisch, als auch in spannenden Fallstudien abgearbeitet

wird. Damit stellt der Band nicht nur eine relevante Ressource für Forschende im Migrationsbereich dar, sondern auch für all diejenigen, die sich für aktuelle Gesellschaftsforschung und Diskussionen zum gesellschaftlichen Zusammenleben interessieren. Dieser Aspekt ist hervorhebenswert, da sich das Paradigma des „Postmigrantischen“ wie ein roter Faden durch eine Vielzahl der Artikel zieht und vor allem eins möchte: ‚Migration‘ in der Gesellschaft weiterzudenken, sich von nach wie vor gängigen Epistemiken in Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft zu entledigen und einen gesamtgesellschaftlichen Paradigmenwechsel einzuleiten. D.h. weg von einem methodologischen Nationalismus hin zu einem postmigrantischen Gesellschaftsverständnis. Vor allem die theoretischen Abhandlungen im ersten Teil bieten auch Einsteiger*innen einen guten Überblick über das Thema und das notwendige Begriffsinstrumentarium, um sich vertiefend mit der gesellschaftlichen Einbettung von Fluchtmigration zu beschäftigen.

Abgesehen von wenigen Ausnahmen thematisieren die Mehrheit der Beiträge Konfliktlinien in Zentraleuropa bzw. Deutschlands im Zuge der Fluchtmigration(en) 2015/2016. Die Beiträge die diesem Thema nicht zugeordnet werden können, widmen sich weiteren räumlichen und zeitlichen Forschungskontexten; wie der Beitrag von Laura Lambert, indem es um Asyl im Niger geht, der sozialen

Produktion von Nichtabschiebbarkeit in Malta (Sarah Nimführ), Serhat Karakayalis Forschung zum Aspekt der erzwungenen Illegalität als Regulierungsform der westdeutschen Gastarbeiterpolitik (vor allem der 1960er/1970er Jahre) sowie der oben beschriebenen zeitgeschichtlichen Erinnerungsforschung von Ira Spieker. Damit steht der Band in einer umfangreichen Reihe an Forschungspublikationen zum Thema des ‚langen Sommers der Migration‘ und seinen Folgen, kann sich aber durch die Schwerpunktmäßigen ethnographischen Ansätze sehr gut abheben und sich kontrastierend zu gängigen Publikationen mit dem Topoi der rezenten (Flucht-) Migrationsforschung einordnen.

Zum Autor

Andreas Schulz hat u.a. Soziologie und Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an den Universitäten Leipzig, Bern und Wien studiert. Er ist Mitherausgeber des *Soziologiemagazins* und derzeit Mitarbeiter beim *Wiener Institut für Arbeitsmarkt- und Bildungsforschung* (WIAB). Seine Interessensschwerpunkte liegen in den Bereichen der politischen Kommunikation, Migrationsforschung, Osteuropa- und Westasienstudien.

Die Rezension wurde von **Tamara Schwertel** und **Markus Kohlmeier** lektoriert.

Geb., 192 S., 22,- | ISBN 978-3-86854-338-4 | auch als E-Book

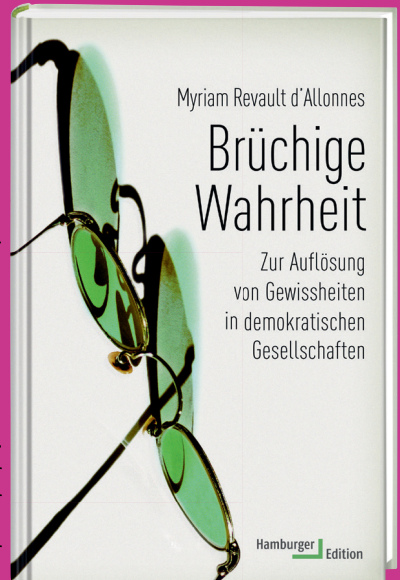


»... voller kluger Verweise und scharfsinniger Einsichten, eine Botschaft, die es in sich hat: Politik und Wahrheit hatten es immer schon schwer miteinander, nicht erst in unseren Zeiten der ›alternativen Fakten‹ und der ›Fake News‹.«
 Gunther Hartwig, *Südwest Presse*

Geb., 144 S., 12,- | ISBN 978-3-86854-321-6 | auch als E-Book



Geb., 128 S., 18,- | ISBN 978-3-86854-337-7 | auch als E-Book



Operative Porträts

Eine Bildgeschichte der Identifizierbarkeit
von Lavater bis Facebook.
Von Roland Meyer

von Hendrik Erz

75

Meyer, Roland (2019): Operative Porträts. Eine Bildgeschichte der Identifizierbarkeit von Lavater bis Facebook. Konstanz: Konstanz University Press.
468 Seiten, Preis 39,00 €.
ISBN: 978-3-8353-9113-0.

Paradigmenwechsel des Bildes: Vom Sammelalbum zur daten- bankgestützten Bilderkennung

Im Januar 2020 wurde bekannt, dass das US-amerikanische Unternehmen Clearview AI aus dem Internet über drei Milliarden Bilder extrahiert und damit einen Algorithmus trainiert hat (vgl. Hill 2020a). Den daraus resultierenden Bilderkennungsdienst bietet Clearview nun in Form einer App Polizei- und Exekutivbehörden in den Vereinigten Staaten an. Was diese Meldung so außergewöhnlich macht, ist

die Größe des Datensets. Nehmen wir für jedes der gespeicherten Bilder eine durchschnittliche Größe von 300 Kilobyte an, kommen wir auf fast ein Petabyte an Daten. Zum Vergleich: das ist nur eine Größenordnung kleiner als die Kapazität eines der größten Datacenters der National Security Agency (NSA) im US-Bundesstaat Utah. Viele Datensets der Exekutivkräfte bestehen meist nur aus Pass- und Führerscheinfotos. Clearview beinhaltet dagegen zahlreiche weitere Fotos und enthält auch Personen, deren Gesichter noch in keiner Regierungsdatenbank vorgehalten werden. Seit „neuronalen Netzwerken“ (vgl. zu einer begrifflichen Auseinandersetzung Crick 1989) in den 2000er-Jahren zunehmend populär wurden, ist der wichtigste Faktor im Rennen um die beste Bilderkennung nicht etwa ein besonders ausgeklügelter Algorithmus, sondern eine möglichst große

Datenmenge. Doch wieso sind eigentlich mehr Daten immer besser? Dieser Gedanke ist erstaunlicherweise nicht in erster Linie mathematisch erklärbar, sondern vor allem Ergebnis einer Geschichte. „Eine Bildgeschichte der Identifizierbarkeit von Lavater bis Facebook“, welche die Dissertation „Operative Porträts“ des Medienwissenschaftlers Roland Meyer (Brandenburgische TU Cottbus-Senftenberg) anschaulich erklärt. Das 2019 erschienene Werk handelt von Vorstellungen und Ideen zur Identifikation von Menschen anhand ihrer Gesichter. Ziel von Meyer ist es, zu verstehen, wann und auf welche Weise Bilder operational gemacht wurden, sie also als Informationsträger betrachtet wurden (S. 15). Gleichzeitig will er nachzeichnen, wie sich der identifizierende Blick der Exekutivbehörden auf Bilder durch diese Operationalisierung geändert hat.

Im Mittelpunkt stehen vier Modulationen in der polizeilichen Wahrnehmung von Bildern als Identifikationsmerkmal von Menschen; gewissermaßen vier Paradigmenwechsel in der Nutzung von Bildmaterial. Angefangen von der initialen Erkenntnis, dass sich Bilder zur Identifikation von Menschen überhaupt eignen, folgten drei Weiterentwicklungen und Veränderungen, die über statistische Auswertung und effiziente Datenspeicherung bis in die heutige Zeit reichen. Die letzte Wandlung begann in den 1970er Jahren, nahm jedoch erst mit der Entwicklung von

neuronalen Netzwerken zur maschinellen Auswertung in der jüngsten Zeit Fahrt auf.

200 Jahre bildlicher Personen-Identifizierung

In vier Teilen und zwölf Kapiteln geht Meyer der „Bildgeschichte der Identifizierbarkeit“ nach. Den Anfang machen vier Pioniere der Bildverarbeitung: Der Philosoph Johann Casper Lavater, der Fotograf Adolphe-Eugène Disdéri, der Arzt Cesare Lombroso und der Mediziner und Statistiker Francis Galton. Alle vier haben unser heutiges Verständnis davon, was ein Bild ist, maßgeblich mitgeprägt. Auf Lavater ist die Idee zurückzuführen, dass wir Porträts nicht mehr nur als Kunstwerke verstehen, sondern in erster Linie als Möglichkeit, eine Person zu identifizieren. Disdéri wiederum begründete unser heutiges Format von Passbildern bereits 1854 (S. 65f.), als er aus wirtschaftlichen Gründen eine Fotoplatte gleich acht mal belichtete, um mit wenig Materialaufwand mehrere Abzüge eines gelungenen Porträts zu erhalten.

Lombroso legte erstmals große Bildkataloge mit Porträts von Verbrecher*innen an, bevor Francis Galton, Begründer der Eugenik, diese mit statistischen Methoden analysierte. All diesen Ansätzen ist gemein, dass sie nicht nur bloß Personen identifizieren wollten, sondern versuchten, auch

den „Charakter“ von Personen anhand der Bilder abzuleiten— etwas, das aufgrund der Nähe zur Eugenik heute kaum noch praktiziert wird. Hier wird zudem deutlich, wie alt die Vorstellung davon bereits ist, mehr Daten seien automatisch bereits von Vorteil und alles, was fehlte, seien die korrekten Methoden, diese Daten in Beziehung zueinander zu setzen.

Die Entwicklung und Tücken dieser Methodik werden im zweiten Teil des Buches problematisiert. Zunächst stehen die klassischen „mugshots“ im Fokus (S. 144), eine Technik, mittels derer Bilder miteinander vergleichbar gemacht werden sollten. Mit verschiedensten Apparaturen wurden die abgebildeten Personen möglichst gleichförmig aufgenommen, sodass gewisse „Qualitätsstandards“ eingehalten werden konnten. Denn „[...] erst die Wiederholung macht das Detail zum Merkmal“ (S. 149), wie Meyer schlussfolgert. Erst die Wiederholung macht aus einer Besonderheit eines einzelnen Bildes ein vergleichbares Merkmal. Daran anschließend verlässt Meyer allerdings kurz das Gebiet der Bildgeschichte und widmet sich einem anderen Teil polizeilicher Datenauswertung: Der Daktyloskopie, also der Analyse von Fingerabdrücken.

Dieses Kapitel dient weniger einer Vertiefung des Verständnisses von bildlicher Identifizierung, sondern geht vielmehr einem anderen Phänomen auf die Spur:

Dem Einfluss von Diskursen auf die Wahrnehmung der Welt. Denn Fingerabdrücke wurden nie mit dem Ziel erfasst, den „Charakter“ der Betroffenen zu lesen, sondern nur aus einem einzigen Grund: Um Personen zweifelsfrei mit verschiedenen Orten in Verbindung zu bringen. Denn obgleich auch Fingerabdrücke nicht einzigartig sind, ist es — vor allem mit den auch heute immer noch limitierten Mitteln der Technik — weitaus einfacher, Fingerabdrücke miteinander zu vergleichen als Bilder (vgl. hierzu den „Fall Tichborne“, S. 159f.).

Nachdem die Entwicklung und Standardisierung von Methoden beleuchtet wurde, schreitet das Werk zur nächsten Weiterentwicklung. Im Kontext der Internationalisierung polizeilicher Ermittlungsarbeit im frühen 20. Jahrhundert beleuchtet Meyer die fortschreitende Standardisierung von Daten, den Austausch von Fotos sowie die Einführung des heute noch gültigen, international standardisierten Passformates (S. 203). Auch das Anlegen erster, großer Archive lässt sich in diese Zeit zurückverfolgen. An diesem Einschub wird deutlich, dass die Methodik, welche seit jeher auf eine Standardisierung ausgerichtet war, den Boden für einen Trend bereitet hat, welchen wir heute als „big data“ in zahlreichen Diskursen sehen. Erst durch den Versuch, Bilder vergleichbar zu machen, war es also überhaupt möglich, große Archive anzulegen, die mit den weitaus älteren Fotoalben, in welchen unsystematisch

verschiedene Bilder zusammengetragen wurden, nicht zu vergleichen sind.

Im dritten Teil widmet sich Meyer dem Begriff der Serialität. Mit Bezug auf Georg Simmel und Benedetto Croce (welchen Viele über Antonio Gramscis „Gefängnishefte“ kennen dürften) präsentiert er Vorstellungen von Individuen als gewissermaßen inkommensurable Subjekte, die sich nie gänzlich erfassen ließen — besonders nicht auf Bildern. Dies unterfüttert Meyer mit zwei verschiedenen Ansätzen zur Subjektivität: Die sowjetischen Kollektiv-Fotografien, in welchen Personen immer nur Teil einer sozialen Gruppe sind und Andy Warhols individuelle Pop-Art-Fotos. Während auf ersteren immer das Kollektiv im Mittelpunkt stand, nie aber die einzelnen Personen, ist die Kunst Andy Warhols das Gegenteil: Individuen werden vielfältig abgelichtet und stehen selten im Kontext mehrerer Personen. Dies, so lässt sich argumentieren, bereite den Weg in die Serialität, da nämlich nicht nur einzelne Momentaufnahmen, sondern ganze Ketten von Bildern einzelner Personen entstanden.

Dies führt uns zum letzten Teil des Werkes und der aktuellsten Modulation bildtechnischer Erkennbarkeit. Dieser letzte Teil beschäftigt sich nun mit zwei sehr modernen Wandlungen, welche die Operationalisierung von Bildern in jüngerer Zeit erfahren hat. Zum einen porträtiert Meyer den Präsidenten des Bundeskriminalamtes

(BKA) zur Zeit der Roten Armee Fraktion (RAF), Horst Herold, welcher die Technik der Rasterfahndung prägte. Dessen Ansatz war es, große Datenmengen zu vereinen und elektronisch auszuwerten (S. 369), was allerdings nie auf Zustimmung der Politik stieß (S. 378). Sein Ansatz verfolgte nicht nur das Sammeln von Bildmaterial über die RAF — etwas, das ob der häufigen Änderung ihres Erscheinungsbildes nicht funktionieren konnte —, sondern erstreckte sich auch auf den Umkreis der RAF-Mitglieder. Herold gehört also mit zu den ersten, für die Bilder nicht zentrales Merkmal erkennungsdienstlicher Arbeit waren. Er hatte vielmehr erkannt, dass auch das strukturelle Umfeld — sozial wie wirtschaftlich — eine entscheidende Rolle für das Auffinden der gesuchten Personen spielt.

Zum Schluss wechselt Meyer in die Jetztzeit. Kurz nachdem die letzten Server des BKA aus der Zeit des „deutschen Herbst“ abgeschaltet wurden, ging eine Internetseite ans Netz, welche später in Facebook umbenannt werden sollte (S. 386). Meyer stellt Mark Zuckerberg als jenen Pionier dar, welcher als erstes nicht nur Porträts „an und für sich“ als Datenträger behandelte, sondern vielmehr als eine Identifikationsmöglichkeit für Personen, welche aber mit weiteren Daten verknüpft werden müsse — den berühmten Metadaten —, um zu sinnvollen Informationen zu gelangen. Hierbei spielen vor allem soziale Netzwerke — der Fachbegriff hierfür ist

„Graph“ — eine Rolle; etwas, das Facebook in den Fokus rückt (S. 392). Doch, und das wird nach der Lektüre des Werkes deutlich, ohne die Vorarbeit im 19. Jahrhundert und den Anstrengungen zur Standardisierung im 20. Jahrhundert wäre die Umsetzung einer solchen allumfassenden Personenidentifizierung womöglich nicht denkbar gewesen.

Rückblickend ist Meyers „Operative Porträts“ vor allem eines: ein großer Fundus an Informationen über die Geschichte unserer heutigen Vorstellungen davon, was ein Porträt ist, welche bei polizeilicher Arbeit natürlich nicht Halt macht. Der Fokus von Meyer liegt klar auf der Identifizierung von Personen und dem Bedeutungswandel des Porträts, und diesen zeichnet er gewissenhaft nach. Das Werk ist zudem einfach geschrieben und klar verständlich. Auch die Struktur ist sinnig und ergibt sich natürlich aus einer chronologischen Abfolge von Erkenntnissen, Diskursen und Bedeutungswandeln. Es handelt sich um ein sehr dichtes Werk, welches die Geschichte hinter zahlreichen alltäglichen unhinterfragten Normen erzählt und sie zugleich in eine logische Kette einordnet.

Was ist ein Gesicht?

Besonders eine Sache fällt bei einer intensiven Lektüre allerdings auf: Die Notwendigkeit des dritten Teils zur Serialität

wird nicht ganz klar. Trotz des Umstands, dass Meyer diese Tatsache bereits in der Einleitung ankündigt, fällt der Teil aus der restlichen Struktur. Es ließe sich argumentieren, dass das Kapitel unterstreicht, dass ein Porträt ausschließlich ein deutlich sichtbares Identifikationsmittel sein kann, ähnlich einer ID in einer Datenbank. Während die vier Pioniere der Bildoperationalisierung nämlich grundsätzlich versucht haben, den „Charakter“ einer Person aus Bildern von ihr herauszulesen, stellt Meyer mit Bezug auf Simmel und Croce deutlich heraus, dass eine Person gewissermaßen „mehr als die Summe ihrer Gesichtszüge“ ist, das Bild also nicht für sich steht, sondern immer nur ein Rückgriff auf die Person selbst sein kann. Somit ließe sich dieser Teil als notwendige Vorbedingung für den Vierten lesen, denn die Ansätze von sowohl Herold als auch Zuckerberg zeigen deutlich, dass sie verstanden haben, dass Gesichter lediglich „IDs“ von Personen sind, die noch nichts über die Vorlieben und Verhaltensweisen der abgebildeten Person aussagen.

Fünf Paradigmenwechsel der Identifizierung

Alles in allem ist „Operative Porträts“ ein lesenswertes Werk. Trotz der klar kunsthistorischen Ausrichtung ist es für verschiedene Zielgruppen interessant. So können soziologisch interessierte Leser*innen

hier die Macht von Diskursen anhand des Beispiels Identifizierung nachvollziehen. Aber auch, wer sich intensiv mit den Implikationen von „neuronalen Netzwerken“ auseinandersetzen will — egal, ob aus einer technischen oder sozialwissenschaftlichen Perspektive — ist hier richtig aufgehoben. Denn Meyers Ausführungen helfen, die eigene Einschätzung in Bezug auf neuronale Netzwerke wie auch „big data“ zu justieren und sich eine eigene, fundierte Meinung vor allem zu den erkenntnistheoretischen Hintergründen dieser emergenten Technologien zu bilden. Dabei ist positiv hervorzuheben, dass „Operative Porträts“ auch für ein nicht-akademisches Publikum interessant ist, was sowohl an der klaren Struktur wie auch der verständlichen Sprache liegt.

Leser*innen werden sehr von dem Hintergrundwissen über moderne Überwachungstechnik profitieren und können so besser verstehen, weshalb es Unternehmen wie Clearview gibt und auch beispielsweise das US-Militär in „Gorgon Stare“, dem drohnengestützten Überwachungssystem ganzer Städte, eine zeitgemäße Lösung für Überwachung sieht. Vor allem letzteres — die kontinuierliche Überwachung von ganzen Städten — ließe sich vor diesem Hintergrund als konsequente Weiterentwicklung der Ansätze von Herold und Zuckerberg lesen (vgl. Chamayou 2015); gewissermaßen eine noch nicht vollständig abgeschlossene fünfte Modulation, die allerdings nicht Teil des Buches ist.

Soziologische Anschlussmöglichkeiten bieten sich hier viele — so wäre zum Beispiel die Überwachung der gefürchteten „Massen“ von Gustave Le Bon zur Begründung weitreichender Datensammlung heranziehen (vgl. Erz 2019), wie es in Hongkong und China seit Jahrzehnten bereits praktiziert wird (vgl. mit Bezug auf Hongkong bereits Cuthbert/McKinnell 1997); zur Identifikation abtrünniger „verlorener Schäfchen“ (mit Bezug auf die Erläuterungen des Pastorats, vgl. Foucault 2014, bes. Kapitel 5–7) oder schlicht mit Bezug auf moderne Individualisierungstendenzen (vgl. hierfür z.B. Sennett 2013).

Kehren wir zurück zum Beginn, zum Beispiel der App Clearview. Diese ist vor dem Hintergrund der Geschichte der Bilderkennung ein logischer nächster Schritt. Mithilfe des gewaltigen Datenbestandes lassen sich Personen und ihre Bewegungen weltweit nachverfolgen; allerdings auch nicht mehr als das. Es lässt sich ermitteln, ob eine Person an einem bestimmten Ort war oder nicht. Alle weiteren Informationen müssen aus anderen Datenquellen gewonnen werden, da, wie wir nach Meyers Werk nun wissen, Gesichter nichts über die Person selbst aussagen. Welch zweifelhafte Macht über die Identifikation von Fremden auf der Straße eine solche Datenbank allerdings ermöglicht, wurde erst kürzlich durch die New York Times in einem Anschlussstück über die App deutlich. Dort heißt es: „Mr. Scalzo, the

founder of the investment firm Kirenaga Partners, said in an interview that his school-aged daughters enjoyed playing with the app“ (Hill 2020b).

Literatur

Chamayou, Grégoire (2015): *Drone Theory*. New York: Penguin.

Crick, Francis (1989): The Recent Excitement About Neural Networks. In: *Nature*, Jg. 337, S. 129–32. Online verfügbar unter <https://www.nature.com/articles/337129a0> (05.05.2020).

Cuthberg, Alexander R./McKinnell, Keith G. (1997): Ambiguous space, ambiguous rights — corporate power and social control in Hong Kong. In: *Cities*, Jg. 14/5, S. 295–311.

Erz, Hendrik (2019): Der lange Schatten von Gustave Le Bon. Zum sprachlichen Einfluss der Crowd Science auf die Soziologie der Gewalt. In: *Soziologiemagazin*, Jg. 12/2, S. 71–88. <https://doi.org/10.3224/soz.v12i2.06>.

Foucault, Michel (2014): *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Hill, Kashmir (2020a): The Secretive Company That Might End Privacy as We Know It. In: *The New York Times*, 18.01.2020. Online verfügbar unter <https://www.nytimes.com/2020/01/18/technology/clearview-privacy-facial-recognition.html> (03.05.2020).

Hill, Kashmir (2020b): Before Clearview Became a Police Tool, It Was a Secret Plaything of the Rich. In: *The New York Times*, 05.03.2020. Online verfügbar unter <https://www.nytimes.com/2020/03/05/technology/clearview-investors.html> (03.05.2020).

Sennett, Richard (2013): *Verfall und Ende des öffentlichen Lebens: Die Tyrannei der Intimität*. Berlin: Berlin Verlag.

Zum Autor

Hendrik Erz (M.A.) hat Geschichtswissenschaften, Politikwissenschaften und Soziologie in Bonn studiert und ist derzeit Wissenschaftler am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH). Er forscht dort zu Machine Learning und künstlicher Intelligenz. Außerdem befasst er sich mit politischer Gewalt und innerstaatlichen Konflikten.

Die Rezension wurde von **Tamara Schwertel** und **Andreas Schulz** lektoriert.

WISSENSCHAFTLICHES SCHREIBEN



Das Publikations- Einmaleins für den wissen- schaftlichen Nachwuchs

Ein Interview mit Barbara Budrich

von Tamara Schwertel

83

Seit 2013 veröffentlicht das Soziologiemagazin seine Hefte über den Verlag Barbara Budrich. Welche Möglichkeiten, Besonderheiten und Herausforderungen es beim Publizieren gibt, möchten wir daher die Expertin, Verlagsgründerin und Inhaberin Barbara Budrich fragen.

SozMag: *Wie sind Sie dazu gekommen, den Verlag Barbara Budrich zu gründen?*

Budrich: Den Verlag Barbara Budrich habe ich 2004 gegründet, weil ich nicht so recht wusste, was ich sonst machen sollte. Ich hatte die zehn Jahre zuvor von 1993 bis 2003 mit meinem Vater gemeinsam im Verlag Leske + Budrich gearbeitet. Davor hatte ich eine Ausbildung zur Verlagskauffrau abgeschlossen und Anglistik, Geografie und Soziologie studiert. Das

heißt, da waren schon Weichen gestellt. Als mein Vater im Jahr 2003 beschloss, seinen Verlag an Bertelsmann zu verkaufen, bin ich zunächst in den Konzern mitgegangen. Ich hatte ein unwiderstehliches Angebot bekommen. Wer sich mit Organisationssoziologie auskennt, weiß aber, dass ein solches Angebot allein gar nichts heißt. Ich komme aus dem Mittelstand, ich war es gewohnt, im Verlag für alles selbst Verantwortung zu tragen. Diese hierarchisierte Arbeitsteilung, die in einem Großkonzern vorherrscht, widersprach meiner Arbeitsauffassung, meinem Ethos und meiner Begeisterung für meinen Job. Mit dem Ergebnis, dass ich kein halbes Jahr gebraucht hatte, bis ich quasi den ganzen Laden gegen mich aufgebracht hatte, weil ich mich eingemischt habe, mich nicht an die Grenzen der Zuständigkeit und die



Ich bin davon überzeugt, dass die Sozialwissenschaften, die wir hauptsächlich im Verlag vertreten, einen gesellschaftlichen Auftrag haben.

Hierarchien gehalten habe, und so weiter. Und dann habe ich mich mit meinem eigenen Verlag selbstständig gemacht. Da waren alle erleichtert, denke ich.

SozMag: Was liegt Ihnen bei Ihrer Arbeit besonders am Herzen?

Budrich: Das Wichtigste war für mich von Anfang an das Arbeiten auf Augenhöhe. Ich arbeite sehr gern mit Profis zusammen. Und mit dem Nachwuchs, der auf dem Weg in die Profiligena ist. Für mich sind einerseits Ernsthaftigkeit, andererseits Partnerschaftlichkeit von hohem Stellenwert. Ich bin davon überzeugt, dass die Sozialwissenschaften, die wir hauptsächlich im Verlag vertreten, einen gesellschaftlichen Auftrag haben. Wissenschaften können sich nicht komplett aus dem Umfeld rausnehmen, welches sie hervorgebracht hat. Und ich glaube, dass sie auch zur Lösung der aktuellen Probleme dieser Welt eine Menge beizutragen haben. Das geht natürlich nicht bei jeder Dissertation und auch nicht bei jedem Forschungsansatz. Aber ich denke, dass die Sozialwissenschaften Verantwortung und ganz viel Gestaltungsmöglichkeiten mit sich bringen. Das zu begleiten, zu unterstützen und zu fördern,

wo wir als Verlag das können, das ist für mich von großer Bedeutung.

Sozmag: Wie unterstützen Sie den wissenschaftlichen Nachwuchs genau?

Budrich: Wir haben zum Beispiel einen Dissertationswettbewerb „Promotion“, worüber ein kleines Video auf YouTube zu finden ist. Einmal im Jahr zeichnen wir eine aus unserer Sicht besonders herausragende Dissertation aus. Zu gewinnen gibt es die kostenlose Veröffentlichung der Dissertation im Rahmen unserer Reihe „Promotion“. Daneben bieten wir zum Semesterstart eine Reihe geeigneter Publikationen aus unserem Programm für den Nachwuchs zur Rezension an. Manche Rezensionen werden später bei uns auf dem Blog veröffentlicht. Manche werden als Kommentare zu unseren Büchern dazugestellt. Als Wissenschaftler*in kann ich auf diese Weise das Rezensieren üben – und man bekommt das Buch geschenkt. Wir legen außerdem großen Wert darauf, diejenigen zu beraten, die bei uns veröffentlichen möchten. Wir schauen, dass wir nicht nur ein Angebot rausschicken, sondern dass wir intensiv auf Rückfragen eingehen. Ich veranstalte zudem Online-

Barbara Budrich

Barbara Budrich studierte Anglistik, Geografie und Soziologie in Köln, Berlin und St. Andrews (Schottland). Außerdem absolvierte sie eine Ausbildung zur Verlagskauffrau (IHK, 1985). Im Jahr 1993 begann sie ihre Arbeit als Lektorin im Verlag Leske + Budrich, der ihrem Vater Edmund Budrich gehörte. Im Jahre 2004, nach dem Verkauf von Leske + Budrich, gründete Barbara Budrich ihr erstes eigenes Unternehmen, den Verlag Barbara Budrich. Sie hat zahlreiche Bücher und Aufsätze verfasst, publiziert und übersetzt, wird zu unterschiedlichen Anlässen als Rednerin eingeladen – vom wissenschaftlichen Publizieren bis hin zu Unternehmensthemen – und ist vielfach ausgezeichnet. Barbara Budrich lebt mit ihrem Mann und ihren drei Söhnen in Leverkusen. Weitere Informationen zu ihr finden sich auf ihrer eigenen Webseite.

Schreibworkshops, in denen man gemeinsam zum Thema „Schreiben“ arbeitet. Und wir haben ein Format, das sich „Fragen Sie den Verlag“ nennt. Da komme ich für anderthalb Stunden zu einer wissenschaftlichen Einrichtung und beantworte nach einem kleinen Impulsvortrag Fragen.

Sozmag: *Aus welcher Motivation heraus sind diese ganzen Angebote entstanden?*

Budrich: Was auch immer ich angefasst habe, wann auch immer, hatte ich unglaublich großes Glück, dass ich auf Menschen traf, die mich begleitet und gefördert haben. Das hat mein Leben unglaublich bereichert. Alleine hätte ich das niemals geschafft. Deshalb möchte

ich gerne die Möglichkeit nutzen, genau diese Dinge weiterzugeben und aus diesem Beweggrund heraus unterstütze ich den wissenschaftlichen Nachwuchs. Das hat natürlich auch etwas mit Reziprozität zu tun, das ist ja auch ein soziologisch valides Konzept. Aber es hat auch schlicht und ergreifend damit zu tun, dass gerade junge Menschen von allen Seiten Input bekommen, nicht wissen, wie sie Informationen filtern, sortieren und für sich selbst adaptieren sollen. Ich denke, ich kann aus verlegerischer Perspektive mit wenigen Worten Orientierung geben. Ich versuche nicht zuletzt durch mein Buch *Erfolgreich publizieren* und meine Workshops den wissenschaftlichen Nachwuchs im Bereich des Schreibens und Publizierens

zu fördern. An den Hochschulen werden zwar die Schlüsselkompetenzen gelehrt, aber Publizieren gehört nicht so richtig dazu. Auch unsere neue Zeitschrift *Exposé* soll Studierenden helfen, sich zurechtzufinden. Wir können so viele Mythen entkräften, die vielfach in die völlig falsche Richtung weisen.

SozMag: *Was sollte man als Nachwuchswissenschaftler*in beim Publizieren beachten?*

Budrich: Ich fange erst mal damit an, was man nicht machen sollte: Man sollte in aller Regel vor der Dissertation nicht allzu viel Zeit darauf verwenden, darüber nachzudenken, was man wie und wo publizieren könnte. Natürlich gibt es auch Ausnahmen. Aber die meisten Publikationsmöglichkeiten, die sich vor der eigenen veröffentlichten Dissertation bieten, sind Möglichkeiten, die hinterher nicht bereichernd sind. Irgendwann wird man sich in seiner akademischen Karriere später mal umdrehen und schauen, was man veröffentlicht hat. Dann denkt man sich, dass frühe Publikationen die Wissenschaft nicht wirklich weitergebracht und der eigenen Reputation nicht geholfen haben. Von daher sehe ich das sehr kritisch und würde dem wissenschaftlichen Nachwuchs davon abraten, in diesem Stadium zu intensiv zu versuchen, über Plattformen zu publizieren, die das Veröffentlichen in frühen Studienzeiten fördern. Das *Soziologiemagazin* ist eine Ausnahme, denn da wird man betreut, da ist man in einem

gewollt studentischen Kontext und es wird nicht so getan, als hätte man sich gerade den soziologischen Nobelpreis erschrieben. Keinen Verpackungsschwindel zu betreiben, ist in meinen Augen extrem wichtig, vor allem wenn man in der Wissenschaft bleiben möchte. Denn es fällt irgendwann auf einen zurück. Ab der Dissertation kann man dann getrost Energie auf das Publizieren verwenden.

SozMag: *Und was sollte man bei der Verlagswahl beachten? Wie finde ich einen geeigneten Verlag?*

Budrich: Erstens sollte man ganz grundsätzlich vorsichtig sein bei Verlagen, die hinter einem her sind wie der Teufel hinter der armen Seele nach dem Motto: „Hast du was für uns zu veröffentlichen, schmeiß rüber, wir machen das.“ Das sind nicht die Verlage, die einem das bringen, was Verlage bringen sollten, nämlich Reputation. Wenn ich gefragt werde: „Warum soll ich denn in einem Verlag veröffentlichen, ich kann doch auch auf dem Server meiner Bibliothek veröffentlichen?“, dann kann ich dem zustimmen. Doch wenn die oberste Priorität das Aufbauen der eigenen Wissenschaftskarriere ist, dann ist ein Verlag mit guter Reputation wichtig, weil er ein qualitätsgeprüftes Umfeld mitbringt und weil er natürlich auch beim Vertrieb, also der Sichtbarkeit, Auffindbarkeit und diesen Dingen hilft. Uns und andere Verlage kann man leicht ansprechen. Man schaut am



[W]enn die oberste Priorität das Aufbauen der eigenen Wissenschaftskarriere ist, dann ist ein Verlag mit guter Reputation wichtig, weil er ein qualitätsgeprüftes Umfeld mitbringt.

besten auf die Webseite der Verlage, bei denen man den Eindruck hat, dass sie passen könnten. Dann fragt man sich: Was passt zu meinem Thema und zu meinem Zuschnitt besonders gut, gefallen mir die Bücher und wo fühle ich mich angesprochen? Man kann auch zum DGS-Kongress gehen und mit den Verlagen vor Ort sprechen. Dorthin kommen Lektor*innen, um sich mit Wissenschaftler*innen zu unterhalten; die freuen sich über die Gelegenheit zum Austausch.

Es ist uns Verlagen übrigens egal, ob jemand bereits einen Namen hat oder nicht. Wenn wir nur Arbeiten von Leuten veröffentlichen würden, die bereits einen Namen haben, dann wäre das biologisch irgendwann erledigt mit unserem Verlag. Wir sind beständig auf der Suche nach neuen Themen, neuen Autor*innen und neuen Impulsen.

SozMag: *Haben Sie für unsere Leser*innen Tipps für die Promotion?*

Budrich: Ich habe immer den Eindruck, dass es so trivial ist, was ich dazu sagen kann. Die eine Gefahr ist, dass man sich etwas heraussucht, an dem man keinen

Spaß hat. In den Sozialwissenschaften ist man vier, fünf oder mehr Jahre damit beschäftigt, die Promotion zu verfassen. Die meisten Leute starten mit ihrer Promotion zu Themen, die zu groß sind, und sie starten Promotionsthemen ohne Betreuer*innen, mit denen sie sich gut verstehen. Und, ganz ehrlich, nach meiner Erfahrung ist es fast wichtiger, eine Betreuung zu haben, mit der die Chemie stimmt. Ich glaube, es gibt kaum etwas Schlimmeres und etwas, woran die Promovierenden im Verlauf der Promotion mehr leiden, als wenn sie ständig Kämpfe und Behauptungsprobleme mit ihrer Betreuung haben.

Die andere große Gefahr ist, dass man sich zu stark abkapselt. Gerade wenn man extern promoviert, kann es sein, dass man keinen Kontakt zum Wissenschaftssystem hat und vereinsamt. Das passiert auch manchen Promovierenden, die nicht extern promovieren, dass die sich zu stark zurückziehen und keine Freund*innen haben, mit denen sie sich gut abstimmen können. Es ist ein Riesenvorteil, wenn man eine kleine Gruppe von zwei bis vier Leuten hat, mit denen man sich richtig gut versteht. Wichtig ist, dass man sich austauschen kann, Texte

austauschen kann und Forschungsfragen diskutieren kann. Es ist wirklich am besten, man sucht sich die Unterstützung, die man braucht. Es gibt nämlich keinen Orden für die, die alles alleine geschafft haben. Das deutsche Wissenschaftssystem ist leider sehr darauf ausgelegt, dass die Menschen Einzelkämpfer*innen sind, gegeneinander arbeiten oder jedenfalls nicht so stark miteinander. Aber mittlerweile wird es ein bisschen besser: Graduiertenkollegs helfen etwa. Und was man auch gut machen kann, ist, sich zwischendurch ‚lüften zu gehen‘, indem man Vorträge hält und an Konferenzen teilnimmt. Ich rate, sich zwei Veranstaltungen pro Jahr vorzunehmen. Bewirbt euch mit einem eigenen Paper und fahrt hin, auch wenn man selbst nicht zum Vortragen kommt. Vorne sitzen die Koryphäen, dann setzt man sich zwischen die Koryphäen und sobald der Vortrag zu Ende ist, meldet man sich mit einer guten Frage, die man natürlich vorbereitet hat – denn die wird einem dort nicht einfallen. Mit dem Fragen bringt man sich in eine ganz andere Position, als wenn man sich hinten versteckt, zuhört und dann leise nach Hause geht. Das hilft auch dabei, in die wissenschaftlich relevanten Netzwerke zu kommen.

SozMag: *Als Autorin kennen Sie sicher, dass man manchmal mit einem Text nicht weiterkommt. Wie gehen Sie mit Schreibblockaden um? Haben Sie vielleicht auch einen Ratsschlag?*

Budrich: Ich rede nicht so gerne von Schreibblockaden, weil das dem Ding einen wichtigen Namen gibt. Eine Blockade klingt groß. Wenn ich aber sage, ich habe gerade keine Motivation zu schreiben, dann habe ich durch dieses Reframing ganz andere Voraussetzungen geschaffen. Welche Schwierigkeiten man beim Schreiben hat, hängt sehr davon ab, was für ein Schreib-Typ man ist. Wenn man jemand ist, die oder der super durchorganisiert linear sein Inhaltsverzeichnis runterschreibt, ist es eigentlich eher selten, dass Schwierigkeiten entstehen. Denn die Schwierigkeiten kommen oft aus zwei Gründen. Der eine Grund ist der, dass man sein Thema nicht klar hat, wenn einem also an irgendeiner Stelle die eigene Thematik nicht so richtig klar ist. Das zweite ist ein bisschen schwieriger, weil man sich selbst so intensiv begegnet beim Schreiben. Diese Begegnung mit einem selbst ist manchmal nicht so angenehm. Bei fehlender Klarheit würde ich vorschlagen, sich eine Persona zu entwerfen. Eine Persona ist die optimale Zielgruppenvertretung. Das kann eine echte Person sein, die man sich gedanklich auf den Schreibtisch setzt, das kann aber auch eine Fantasieperson sein. Man kann ihr einen Namen geben, einen Geburtsort, Hobbys etc., also alles Mögliche, damit sie möglichst plastisch wird. Wenn man Schwierigkeiten beim Schreiben hat, kann man dieser Persona einen Brief schreiben. Darin schreibt man, weshalb man nicht weiterkommt, und berichtet, wo man

steht. Dadurch, dass man sich erlaubt, „im Off“ zu schreiben, kriegt man häufig den Schwung wieder rein. Wenn man auf Blockaden in sich selbst trifft, helfen Schreibsprints. Bei einem Schreibsprint stellt man sich eine Frage, gibt sich eine kurze Zeit und schreibt ohne Unterlass, bis die beispielsweise 90 Sekunden vorüber sind. Der Stift muss auf dem Blatt Papier bleiben und wenn einem gar nichts mehr einfällt, kann man entweder die eigenen Gedanken aufschreiben, die Einkaufsliste oder man malt so Krinkel, wie man sie im Kindergarten früher gezeichnet hat. Wichtig ist, in dieser Bewegung zu bleiben. Und es ist besser, mit der Hand zu schreiben. Das bringt das Hirn wieder in Fluss. Wenn man merkt, dass man mit sich selbst im Unreinen ist, kann man sich auch die Frage stellen: „Was ist hier los?“ Dann beantwortet man diese Frage schreibend und nach den 90 Sekunden ist ganz oft diese Art der Irritation weg.

SozMag: *Und wie schreiben Sie am liebsten?*

Budrich: Meine Arbeitstage sind so dermaßen gefüllt mit Arbeit, dass ich bestimmte Zeiten habe, zu denen ich schreiben kann, und dann schreibe ich auch. Ich schreibe einfach, weil ich nur diese halbe Stunde habe und noch einen Text fertig machen muss. Dann mache ich das halt. Ich habe auch einen Schreibprozess entwickelt – beziehungsweise, es ist nicht meine Erfindung, sondern zusammengetragen

aus unterschiedlichen Ecken –, der das Produzieren von fertigen Texten in Projektabschnitte unterteilt. Das ist ein wichtiger Bestandteil meines Schreibens: In der ersten Phase muss man die Zitate noch nicht wortwörtlich haben, die Quellen nicht verifizieren, die Zahlen ungefähr, in diesem Flow kann man einfach vor sich hin schreiben und wild Text produzieren, das mache ich sehr gerne. Zum Beispiel auf meinen zahlreichen Zugfahrten schreibe ich einfach drauf los. Danach kommen unterschiedliche Überarbeitungsschritte: Erstens nochmal nachträglich strukturieren, danach stilistisch überarbeiten, liegen lassen und dann nochmal lesen und nochmal überarbeiten. Zumeist habe ich dabei meine Persona im Kopf. Je nach Text kann diese unterschiedlich sein, damit ich eine gute Vorstellung habe, für wen ich diesen Text schreibe.

SozMag: *Gibt es etwas, was Sie uns und dem wissenschaftlichen Nachwuchs gerne noch mit auf den Weg geben möchten?*

Budrich: Ich würde sagen, diese ganzen Urheberrechtsfragen sind enorm wichtig. Das Soziologiemagazin erscheint im Open Access und Open Access wird von vielen wissenschaftlichen Einrichtungen und der Wissenschaftspolitik begrüßt als die richtige Form, Forschungsdiskurse in die Welt zu bringen. Allerdings führt der Open-Access-Bereich zu sehr großen Verunsicherungen. Autor*innen müssen

sich darüber im Klaren sein, dass sie natürlich die Rechte an die Allgemeinheit abgeben, wenn sie im Open Access publizieren. Open Access hat zur Folge, dass jede*r das Gleiche mit dem eigenen Text machen darf, wie die Autor*innen selbst. Es sei denn, man hat noch bestimmte Qualifier in den CC-Lizenzen mit drin. Dadurch kann man das ein bisschen einschränken. Das ist was Gutes, weil es den Zugang zu Wissen erleichtert. Aber es hat auch seine Schattenseiten. Flächen-deckender Open Access hat gerade in den Sozialwissenschaften, aber auch in der Medizin zum Beispiel ganz viele Fragezeichen aufgeworfen, was Datenschutz, Persönlichkeitsrechte und all diese Dinge angeht. Das ist nicht geklärt und zugleich verlangen bestimmte Institutionen, dass alles Open Access sein soll. Es ist auch ein erklärtes Ziel der EU, im Rahmen von „Horizon 2020“, Open Access zu fördern. Dann gibt es viele Fragen, die sich um die Finanzierung von Open Access drehen. Mittlerweile ist zumindest anerkannt, dass auch Open-Access-Publikationen bei den Publikationspartner*innen Arbeit verursachen. Was mich aber wirklich bedrückt, ist die Frage, was wir als globaler Norden für den globalen Süden tun, wenn es um Publikationen geht. Wir stellen sicher, dass der globale Süden unsere Erkenntnisse kostenlos bekommt: Das ist großartig. Aber wie stellen wir sicher, dass der globale Süden an der wissenschaftlichen Diskussion gleichberechtigt teilhat? Aus den „barriers

to read“ werden auf dem aktuellen Wege „barriers to publish“. Nebenbei zerstören wir noch die Publikationsinfrastrukturen im globalen Süden. Es sind schon zahlreiche kleine und mittelständische Verlage den Bach runtergegangen. Also da bleiben bei mir noch eine ganze Reihe an Fragen offen. Die Genannten sind noch nicht alle. Ich würde mich freuen, wenn darüber mehr Diskussion stattfinden würde und nicht einfach nur gesagt würde, Open Access ist der Goldstandard des wissenschaftlichen Publizierens. Da gibt es noch Fragezeichen und ich bin noch auf der Suche nach dem Stein der Weisen. Rufen Sie mich unbedingt an, wenn Sie mehr wissen und den Stein der Weisen gefunden haben.

SozMag: *Frau Budrich, vielen Dank für das Gespräch!*

Das Interview wurde von **Tamara Schwertel** geführt und von **Tanja Strukelj, Marlene Müller-Brandeck** und **Nils Haacke** lektoriert.

BLOGREIHE #8

blogreihe.sociologiemagazin.de



COVID-19

**SOZIOLOGISCHE IMPULSE
WÄHREND COVID-19**

Mit Beiträgen ausgewählter Autor*innen



AUS DER
REDAKTION

MACH MIT!

... im Redaktionsteam

Eine E-Mail genügt! Wir suchen stets neue Gesichter mit frischen Ideen. Aktuell brauchen wir Unterstützung insbesondere für das Lektorat, den Satz, die Autor*innenbetreuung sowie für die Durchführung von Interviews für unseren YouTube-Channel.

Wenn ihr nicht zum ständigen Redaktionsteam gehören wollt, gibt es die Möglichkeit, uns im Rahmen des Kuratoriums (bzw. Freund*innenkreises) mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

... als Autor*in in unserem Magazin

Schickt uns zu unserem aktuellen Call4Papers eure wissenschaftlichen Artikel. Außerdem nehmen wir in unseren Serviceteil „Perspektiven“ gerne auch Rezensionen, Tagungsberichte, Interviews oder andere soziologische Inputs mit auf.

... als Blogger*in

Schickt uns eure Ideen für Rezensionen aktueller soziologischer Bücher, eigene soziologische Blog-Beiträge oder Interview-Vorschläge an: [redaktion\[at\]soziologiemagazin.de](mailto:redaktion[at]soziologiemagazin.de)

Meldet euch bei uns oder leitet einen Hinweis auf uns in eurem soziologisch interessierten Umfeld weiter. Wir freuen uns!



Tagungen und Termine

1 GESIS Summer School

Vom 30. Juli bis 21. August wird die 9. GESIS Summer School in Survey Methodology als Webinar durchgeführt.

2 Bayesian Epistemology: Perspectives and Challenges

Die Konferenz und Summer School findet vom 10. bis 14. August online statt.

3 Gesellschaft unter Spannung

Der 40. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) wird vom 14. bis 18. September online ausgerichtet.

4 Vienna Anthropology Days (VANDA)

Die zweite internationale Konferenz des Instituts für Kultur- und Sozialanthropologie der Universität Wien findet vom 28. September bis zum 1. Oktober online statt.

5 Aktuelle Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven der Arbeitsbeziehungen unter den Bedingungen von Digitalisierung sozial-ökologischer Transformation

Die Jahrestagung der German Industrial Relations Association (GIRA) findet am 8. und 9. Oktober in Heidelberg statt.

6 Republik

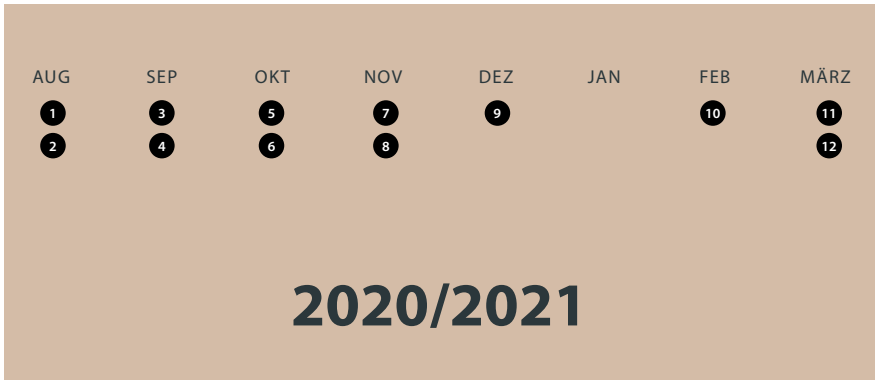
Vom 15. bis 18. Oktober findet der 13. Momentum Kongress in Hallstadt (AT) statt.

7 Macht der Bilder – Bilder der Macht. Zur visuellen politischen Kommunikation in digitalen Kontexten

Die 20-Jährige Jubiläumstagung der Fachgruppe Visuelle Kommunikation der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPK) wird vom 12. bis zum 14. November an der Universität Trier ausgerichtet.

8 Gesellschaftliche Produktion und Absorption von Unsicherheit

Am 20. und 21. November findet die interdisziplinäre Nachwuchstagung der Forschungsgruppe Figurationen von Unsicherheit an der FernUniversität in Hagen statt.



9 Wissenschafts- und Techniksoziologie in der digitalisierten Gesellschaft, Theorien, Methoden, Perspektiven

Die Frühjahrstagung der Sektion Wissenschafts- und Technikforschung der DGS wurde auf den 10. und 11. Dezember verschoben und findet im Kulturwissenschaftlichen Institut Essen statt.

10 tba

Die 9. Tagung der Gesellschaft für empirische Bildungsforschung (GEBF) wird vom 22. Februar (Nachwuchstagung) und 23. bis zum 25. Februar (Haupttagung) an der Universität Duisburg/Essen ausgerichtet.

11 Vielfältige Familien: Elternschaft und Familie/n jenseits von Heteronormativität und Zweigeschlechtlichkeit

Am 4. und 5. März findet die gemeinsame Tagung des Zentrums für transdisziplinäre Geschlechterstudien (ZtG), des Lehrbereichs Soziologie der Arbeit und Geschlechterverhältnisse und des DFG-VielFam-Projektes an der Humboldt-Universität zu Berlin statt.

12 #YouthMediaLife 2021

Die internationale Konferenz wird vom 29. März bis zum 1. April an der Universität Wien ausgerichtet.

Die Terminübersicht wurde von **Andreas Schulz** erstellt und von **Tamara Schwertel** lektoriert.

Redaktionsteam

Andreas Schulz (M.A., M.A.), hat u.a. Soziologie sowie Publizistik- und Kommunikationswissenschaft in Leipzig und Wien studiert. Aufgaben: Vereinsvorstand, Autor*innenbetreuung, Lektorat und Review.

Cathrin Mund (M.A.), hat Linguistik, Kulturwissenschaft und Soziologie in Kiel, Göteborg und Bayreuth studiert und promoviert an der Universität Bayreuth. Aufgaben: Vereinsvorstand, Betreuung des Wissenschaftlichen Beirats, Lektorat und Review.

Hendrik Erz (M.A.), hat Geschichte, Politikwissenschaften und Soziologie in Bonn studiert und ist derzeit Wissenschaftler am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. Aufgaben: Vereinsvorstand, Heftkoordination, Social Media, Blog.

96 **Leonard Mach** (M.A.), hat an der Universität Konstanz und an der FSU Jena Soziologie und Politikwissenschaften studiert. Aufgaben: Lektorat, Review, Autor*innenbetreuung.

Markus Kohlmeier (M.A.), promoviert an der Universität Duisburg. Aufgaben: Vereinsvorstand und Anzeigen.

Marlene Müller-Brandeck (M.A.), hat Soziologie und Philosophie an der Ludwig-Maximilians-Universität München studiert. Aufgaben: Lektorat, Review und Layout.

Nils Haacke (M.A.), hat Soziologie an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg studiert. Aufgabe: Lektorat.

Tamara Schwertel (M.A.), studierte Soziologie mit Schwerpunkt empirische Methoden der Sozialforschung sowie Philosophie in Frankfurt/Main. Aufgaben: Vereinsvorstand, Mitgliederbetreuung, Heft- und Lektoratskoordination, Autor*innenbetreuung, Lektorat, Review.

Tanja Strukelj (B.A.), studiert Soziologie in Frankfurt/Main. Aufgaben: Vereinsvorstand, Autor*innenbetreuung, Facebook, Lektorat und Review.

Veronika Riedl (B.A.), studiert Soziologie an der Universität Innsbruck. Aufgaben: Review, Autor*innenbetreuung, Lektorat, Layout und Satz.

Danksagung

Das Soziologiemagazin wird — samt dem dazugehörigen Verein — ausschließlich von ehrenamtlich arbeitenden Menschen getragen: Studierende und Absolvent*innen der Soziologie und/oder verwandter Fächer, aber auch Promovierende sowie den wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen und Professor*innen, die sich bei uns als wissenschaftliche Beiräte engagieren. An all diejenigen möchten wir auch diesmal ein herzliches und großes Dankeschön aussprechen. Danke für Eure und Ihre Energie, für die investierte Zeit und Mühe, für Diskussionen und Absprachen sowohl in der Redaktion als auch mit den Autor*innen. Ein solches Engagement ist nicht selbstverständlich und soll deshalb an dieser Stelle dezidiert bedacht, genannt und gewürdigt werden! Des Weiteren durften wir uns auch diesmal mit zahlreichen und diversen Beiträgen auseinandersetzen; vielen Dank an die dazugehörigen Autor*innen, die Lust, Zeit und vielleicht in manchen Fällen auch Mut gefunden haben, ihre Artikel einzusenden und sich dem Review-Verfahren zu stellen. Ohne solche Einsendungen und Rückmeldungen wäre unsere Arbeit frustrierend oder sogar schlicht unmöglich. Außerdem bedanken wir uns beim Verlag Barbara Budrich für die produktive und zuverlässige Zusammenarbeit. So, und das letzte große Dankeschön geht an die Leser*innen unserer Magazine und des Blogs und an die Menschen, die uns auf Facebook, Twitter und YouTube folgen. Aufgrund Eurer starken Unterstützung macht es uns wiederum großen Spaß, das Magazin – mit allem, was dazu gehört – auf die Beine zu stellen und damit auch weiterhin eine Publikationsplattform für Studierende und Promovierende der Sozialwissenschaften zu bieten.

Die beste Software für deine Qualitative oder Mixed-Methods-Forschung

Vom Feld zum Schreibtisch - das Komplettpaket für Forschende der Soziologie.
Analysiere Texte, Bilder, Audio- und Videodateien, Twitter, Fokusgruppen,
Umfrageergebnisse und vieles mehr.

Transkribieren. Codieren. Analysieren. Präsentieren.



Kostenlose Ressourcen

Videotutorials, Webinare,
Online Handbuch,
Forum u.v.m.




14-Tage Testversion

Vollen Funktionsumfang
unverbindlich testen
maxqda.de/demo



Windows & Mac

Identische Funktionalität
und vollständige
Kompatibilität



Kostenlose Lehrlizenz für
Seminare, Vorlesungen &
Onlinekurse

maxqda.de/lehrlizenz

10%
Rabatt

Code: **MAX-SOZ20**

Gültig bis 31.07.2020

Wir Bobos.

Zur Autoethnographie eines Sozialtyps

von Clemens Albrecht, Nora Bechheim,
Susanne Bell, Julian Hemmerich, Anna
Hörter, Philipp Jakobs, Philipp Lehmann,
Corvin Rick, Sabine Sieverding

NEUE PUBLIKATIONSREIHE

Online verfügbar unter fragmente.soziolemagazin.de



Zu Max Webers 100. Todestag am 14. Juni 2020 erscheinen bei Mohr Siebeck folgende Titel:

Mit dem Erscheinen der Bände II/11 und III/2 der **Max Weber-Gesamtausgabe** wird die Edition nach ihrem Beginn im Jahre 1984 nun erfolgreich abgeschlossen.

Band II/11:

Briefe. Nachträge und Gesamtregister

Herausgegeben von Rita Aldenhoff-Hübinger und Edith Hanke

2019. XXVI, 707 Seiten (MWG II/11).

Einzelbezug: ISBN 978-3-16-155603-6 Leinen € 319,-

Band III/2:

Praktische Nationalökonomie

Vorlesungen 1895–1899

Herausgegeben von Hauke Janssen in Zusammenarbeit mit Cornelia Meyer-Stoll und Ulrich Rummel

2020. Ca. 450 Seiten (MWG III/2).

Einzelbezug: ISBN 978-3-16-153080-7 Leinen € 234,-
(erscheint im Juni)

Außerdem sind neu erschienen:

Max Weber

Gelehrtenbriefe

1878–1920. Ausgewählte Briefe II

Herausgegeben von Rita Aldenhoff-Hübinger und Edith Hanke

Mit einem Einleitungssessay von Gangolf Hübinger

2020. XXVII, 267 Seiten. ISBN 978-3-16-157516-7
Festeinband € 29,-

Max Weber

Wissenschaft als Beruf / Politik als Beruf

Jubiläumsausgabe

Herausgegeben von Wolfgang J. Mommsen und Wolfgang Schluchter, in Zusammenarbeit mit Birgitt Morgenbrod

2020. XIII, 296 Seiten (utb für Wissenschaft Stuttgart).
ISBN 978-3-8252-5000-3 Broschur € 15,-

Anlässlich des **100. Todestages von Max Weber** veröffentlicht Mohr Siebeck alle Bände der **Max Weber-Gesamtausgabe (MWG)** als eBook.

Die **eMWG** ist jetzt zum Paketpreis mit 30% Sonderrabatt erhältlich. Einzelbände sind zum Preis der Leinenausgabe lieferbar.

Weitere Informationen und Bestellungen:
László Simon-Nanko (simon-nanko@mohrsiebeck.com).

MOHR SIEBECK mohrsiebeck.com/emwg

Impressum

HERAUSGEBER

soziologiemagazin e.V.
Ludwig-Maximilians-Universität München
Institut für Soziologie
Konradstraße 6
80801 München

RECHTSSITZ: Halle (Saale)

VEREINSVORSTAND (VISDPR)

Andreas Schulz (Vorsitzender)
Tamara Schwertel (stellv. Vorsitzende)
Markus Kohlmeier (Finanzen)
Tanja Strukelj
Hendrik Erz
Cathrin Mund
vorstand@soziologiemagazin.de

REDAKTION

Andreas Schulz, Cathrin Mund, Daniel Bräunling,
Franziska Deutschmann, Frederic Markus Gerdon,
Hendrik Erz, Leonard Mach, Markus Kohlmeier, Marlene
Müller-Brandeck, Nils Haacke, Sarah Kaschuba, Tamara
Schwertel, Tanja Strukelj, Tatiana Huppertz, Veronika Riedl

FRAGEN BITTE AN

redaktion@soziologiemagazin.de

LAYOUT UND SATZ: Veronika Riedl

TITELBILD: Marlene Müller-Brandeck, Veronika Riedl

ANZEIGEN

Ansprechpartner: Markus Kohlmeier
anzeigen@soziologiemagazin.de
Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.05.2015

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT

Prof. Dr. Clemens Albrecht, Prof. Dr. Brigitte Aulenbacher,
Prof. Dr. Birgit Blättel-Mink, Prof. Dr. Ulrich Bröckling,
Prof. Dr. Aldo Haesler, Prof. Dr. Ernst von Kardorff, Prof.
Dr. Hubert Knoblauch, Prof. Dr. em. Reinhard Kreckel,
Prof. Dr. Thomas Kron, Dr. Diana Lindner, Prof. Dr. Kurt
Mühler, Dr. Yvonne Niekrenz, Dipl. Sozialwirt Harald
Ritzau, Dr. Cornelia Schadler, Dr. Imke Schmincke, Dr.
Jasmin Siri, Dr. Irene Somm, Prof. Dr. Manfred Stock, Dr.
Sylvia Terpe, apl. Prof. Dr. Udo Thiedeke, Prof. Dr. Georg
Vobruba, Dr. Greta Wagner

ERSCHEINEN UND BEZUGSBEDINGUNGEN

Jährlich zwei Hefte. Open Access
PREIS: Einzelheft Print EUR 13,00;
Abonnement Print: EUR 22,00/ Jahr,
Abonnement Print ermäßigt EUR 18,00/ Jahr
(inkl. MwSt., zzgl. Versandkosten);
E-JOURNAL: kostenlos

Das digitale Angebot finden Sie auf:
sozmag.budrich-journals.de und auf
www.soziologiemagazin.de

BESTELLUNGEN PRINT

bitte an den Buchhandel oder den
Verlag Barbara Budrich
Stauffenbergstr. 7
D-51379 Leverkusen-Opladen
Tel.: +49 (0)2171.344.594
Fax: +49 (0)2171.344.693
info@budrich.de
www.budrich.de
www.budrich-journals.de
www.shop.budrich.de

Heft 21, Jg. 13, 2020

© 2020 Verlag Barbara Budrich GmbH
Opladen | Berlin | Toronto
ISSN 2198-980X

© 2020 Dieses Werk ist bei der Verlag Barbara
Budrich GmbH erschienen und steht unter der
Creative Commons Lizenz Attribution-ShareAlike
4.0 International (CC BY-SA 4.0): <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>.

Diese Lizenz erlaubt die Verbreitung, Speicherung,
Vervielfältigung und Bearbeitung bei Verwendung
der gleichen CC-BY-SA 4.0-Lizenz und unter Angabe
der UrheberInnen, Rechte, Änderungen und ver-
wendeten Lizenz.

Dieses Heft steht im Open-Access-Bereich der Ver-
lagsseite zum kostenlosen Download bereit (<https://doi.org/10.3224/soz.v13i1.00>).

Eine kostenpflichtige Druckversion (Print on
Demand) kann über den Verlag bezogen werden.



SOZIOLOGIE MAGAZIN

Publizieren statt archivieren

Paradigmenwechsel | Ausgabe 1 | 2020

ISSN 2198-980X

www.soziologiemagazin.de